

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 abonnements-Preis 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich 1/2 Mark,
 für das übrige Ausland
 3/4 Mark pro Monat.

Erkaltet täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolon-
 stelle oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stet-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1982.

Sonnabend, den 18. November 1905.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1981.

Die neue Flottenvorlage.

Die neue Flottenvorlage ist heute erschienen. Sie hält sich im Rahmen der Forderungen, die durch die „Köln. Volksztg.“ bereits angekündigt wurden.

Die Zahl der durch das Gesetz von 1900 bewilligten Linienschiffe soll nicht vermehrt werden, dagegen sollen sich die Baukosten für die bis zum Jahre 1917 noch fertigzustellenden 18 Linienschiffe pro Schiff um 12,22 Millionen Mark erhöhen, sodass jedes neue Linienschiff statt wie bisher 24,8 künftig 37,02 Millionen kosten wird. Die Mehrkosten für die Linienschiffe werden also insgesamt 220 Millionen betragen.

Die Zahl der großen Kreuzer, von denen nach dem bisherigen Bauplan von 1906 bis 1917 noch 7 fertigzustellen waren, soll auf 18 erhöht werden. Der Preis nach pro Schiff 27,5 Millionen betragen, also 8,83 Millionen mehr als bisher. Die Mehrausgabe für die großen Kreuzer würde also 223,31 Millionen betragen.

Das Zahl der Torpedodivisionen soll um 8 vermehrt werden. Jede dieser Divisionen soll 8,97 Millionen (mehr 1,96 Millionen) kosten. Die neu geforderten Divisionen werden also 70,96 Millionen kosten bedürfen.

Dazu kommen noch folgende weitere Ausgaben: für Erprobung von Unterseebooten sind 5 Millionen Mark jährlich in Ansatz gebracht worden. Ferner soll eine bedeutende Vermehrung der Mannschaften eintreten. Die durchschnittliche Gesamtjahresvermehrung an Personal beträgt 2340 Köpfe. Die fortwährenden Ausgaben steigen infolge vermehrter Indienststellungen von Auslandskreuzern und Torpedobooten und der höheren Betriebskosten der größeren Schiffe jährlich um durchschnittlich 8 Millionen Mark.

Die Geldbedarfsberechnung

steht nach dem Entwurf folgendermaßen aus:
(Millionen Mark.)

Jahr	Porte- bauarbeiten Ausgaben	Schiff- bauten und Ausrüstungen	Sonstige einmalige Ausgaben	Summe	Von den Ausgaben sind zu decken		Vermeh- rungen
					aus ord. Einnahmen	aus Vollstz.	
1905*)	104,95	101,56	26,92	233,43	186,50	46,93	*) Stat
1906	112,95	116,85	22,00	251,80	204,67	47,13	
1907	120,95	130,97	22,00	273,92	221,23	52,69	
1908	128,95	135,91	22,00	286,86	234,82	52,04	
1909	136,95	148,40	22,00	307,35	250,84	56,51	
1910	144,95	145,40	22,00	312,35	262,74	52,61	
1911	153,95	147,40	19,00	320,35	274,38	45,97	
1912	162,95	148,80	19,00	329,75	286,00	43,75	
1913	171,95	136,70	19,00	327,65	296,65	31,00	
1914	180,95	126,10	16,00	323,05	305,12	17,93	
1915	189,95	118,50	16,00	324,45	318,78	10,72	
1916	198,95	111,90	16,00	326,85	314,18	10,72	
1917	208,95	112,90	18,00	329,85	321,14	8,71	

Die Kosten für die Flotte sollen danach von 1906—1917 insgesamt 3711,23 Millionen Mark

betragen, während das Flottengesetz vom Jahre 1900 dafür nur 3166,88 Millionen vorsah. Die Mehrausgaben werden danach 544,35 Millionen Mark

betragen, eine Summe, von der ca. 400 Millionen durch Anleihen gedeckt werden sollen.

Ob die Forderungen der neuen Vorlage tatsächlich dem wirklichen Bedarf entsprechen, steht natürlich noch sehr dahin. Das Wahrscheinlichste ist, daß auch dies Gesetz nach einigen Jahren wieder über den Haufen geworfen werden wird!

Einige Ziffern mögen noch das lawinenartige Anwachsen der Marinekosten illustrieren. Die Marineausgaben betragen:
 1890/91 38 008 800 Mark
 1899/01 71 727 600
 1900/01 178 212 650

Sie werden betragen:
 1906 251 800 000
 1910 315 300 000

Und trotzdem gibt es Blätter, die diese kolossale Steigerung der Marinekosten noch zu gering finden.

Schreibt doch die „Rhein.-Westf. Zeitung“ in ihrer letzten Nummer:

Die neue Flottenvorlage ist ungenügend; die allgemeine Weltlage aber weist mit schmerzhafter Deutlichkeit darauf hin, daß wir keine Zeit mehr zu verlieren haben, auch zur See stark zu werden und bereit zu sein. Weht der jetzige günstige Augenblick für diesen Zweck ungenützt vorbei, so dürfen wir getrost unsere Hoffnungen, rechtzeitig in den Besitz einer ausreichenden Flotte zu kommen, begraben. Dann aber wird es nicht anständig sein, die Verantwortung für eine Katastrophe dem deutschen Volke aufzuladen zu wollen. Die deutsche Kriegesflotte wird in der Winter Session des Reichstages ihre Kritik durchzumachen haben. Wohin wird sie führen? —

Ein flottenpolitisches Nimmennmärchen.

Eins der Hauptargumente, deren sich die Flottenschwärmer bedienen, lautet, daß Deutschland sich durch eine starke Flotte die zu seinem volkswirtschaftlichen Gedeihen erforderlichen Abfahrtsmöglichkeiten sichern müsse. Deutsche Industrieprodukte im Werte von Milliarden gingen nach überseeischen Ländern; werde diese Ausfuhr einmal unterbunden, so müsse die fürchterlichste industrielle Krise über Deutschland herein-

brechen: Millionen von Arbeitern würden dann beschäftigungslos werden.

Es klingt ja sehr einleuchtend, wenn so von der notwendigen „Sicherheit“ des deutschen Exports gesprochen wird. Die Sache gewinnt aber ein wesentlich anderes Aussehen, wenn man sich durch ein paar Schlagworte und Phrasen nicht gleich verblüffen läßt, sondern sich die deutschen Exportverhältnisse erst einmal näher ansieht. Tut man das, so gelangt man nämlich zu dem Ergebnis, daß erstens Deutschlands Abfahrtsbedingungen gar keiner Sicherheit bedürfen, und zweitens, daß die Schaffung einer starken Flotte alles andere, nur keine Sicherheit des deutschen Handels darstellen würde.

Deutschland führte im Jahre 1904 Waren im Werte von 5315 Millionen Mark aus. Davon gingen 2 1/2 Milliarden nach Oesterreich-Ungarn, den Niederlanden, der Schweiz, Rußland, Belgien, Frankreich, Dänemark und Italien. Dieser Teil des deutschen Exports, beinahe die Hälfte der gesamten Ausfuhr, bedarf von vornherein keinerlei maritimer Sicherheit. Benötigt aber wenigstens der Rest unseres Auslandshandels des Säugens einer starken Flotte? Die Antwort ergibt sich sehr leicht, wenn wir die für die deutsche Ausfuhr hauptsächlich in Betracht kommenden Länder kennen lernen. Es sind das Großbritannien (zirka 1 Milliarde), die Vereinigten Staaten von Nordamerika (1/2 Milliarde), Schweden (150 Millionen) und die britischen Kolonien (zirka 600 Millionen). Die deutsche Ausfuhr nach den bis jetzt genannten Ländern repräsentiert insgesamt einen Wert von annähernd 4700 Millionen Mark, so daß überhaupt nur noch 10 Proz. der deutschen Ausfuhr übrig bleiben. Vermögen wir also den Nachweis zu erbringen, daß der deutsche Export nach den genannten Ländern nicht bedroht ist und keiner Sicherung durch eine starke Flotte bedarf, so ist ein Beweis für die Notwendigkeit der Marine im Interesse des deutschen Handels überhaupt nicht zu erbringen!

In den Schriften und Artikeln der Flottengiganten liest man immer von der „fürchterlichen Gefahr“, die dem überseeischen deutschen Handel aus der „wachsenden Eifersucht“ anderer mächtiger Handelsstaaten erwachse. Gemeint ist damit in erster Linie Großbritannien, in zweiter Linie aber auch die amerikanische Union. England fühle sich in seiner Stellung als erste Handelsmacht der Welt durch Deutschlands gewaltige Konkurrenz aufs schmerzhafteste bedroht und sinne deshalb darauf, sich des verhassten Konkurrenten durch einen vernichtenden Schlag zu entledigen. Deshalb müsse Deutschland auf der Hut sein und rechtzeitig seine Flotte so verstärken, um Englands Angriff energisch parieren zu können.

Richtig ist, daß sich der deutsche Export gewaltig gehoben hat. Während Deutschland 1897 für 3786 Millionen Mark Waren ausfuhrte, besifferte sich der Wert seiner Ausfuhr im Jahre 1904 auf 5315 Millionen Mark. Ganz unrichtig aber ist es, zu behaupten, daß speziell England durch diesen Aufschwung des deutschen Handels empfindlich benachteiligt worden sei. Gewiß, von einem Handelsmonopol Englands kann längst nicht mehr die Rede sein; aber ob die industrielle Entwicklung Deutschlands England mehr Nachteile als Vorteile gebracht hat, ist sehr die Frage. Es beweist eine ganz vorhinflutliche Auffassung des modernen wirtschaftlichen Lebens, einfach zu behaupten, daß jeder neu sich entwickelnde Industriestaat ein mißliebiger Konkurrent der alten Industriestaaten sein müsse. Die Tatsachen lehren vielmehr, daß gerade diese neuen Industriestaaten für den Export der alten Industriestaaten ein weit aufnahmefähigeres Absatzfeld darstellen, als noch unentwickelte Staaten, mögen sie gleich hunderte von Millionen von Einwohnern zählen, wie z. B. China oder Indien. Es ist ja nicht zu leugnen, daß der deutsche Handel den englischen Handel in Asien und Amerika einige Konkurrenz macht. Aber dieser Nachteil wird zum mindesten aufgewogen durch die gewaltig gesteigerte Aufnahmefähigkeit des deutschen Marktes für die Erzeugnisse Großbritanniens und seiner Kolonien! Zahlen beweisen: Die Warenausfuhr Englands mit seinen Hauptkolonien nach Deutschland besah einen Wert

	1897	1904
England	661 Mill. Mk.	961 Mill. Mk.
Britisch Indien	204	328
Australien	85	148
Britisch Südafrika	18	28
Ägypten	24	68
Brit. Westafrika	20	50
Summa	1012 Mill. Mk.	1576 Mill. Mk.

Die Einfuhr Englands und dieser Kolonien nach Deutschland vermehrte sich also in sieben Jahren um 564 Millionen Mark, um mehr als 50 Proz. Das ist die „fürchterliche Konkurrenz“, die Deutschland England bereitet!

Demgegenüber entwickelte sich Deutschlands Ausfuhr nach England und den betreffenden englischen Kolonien wie folgt:

	1897	1904
England	701 Mill. Mk.	905 Mill. Mk.
Brit. Indien	47	96
Australien	81	48
Brit. Südafrika	26	27
Ägypten	11	38
Brit. Westafrika	6	7
Summa	872 Mill. Mk.	1203 Mill. Mk.

Man sieht, England kann mit dieser Handelsbilanz voll und ganz zufrieden sein. Gerade die industrielle

Entwicklung Deutschlands hat ihm die Möglichkeit gegeben, seine Ausfuhr nach Deutschland um zirka 600 Millionen zu erhöhen. Demgegenüber kann es die Handelskonkurrenz Deutschlands in anderen Ländern leicht verschmerzen. Eine Konkurrenz, die übrigens ein Anwachsen des britischen Exports fast nirgends zu verhindern vermocht hat. England würde also gerade gegen seine eigenen Interessen zu wüten, wenn es die industrielle Entwicklung Deutschlands zu hemmen suchte.

Amerika vollends befindet sich Deutschland gegenüber in der denkbar günstigsten Lage. Seine Ausfuhr nach Deutschland hat sich in den letzten sieben Jahren von 658 auf 944 Millionen Mark erhöht, hat also um 285 Millionen Mark zugenommen, während Deutschlands Ausfuhr nach Amerika sich von 397 auf 485 Millionen Mark steigerte, also nur um 98 Millionen Mark. Auch Amerika würde also nur „die Senne schlachten, die ihr die goldenen Eier legt“, wenn es etwas gegen Deutschland unternehmen wollte.

So sieht es in Wirklichkeit mit der „fürchterlichen handelspolitischen Rivalität“ aus, die nach unseren Weltpolitikern zwischen Deutschland und England entbrannt und nur durch die ultima ratio der Schiffskanonen so schlichter sein soll. Wie bisher, können auch künftig Deutschland und England miteinander im friedlichen Wettbewerbe ringen, ohne daß auch nur im entferntesten die Lebensinteressen eines von ihnen gefährdet wären.

Zum Schutze unseres Handels bedürfen wir also keiner Flotte. Das anerkennt auch unumwunden ein in der letzten Zeit öfter genannter Marinefachverständiger, der Kapitänleutnant a. D. Ruff, der sich in seinem interessanten Buche „Marinefragen“ — auf das wir noch in anderem Zusammenhang zurückkommen werden — folgendermaßen ausspricht:

„Welchen Einfluß man einer Kriegesflotte auf die Entwicklung des Welthandels zusprechen soll, muß dahingestellt bleiben. Sieg und Niederlage werden in Zukunft auf weiten, europäischer Kultur eben erst erschlossenen Gebieten im wirtschaftlichen Kampf entschieden werden. Hier ist die Heberlegenheit einzig und allein von der Güte und der Preiswürdigkeit der deutschen Waren, nicht von der Zahl und der Tragweite der deutschen Schiffsgesetze abhängig. Der Preisfaktor bedingt die Seeverkehr und für den Handelsverkehr wird die Leistungsfähigkeit der Industrie, der Fleiß, die Intelligenz aller produktiven Klassen, die dabei mitwirken, weit mehr und entscheidender in die Waagschale fallen, als ob einige Kriegsschiffe mehr oder weniger da sind.“

Der Verfasser fährt dann allerdings fort: „Für eine gewaltigere Eroberungspolitik wird eine Flotte allerdings in unseren Zeiten noch ihre Rolle spielen, der spanisch-amerikanische und der jetzt im fernsten Osten wütende Krieg sind hierfür Belege.“ In der Tat, für eine gewaltigere Eroberungspolitik vermag eine starke Flotte eine Rolle zu spielen, und einzig für diesen Zweck! Deshalb muß es auch den Verdacht der Kolonialmächte erwecken, wenn ein Land, das eigentlich Kolonien überhaupt nicht besitzt, sich eine Flotte ersten Ranges schaffen will. Diese Flottenrüstungen erzeugen dann die feindselige Stimmung der maritimen und weltpolitischen Rivalität, die durch den friedlichen Wettbewerb der Handelsflaggen niemals erzeugt werden kann. Und diese Rivalität kann sich nur zu leicht in einer fürchterlichen Katastrophe entladen, die nicht nur die „Admiralität des atlantischen Ozeans“ völlig von der Weltkarte verschwinden lassen, sondern auch dem deutschen Handel die fürchterlichsten Wunden schlagen könnte! Durch unsere ulerlosen Flottenrüstungen wird also unsere volks- und weltwirtschaftliche Existenz nicht gesichert, sondern geradezu in der verhängnisvollsten Weise gefährdet!

Darum keinen Heller für solche Flottenrüstungen und weltpolitisches Abenteuerertum!

Die Revolution in Rußland.

Das Signum der jüngsten Tage der Revolutionsgeschichte bilden die Nachrichten über Bauernunruhen. Noch kommen sie spärlich und vereinzelt, noch sind sie auf die zentrale Zone des Zarenreiches: die Gouvernements Kursk, Smolensk, Saratow beschränkt. Doch sind das doch die Vorläufer eines allgemeinen Ausbruchs der Bauernrevolten, die, ständig zunehmend, schließlich wie ein fürchterliches Erdbeben das gesamte Reich erschüttern werden. Es ist seit jeher der eigentümliche Zug der russischen Agrarbewegungen, daß sie, wenn einmal der Anfang gemacht ist, bald einen epidemischen Charakter annehmen und trotz grausamster Repressivmaßnahmen sich rasch zu enormen Dimensionen ausweiten. Die letzten großen Bauernunruhen datieren noch aus der Zeit unmittelbar vor dem Ausbruch der jetzigen Revolutionsperiode. Ihren Höhepunkt bildete damals die gewaltige Revolte im Gouvernement Nischni, die durch den Fürsten Obolensk mit bestialischer Brutalität militärisch erdrückt wurde. Es war dies noch unter dem Plehwe-Sturz, als die losakische Grausamkeit des Zarenregimes noch ungehindert ihre Orgien feiern zu können glaubte. Gleich darauf brach das Gewitter los. Doch statt ein Signal für eine unmittelbare Explosion allgemeiner Bauernunruhen zu werden, beschränkte sich die Revolutionsbewegung ausschließlich auf das häßliche Proletariat. Die bisherige grandiose revolutionäre Aktion der Massen in Rußland ist das ausschließliche Werk der industriellen Arbeiterklasse, was schon äußerlich in der Tatsache zum Ausdruck kommt, daß der Generalstreik die vorherrschende Form des Kampfes ist. Als nächster Akt der Arbeiterbewegung trat sodann die Rebellion

Im Heere auf den Plan: die Revolte des „Boiemin“, die Erhebung in Kronstadt und Wladivostok, das Schwanken und die Desorganisation in den Landtruppen. Und nun erst, als dritter in der Reihe, zieht allmählich das drohende Gewitter der Bauern-erhebung heran.

Die ländliche Massenrevolte wird natürlich ein ganz neues Element in die allgemeine Revolution hineintragen und ihren Charakter zunächst stark verändern. In bezug auf die Homogenität und die Klarheit der Bestrebungen und Ziele kann die Bauernbewegung natürlich nicht einfernt mit der proletarischen Bewegung der Industriestädte verglichen werden. In den Bauernunruhen laufen teils utopisch-romantische Aspirationen der landarmen Kleinbauern mit modernen ökonomischen Forderungen des ländlichen Proletariats, beide wiederum mit politischer Opposition gegen den fürchtbaren Druck der Agrarmonopolwirtschaft, des Steuerstaats, des Militarismus neben- und durcheinander. Dabei ist die Schichtung und Zusammenfassung der ländlichen Bevölkerung in verschiedenen Gegenden des Reiches ziemlich verschieden. Dazu kommt, daß das Werk der Aufklärung und der Organisation der Masse durch die Sozialisten auf dem platten Lande viel jüngeren Datums und von ungleichmäßig geringerer Umfang ist, als in den Industriestädten. Allein die Revolution, der Kampf selbst wird auch hier, wie bereits bei dem Industrieproletariat, das Mangelnde bald nachholen, die innere Klärung, Disziplinierung, Organisation und schließlich Differenzierung nach Klassenlage auch in der Bauernschaft nach vorzüglicher Methode ins Werk setzen. In der Bauernbewegung wird sich freilich dieser innere revolutionäre Entwicklungsprozess naturgemäß in noch viel heftigeren Explosionen Luft machen. Aber das letzte Kapitel der Bauernunruhen wird zugleich der Epilog zum Untergang des alten zaristischen Rußland sein. Die Sturmfluten, die jetzt vom Archipel der rebellischen Dorf-gemeinden des Kurland, Samogitien, Smolensker Bezirks lauten, werden zur Lotenglocke für den Absolutismus und all den sozialen und politischen Schandflecken sein, der drum und dran hängt.

Die nächste Wirkung der jetzt beginnenden Bauernunruhen auf die allgemeine Situation wird eine Verschärfung der Klassen- und Parteigenossen in dem bisherigen Kampflage sein. Der agrarisch-adelige Semivoluntarismus wird, erschüttert durch den roten Sturm, noch energischer auf den schlechtesten Abschluß der Revolution drängen. Das städtische Proletariat wird dadurch in seinem revolutionären Vorkurs noch mehr isoliert werden, andererseits aber wird es naturgemäß die Führung der Bauernmasse an sich zu reißen suchen. Die Aufgaben der Klassenbewußten Arbeiterchaft in Rußland wachsen somit mit jedem Tage gewaltig an. Die russische Revolution stellt ihr bereits im Kleinen dieselbe Aufgabe, die dem internationalen Proletariat überhaupt von dem weltanschaulichen Verbergang auferlegt worden ist: die Vorhut und die Sturmtruppe des gesamten arbeitenden Volkes, des ganzen enormen Heeres der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu sein.

Bauernunruhen.

Petersburg, 17. November. Die agrarischen Unruhen in den Provinzen, besonders im Gouvernement Kurland dauern fort und nehmen noch immer größere Dimensionen an. Bauern zerstörten die Liegenschaften des Fürsten Apraxin, steckten die Gebäude in Brand, verwundeten den Fürsten und seine Gattin. Ebenso wurden andere Domänen der Umgegend ausgeplündert und in Brand gesteckt.

Petersburg, 16. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Heute fand in Jaroslaw Selo unter dem Vorsitz des Kaisers ein Ministerrat statt, in dem die Bauernfrage zur Beratung stand.

Ver spätete Pazifizierungsversuche.

Petersburg, 17. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ein allerhöchstes Manifest ist erlassen, durch welches für Bauern aller Kategorien die Auszahlungszahlungen vom 14. Januar 1906 auf die Hälfte reduziert und vom 14. Januar 1907 ganz aufgehoben werden. Die Bauern-agrarbank hat die Vorschrift, den Landankauf durch die Bank für die Bauern zu erleichtern und zu diesem Zwecke das Kapital der Bank zu erhöhen sowie größere Privilegien in bezug auf die Darlehen zu gewähren.

Der Generalfreist.

Petersburg, 17. November. Der Telegraphenbetrieb ist heute mittag eingestellt worden. Die Telegraphenbeamten verhandeln noch über den Anschluß an den Ausstand. Von Bahnen ist noch die finnländische und die kurze Strecke nach Jaroslaw Selo im Betrieb. Die Väter wollen am Sonntag in den Ausstand treten. Das Streikkomitee hat in einer Resolution beschlossen, im Ausstand zu verharrn, bis eine auf der Grundlage des allgemeinen direkten Wahlrechts gewählte demokratische Regierung an die Spitze tritt. Auf die Sympathien Wirtes verzichteten die Arbeiter.

Petersburg, 16. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Stadt ist ruhig. Das Personal mehrerer Apotheken hat sich dem Ausstand angeschlossen. Die Zeitungen sind nicht erschienen. In den Elektrizitätswerken sind die Ausständigen durch Matrosen ersetzt. Die Nikolai-bahn hat um 3 Uhr nachmittags den Betrieb eingestellt.

Moskau, 16. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die Arbeiter sind dem von Delegiertenrat in Petersburg vorgeschlagenen Ausstand abgeneigt. Die Mehrzahl weigert sich, für die Sache Polens zu streiken. (Dies die offiziöse Meldung. Wahrscheinlicher ist, daß der Generalfreist in Moskau erst organisiert wird.)

Warschau, 16. November. Der Einzelverkauf polnischer Tagesblätter ist vom Generalgouverneur verboten worden. Heute waren die Geschäftslokale den ganzen Tag über geschlossen, morgen soll in allen Fabriken wieder gearbeitet werden.

Rischnow, 16. November. Die hiesigen Arbeiterorganisationen haben für Montag den allgemeinen Ausstand proklamiert.

Die Revolution im Heere.

Petersburg, 16. November. In den Ausstandsgebieten von Moskau und Wladiwostok haben Militärversammlungen stattgefunden, in denen die Resolution des Generalfreistkomitees angenommen wurde. Die Garde-Marine-Compagnie in Petersburg hielt ebenfalls eine Versammlung ab, in der sie sich mit dem Programm des Komitees einig erklärte. Das einzige nicht offizielle Blatt, das jetzt erscheint, sind die Nachrichten des Streikausschusses; sie erscheinen außerhalb jeglicher Zensur.

Man wagt es nicht!

Petersburg, 16. November. Die gestern angekündigte Verhängung des Kriegszustandes ist nicht erfolgt.

Petersburg, 16. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Aus Kutais wird gemeldet, daß der über Georgien verhängte Belagerungszustand aufgehoben ist.

Im den Achtstundentag.

Der Petersburger Arbeiterrat beschloß in der jüngsten Zeit, eine große allgemeine Aktion behufs Einführung des Achtstundentages in allen Fabriken und Etablissements ins Werk zu setzen. Entsprechende Erklärungen sind den Unternehmern von den Arbeitern

gemacht worden. Darob große Panik unter den Kapitalmagnaten. Sie haben eine Versammlung der Justizrieten zusammengetrommelt, um die „freie Annahme“ der Arbeiter abzuweisen.

Petersburg, 16. November. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Eine Vereinigung der Vertreter von 72 Fabriken des Umkreises von Petersburg erklärte nach einer Beratung einstimmig die Einführung des von den Arbeitern geforderten Achtstundentages für unmöglich, da sie die Werke zugrunde richten und die Arbeiter brotlos machen würde. Es wurde eine Resolution folgenden Inhalts veröffentlicht: In den gleichartigen Betrieben Europas, England ausgenommen, besteht ein Arbeitstag von 10 bis 12 1/2 Stunden und die in ihrer Arbeit von Hochöfen abhängigen Werke arbeiteten alle mit zwei Schichten von 12 Stunden. Der Arbeitstag in Rußland sei nicht länger wie im übrigen Europa, dabei habe Rußland mehr Feiertage als jenes. Die Gewinne der russischen Werke seien geringer als die der übrigen europäischen, im Durchschnitt 3 Prozent. Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit würde den vollständigen Ruin der Industrie herbeiführen und solange jeden Wettbewerb mit den europäischen Fabriken unmöglich machen, bis auch in diesen die Arbeitszeit um ebensoviel verkürzt werde. Die russischen Betriebe hätten größere Unkosten, da sowohl die Rohstoffe wie die Maschinen in Rußland viel teurer seien und andererseits die russischen Arbeiter für erstlittenen Unfälle entschädigten, was in den anderen Ländern nicht der Fall sei. Die Mehrheit des russischen Volkes leide schon große Not. Die Verkürzung der Arbeitszeit würde den Preis der Fabrikate verteuern und dadurch die Not der Bauern vergrößern. Die Vereinigung der Vertreter beschloß, die Fabriken zu schließen, falls die Arbeiter nicht von ihrer Forderung des Achtstundentages Abstand nähmen.

Der Hinweis speziell auf die „geringeren Profite“ der russischen Unternehmer ist eine Unberücksichtigung von drolliger Naivität: es ist allgemein bekannt und offiziell nachgewiesen, daß die Herren z. B. in der Textilindustrie durchschnittlich 40 Prozentige, in der Eisenindustrie und im Bergbau 50, 60 und mehrprozentige „Reingewinne“ einsacken. Die Petersburger Arbeiterchaft wird sich auch gewiß durch die Rodomontaden der „Notleidenden“ nicht aus der Fassung bringen lassen.

Militärdiktatur in Aussicht?

Petersburg, 17. November. Der Zar hat die Absicht kundgegeben, falls die jetzige Lage sich verschlimmern sollte, den Großfürsten Michael Michailowitsch als militärischen Diktator mit den weitgehendsten Vollmachten einzusetzen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. November.

Stuttgarter Gemeinderatswahl.

Die Vorbereitungen zur Stuttgarter Gemeinderatswahl sind, wie uns geschrieben wird, in ein weiteres Stadium getreten. Wie im „Vorwärts“ vom 22. Oktober mitgeteilt wurde, haben unsere Stuttgarter Parteigenossen beschlossen: „bei ihren Wahlvorbereitungen Angebote von anderen Parteien zu wahlstatistischem Zusammengehen in erste Erwägung zu ziehen und unter Wahrung der Selbständigkeit der Partei und Berücksichtigung ihrer Stärke dahingehende Vereinbarungen zu treffen“. Bei der Mitteilung dieses Beschlusses wurden im „Vorwärts“ bereits die dafür maßgebend gewesenen Gründe dargelegt. Die Sozialdemokratie ist bei den Stuttgarter Gemeinderatswahlen zwar die stärkste Partei, jedoch bei der Listenwahl nicht stark genug, um die Vereinigung aller übrigen Parteien selbständig zu besiegen. Sie ist daher zu völliger Einflußlosigkeit auf die Stuttgarter Gemeindepolitik verurteilt, wenn es ihr nicht gelingt, von dem Block der bürgerlichen Parteien so viele Stimmen abzusprenken, wie nötig sind, um mit ihrer Hilfe bei der Wahl die absolute Mehrheit zu erzielen.

Diesem Zweck sollte der obige Beschluß dienen. Und er wirkte bei den bürgerlichen Parteien wie ein Alarmruf. Von seiten der Süddeutschen Volkspartei, mit der ein Zusammengehen von der Sozialdemokratie geplant war, wird jetzt der Briefwechsel veröffentlicht, der nach unserer Parteiverammlung zwischen der nationalliberalen Partei und ihr stattgefunden hat und der ergötzlich illustriert, wie groß der Schreden war, der ob unserem Beschluß den Nationalliberalen in die Glieder fuhr. Am 26. Oktober fragten letztere bei der Volkspartei an, ob sie mit allen anderen bürgerlichen Gruppen einen rein bürgerlichen, gegen die Sozialdemokratie gerichteten Zettel vereinbaren wolle, oder nicht.

Die Volkspartei antwortete bereits am 28. Oktober, daß sie es für angemessen erachte, einen Wahlzettel zu vereinbaren, „der es vermeidet, eine der großen politischen Parteien der Stadt völlig auszuschließen“. Sie schlug deshalb einen Zettel vor, der 3 Nationalliberale, 3 Sozialdemokraten und 2 Volksparteiler enthalten solle. Darauf antworteten die Nationalliberalen am 7. November mit einer nochmaligen Aufforderung zur Teilnahme an einem rein bürgerlichen Zettel. Derselbe solle enthalten 1 Konservativen, 1 „Katholiken“, 2 Volksparteiler und — 4 Nationalliberale! (Wie bescheiden.) Hierauf antwortete die Volkspartei am 8. November, nochmals vermittelnd, mit dem Gegenvorschlag, daß sie bereit wäre, drei von den Nationalliberalen vorgeschlagene Kandidaten auf ihren Zettel zu nehmen, aber nur, wenn sie dabei das Recht hätte, auch drei Sozialdemokraten hinaufzuziehen.

Noch am gleichen Tage beantworteten die Nationalliberalen diesen Brief. Sie hätten, schreiben sie, für diese Wahl das Ziel im Auge, eine reinliche Scheidung zwischen den bürgerlichen Parteien einerseits und der Sozialdemokratie andererseits durchzuführen. „Wir geben“, heißt es in dem Schreiben, „uns der Hoffnung hin, daß wir im Hinblick auf die Haltung der Sozialdemokratie seit Jena, in Anbetracht der revolutionären Bewegung in Rußland und Oesterreich, mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage in Württemberg angesichts der bevorstehenden Landtagswahlen . . . hierfür auch die Zustimmung der Volkspartei erhalten werden.“

Indes, aller Liebe Mühe war umsonst. Am 13. November antwortete die Volkspartei, daß ihr Anschluß es „einstimmig abgelehnt habe, eine Kommunalpolitik zu betreiben, welche die zahlreichste Partei der Stadt völlig von dem Wahlzettel ausschließt.“

Es ist also die Bahn für eine Verständigung zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie frei; eine solche wird in den nächsten Tagen zum Abschluß gelangen. Vielleicht gelingt es, die vereinigte Reaktion glatt aus dem Felde zu schlagen. Dieselben Herren Nationalliberalen, welche jetzt „grundfäßliche“ Schemen vor einer Kandidatenaufstellung mit der Sozialdemokratie markieren, waren vor 2 Jahren notorisch zu einer solchen bereit. Wenn sie diesmal mit dem Hinweis auf die in Rußland plägenden Bomben und Granaten ablehnen, so aus dem sehr nüchternen Grunde, weil ihnen die Trauben zu hoch hängen. Die „grundfäßliche“ Abneigung der Stuttgarter

Nationalliberalen berührt gerade in dem Augenblick um so erheiternder, wo sich ihre badiischen Vettern gegenüber der dortigen Regierung das Recht zu wahren suchen, mit der Sozialdemokratie ein gegen das Zentrum gerichtetes Wahlbündnis abzuschließen.

Noch ist auch in Württemberg nicht aller Tage Abend. Die schwebende „Verfassungsrevision“ ist noch nicht unter Dach und Fach. Wenn sie wiederum scheitert, werden die nächsten Landtagswahlen unter dem Zeichen des Sturms auf die Zentrumspositionen stattfinden. Und ebenso ergötzlich, wie jetzt die „grundfäßliche“ Scheu der Nationalliberalen vor der Sozialdemokratie wirkt, so ergötzlich wird dann die ebenso „grundfäßliche“ Geneigtheit derselben Herren sein, eine Verbindung mit der Sozialdemokratie anzubahnen.

Die Sozialdemokratie hat durch ihr Vorgehen diejenige Konstellation für die diesjährigen Gemeinderatswahlen herbeigeführt, die sie selbst gewünscht und für richtig gehalten hat, und kann dem Wahlkampf mit heiterer Zuversicht entgegensehen.

Heftige Landtagswahlen.

Mainz, den 16. November. (Eig. Ber.)

Soweit die am Mittwoch stattgefundenen Wahlmänner-Wahlen bis jetzt einen Ueberblick gestatten, bietet sich folgendes Bild: Die Sozialdemokratie hat ihren alten Beststand, Großgerau und Jfenburg-Langen, glänzend behauptet und ein neues Mandat, Pfungstadt-Bernsheim, von den Nationalliberalen erobert. Die sozialdemokratische Stimmzahl hat sich in allen zur Wahl stehenden Kreisen bedeutend gesteigert, in manchen Orten mehr wie verdoppelt; in keinem einzigen Orte vermindert.

Der Kampf mußte in allen Wahlbezirken, in denen die Sozialdemokratie selbständig vorging, gegen eine geschlossene bürgerliche Koalition geführt werden; die Jurist vor dem Umsturz hatte die sich sonst Widerstrebenden zum trauten Bund zusammengeführt. Diese Tatsache im Verein mit dem indirekten Wahlsystem erklärt, daß unsere Erfolge nicht noch größer waren. Es ist uns z. B. nicht gelungen, die Kreise Mainz-Land, Darmstadt-Land und Wicken-Land zu erobern, doch rüdten wir dem Gegner in Mainz-Land scharf auf den Leib.

Die Freisinnigen haben das Mandat Berrstadt in Rheinhessen dem Bauernbündler Wolf abgenommen, während die Bauernbündler den Wahlkreis Bad Nauheim eroberten, wo sie den nationalliberalen Hehl-Freund Rechtsanwalt Bendecker verdrängten. Das Zentrum hat seinen Beststand, wie es scheint, gewahrt. Die Leittragenden sind also, voraussichtlich mit dem Verlust von zwei Mandaten, die Nationalliberalen. Sie haben die Sünden ihres Parteigenossen Herrn v. Hehl in der Ersten Kammer zu büßen, den sie nicht energisch abzuschnitten wagen.

Unsere Fraktion im Landtag wird zukünftig statt aus sechs aus sieben Mitgliedern bestehen: Die Genossen Ubelung-Mainz, Dr. David-Mainz, Ulrich-Offenbach und Orb-Offenbach sind nicht aus der Kammer ausgeschieden; Genosse Verthold-Darmstadt wurde im Wahlkreise Großgerau wiedergewählt, an Stelle des Genossen Tramer wurde im Wahlkreise Jfenburg-Langen der Genosse Dr. Fulda-Darmstadt gewählt, während der im Wahlkreise Pfungstadt gewählte Genosse Raab-Pfungstadt neu hinzukommt.

Der zukünftige Landtag wird also in seiner Zusammensetzung keine großen Veränderungen aufweisen. Indes läßt der Ausfall der Wahlmännerwahl bei den bürgerlichen Parteien durchaus keinen absolut sicheren Schluß auf die Abgeordnetenwahl zu. Die bürgerlichen Wahlmänner sind durchweg keineswegs so prinzipienfeste Anhänger ihrer Parteien, und nehmen nicht selten in entscheidenden Augenblick eine gründliche Revision ihrer ursprünglichen Ueberzeugung vor, so daß man bei der Abgeordnetenwahl immerhin noch allerhand Ueberraschungen erleben kann.

Der Wahlkampf tobte wohl am schärfsten im Kreise Neu-Jfenburg-Langen. Hier versuchte der bekannte Sprengling-Ärzt und Reichstags-Abgeordneter Dr. Becker als Er-torener sämtlicher bürgerlicher Parteien, und das Mandat zu entreißen. Becker betrieb eine geradezu perfide Agitation; doch trotzdem, aber gerade deshalb erlitt er eine vernichtende Niederlage. Becker brachte es auf etwa 10 Wahlmänner, während unser Genosse Dr. Fulda erlangte.

Der Wahlkampf wurde von unseren Genossen mit musterhafter Disziplin und großem Opfereifer geführt. Auch in die entlegensten Orte der Wahlbezirke drangen unsere Sendboten, um in Wort und Schrift für unsere Ideen zu wirken. Den Agitatoren leistete ein von den Abgeordneten Ubelung und Ulrich bearbeitetes Landtags-Handbuch vorzügliche Dienste. Der Erfolg dieser fleißigen Arbeit zeigte sich außer in der starken Zunahme unserer Stimmzahl auch in dem Ausschlag der Parteipresse.

Deutsches Reich.

Kommunale Fleischversorgung.

Am 22. Oktober verlangten in einer überfüllten Frauen-versammlung 800 Frauen der arbeitenden Bevölkerung Königsbergs vom Magistrat und von der Stadtverordneten-Versammlung, sie möchten, um den gräßlichen Notstand zu mildern, die kommunale Fleischversorgung einführen. Sie reichten eine Petition ein und diese kam am Dienstag in der Stadtverordneten-Versammlung zur Verhandlung. Jetzt mußten die „liberalen“ Herren Farbe bekennen. Sie gingen über die Petition einfach zur Tagesordnung über, an Gründen fehlte es nicht. Die Unfähigkeit der Beamten, die Sünden verkracht agrarischer Fleischkauf-Gesellschaften usw. mußten für die Ablehnung der Petition herhalten. Der Magistrat versicherte sogar, daß, falls der Petition stattgegeben, das Fleisch nicht billiger sondern teurer werden würde, zudem könne von einem Notstand nicht die Rede sein.

Welchen Wandel der Auffassung doch die Befürchtung, der Profit der ehrlichen Schlächterkunst könnte etwas eingeschränkt werden, erzeugt. Im September hat derselbe Magistrat eine Petition an die Staatsregierung geschickt, in der es heißt:

„Die Steigerung der Fleischpreise hat inzwischen eine bisher hierorts nicht gekannte Höhe erreicht, welche die ärmere Bevölkerung zwingt, sich mit Freibankfleisch zu begnügen, oder auf den Fleischgenuß fast ganz zu verzichten. . . Der Höhepunkt der Preissteigerung scheint aber noch lange nicht erreicht zu sein. . . Eine überaus trübe Zeit steht so noch unserer Bevölkerung bevor, denn die Gefahr, daß durch die immer weiter um sich greifende Beschränkung der Fleischmengen ein körperlicher und sittlicher Verfall eintritt, ist hierorts erheblich größer, als in der Mitte und dem Westen unseres Vaterlandes, weil die rauhe Bitterung die Reizung zum Alkoholgenusse ohnehin erheblich fördert.“

Das Verhalten der Königsberger Stadtverordneten beweist aufs neue, daß es sich für die Schlächtermeister und die sogenannten freisinnigen Kreise des deutschen Bürgerums bei ihrer Agitation für die Öffnung der Grenzen weit weniger um die Versorgung der ärmeren Volksschichten mit billigem Fleisch handelt, als um die Erhaltung und Sicherung der Viehhändler- und Fleischerverprofite. Größer noch als die Entrüstung über die Jugelnöpftheit

der Regierung gegenüber den eine Aufhebung der Grenzsperr für den Export von Fleisch, ist in den Händen und Schlächtereien die Empörung über die Empfehlung des Reichsanwalters, die Kommunen sollten den Viehkauf selbst in die Hand nehmen und städtische Schlachtereien einrichten. Eine in Köln abgehaltene Versammlung der Metzger- und Viehkommissionäre hat, nach scharfen Ausfällen gegen die Regierung, einen Protest angenommen, in dem es heißt:

Die Versammlung erklärt, man habe es bisher nicht für möglich gehalten, daß der erste Beamte des Reichs, getreu den Forderungen der Sozialdemokraten auf Errichtung von städtischen Schlachtereien, sich dazu hergebe, den ganzen Metzger- und Viehhändlerstand, etwa 60 000 Existenzen zugrunde zu richten.

Auch die Berliner Fleischerrinnung entrüstet sich. In einem offenen Brief an den Fürsten Bismarck erklärt sie:

Für die Fleischversorgung der Städte ist der Zwischenhandel eine absolute Notwendigkeit. Ohne Zwischenhandel ist die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln, vor allem mit Fleisch, überhaupt unmöglich. Nur durch den Zwischenhandel ist es möglich, Lebensmittel aller Art zu angemessenen Preisen in den Städten zum Verkauf zu bringen. Es würden Stadtverwaltungen, welche nach irgend einer Richtung hin selbst Handel treiben wollten, sowohl ihre Stellung als ihre Aufgabe als Behörde vollständig verkennen. Wegen den Rat, welchen Hr. Fürstkanzler den Vertretern des Deutschen Städtetages gegeben haben, erheben wir einmütig Protest und bedauern auf das tiefste, daß es möglich ist, daß der Verräter Hr. Majestät des Kaisers solche Ratsschlüsse erteilen kann, welche geeignet sind, ein ganzes, allezeit zu Kaiser und Reich stehendes Gewerbe zu vernichten und Tausende von steuerzahlenden Bürgern an den Bettelstab zu bringen.

Ob Agrarier, Viehhändler oder Fleischer, das ausschließliche Motiv ihrer Handels wie ihrer sittlichen Entschlossenheit ist die Sicherung ihres Profits. Die Verfassung auf den Seuchenschutz, die Volksernährung, die Erhaltung des Volkswohlfandes usw. ist nichts als Aufspuy zur Verdeckung des eigentlichen Beweggrundes. Die Agrarier und ihr ministerieller Wortführer, der Reichsanwalt, konnten nichts Geschickteres tun, als die Lösung „Kommunale Fleischversorgung“ auszugeben, um öffentlich zu demonstrieren, wie wesenstverwandt sich im Grunde Agrarier und Schlächter sind.

Som Sterbedeitt des Nationalliberalismus.

Unserem Kasseler Parteiblatt ist aus Hagen ein „streng vertraulicher“ Verweissungsschreiben des Dr. jur. Cremer, Vorsitzenden des Agitationsausschusses der Nationalliberalen im Kreise Hagen-Schweim, zugeföhrt worden. In dem hübschen Dokument heißt es gleich zu Anfang:

Sehr geehrter Herr!

Im Interesse der bedrohten Weitzeregierung unserer Partei im hiesigen Wahlkreise sehe ich mich genötigt, Ihnen unter der Hand folgendes zu unterbreiten.

Von den bewährten Freunden einer gemäßigt liberalen Politik und eines gesunden sozialen Fortschritts in unserem Kreise ist im Laufe des letzten Jahrzehnts einer nach dem anderen von der politischen Arena abgetreten. Der Gründe sind viele, oft erwähnte und begreifliche: Die uns im hiesigen Kreise seit Jahrzehnten zugefallene Rolle der Minderheitspartei, Teilnahmslosigkeit und Laune in den weitesten Kreisen unserer Parteifreunde, die immer unbefriedigendere Gestaltung unseres ganzen öffentlichen Lebens und dergleichen mehr.

So ständen wir also an dem Punkte, an dem uns nur die Wahl bleibt, entweder aus Mangel an Interesse zu liquidieren, oder noch einmal einen energischen Versuch zu machen, die Organisation und Stellung unserer Partei im Kreise so weit zu festigen und zu erhalten, daß wir die politischen Ergebnisse des Wahljahres 1908 über die Fortexistenz unserer Partei entscheiden lassen können.

Als letzten Rettungsversuch in diesem nationalliberalen Jammer schlägt der bestimmte Herr Dr. jur. Cremer vor, daß die „höchstbesteuerten“ Parteigänger der Fraktion Drehscheibe im Interesse der Bekämpfung der „Umsturzbestrebungen“ je ein Prozent von ihrem Einkommen auf dem Altar der untergehenden Partei opfern, um einen besoldeten Agitator nach dem Muster der Sozialdemokratie anzustellen. Dieser „streng vertrauliche“ Notruf könnte wahrhaftig einen Stein erweichen, aus den „höchstbesteuerten“ jedoch wird er wahrscheinlich den „einprozentigen“ Liberalismus nicht mehr herausstreifen. Die Bekämpfung der „Umsturzbestrebungen“ ist freilich schön, aber dafür ist doch die Regierung da. — aus eigener Tasche dafür zu bleichen? Daran denken die Herren gar nicht.

Post-Kroppien.

Die „Post“, die in richtiger Selbstschätzung bekanntlich längst zur Aufbesserung ihrer Qualität einige Anlässe der Kroppischen Anstalten als gelegentliche Mitarbeiter engagiert hat, kommt in ihrer Nummer 540 nochmals auf den angeblichen Vebelschen Landbesitz zurück — nicht um nachträglich die ihr nachgewiesenen Fälschungen richtig zu stellen, sondern um uns durch einen ethisch-ästhetischen Erguß ihrer schönen Seele zu ergötzen, indem sie sich folgende Stübliste leistet:

Die Vebelschneide haben sich in der Kunst ihres Herrn und Meisters zu bestelligen gesucht dadurch, daß sie unläufig auf und schimpfen, weil wir Vebel auf Grund seiner eigenen Kraxen im Nichtstags aus dem Jahre 1808 an den Pranger stellten. Das unter der Vebelschneide stehende Karrenblatt offenbart aber hierbei wieder einmal seinen wässrigen geistigen Wasserrott, indem es unerschrocken für den Autokraten Vebel so äußerst blamablen Hinweise vollkommen hüßlos gegenübersieht. Es weiß kein sachliches Wort darauf zu erwidern. Bei der horrenden geistigen Stupidität der neuen Messerfechter bleibt ihnen weiter nichts übrig, als daß sie sich über den alten abgedroschenen Schimpf- und Schmähwortvorrat ihrer davongegangenen Vorgänger hermanen und deren stereotype Wendungen als eigenes Geistesprodukt vorbringen.

Die „Post“ macht, wie wir neidlos anerkennen, rasche Fortschritte im Konversationston ihrer nach Bildung und Verstand wohlgebenden Brotherren. Doch bedarf ihr geistiger Verstand entschieden einer weiteren Auffrischung. Sollte es sich nicht empfehlen, einige der oben erwähnten Mitarbeiter als neue geistige Kräfte dauernd dem Redaktionsverband des Blattes einzubeziehen? —

Die Flottenschwärmer gegen die Industrieentwicklung.

Es ist ein unkomisches Schauspiel, daß gerade die engagierten Flottenfreunde sich vor einer allzu harten Entwicklung der Industrie fürchten, während doch angeblich die Flottenverstärkungen dazu dienen sollen, der Industrie immer weitere Gebiete zu erobern. So liest man in der deutschen volkswirtschaftlichen Korrespondenz:

Ein reiner Industriestaat wäre für die Industrie selbst das größte Unglück. Wäre es davon aber sprechen hierbei noch andere große nationalwirtschaftliche Gesichtspunkte von eminentester Bedeutung wie z. B. die Wehrmachtsfrage u. a. mit. Wie für die Landwirtschaft im ganzen die Frage der Verflechtung von größerer Bedeutung ist, so für die Nationalwirtschaft des Deutschen Reiches eine gesunde und zweckmäßige Verteilung der Erwerbsgruppen. Deutschlands großmächtige Stellung beruht gerade in der Entwicklung der Erwerbsgruppen, in einer blühenden Industrie, einem Handel, der die deutschen Erzeugnisse nach allen Ländern der Welt trägt, und namentlich in der Landwirtschaft, die zwar schwere Zeiten zu bestehen hatte, aber glücklicherweise jetzt wieder hoffnungsvoller in die Zukunft blicken kann.

Es zeigt sich, daß die Argumente für die Flottenverstärkungen nur blauer Dunst sind, den man dem Volke vormacht. In Wirklichkeit handelt es sich bei den Flottenverstärkungen nur um imperialistische Viehfaberelen und um fette Profite für die Herren Industriemagnaten! —

Aus Deutsch-Ostafrika.

Gouverneur Graf Söhen telegraphiert unter dem 16. November: Der größte Teil des Bezirks Lindi kann als beruhigt gelten. Ackerbau und Handel beleben sich dort wieder. Nur Mahenge erscheint noch gefährdet, da das Detachement Wangenheim den Bezirk Morogoro—Mossa nicht ganz entblößen konnte und nach seiner Teilung zu schwach war, um die Flußübergänge über den Anoha und Mlaga zu erzwingen. Am 21. d. M. maršiert eine als Besatzung von Morogoro bestimmte Abteilung von Dar-es-Salaam ab, um dem Hauptmann von Wangenheim freie Hand zu geben. Major Johannes erhielt Befehl, einen Teil seines Expeditionskorps von Livala auf Mahenge zu detachieren, da Songea nach dem bereits gemeldeten Gescheh bei Nyamabengo außer Gefahr steht. Hauptmann Rigmann kehrte nach dem Entzug von Songea nach Iringa zurück. Der Regierungsrat Vorder meldet nach seiner Rückkehr von der Verteilung des südlichen Teils des Bezirks Dar-es-Salaam, daß Veruhigung eingetreten und die Arbeit wieder aufgenommen sei. In den Natumbirgen kommt es noch zu gelegentlichen kleineren Zusammenstößen.

Preiserhöhung für Kohlen. Wie der „Börsen-Courier“ mitteilt, hat die am Donnerstag in Essen stattgefundene Beiratssitzung des Kohleninhalts beizustehen, der Generalversammlung eine Erhöhung der Preise für Kohlen um 1 M. und für einige andere Sorten um 50 Pf. pro Tonne vorgeschlagen. Vor kurzem hieß es, daß für „einige andere Sorten“ der Preis um 50 bis 75 Pf. hinaufgesetzt werden sollte, doch hat es die Kommission in diesen Fällen bei einem Aufschlag von 50 Pf. bewenden lassen. Die erhöhten Preise treten am 1. April 1906 in Kraft.

Hermuler 908a. Der Polizeipräsident von Berlin hat den Schneidergesellen Adam Wojciechowski mit Zulassung eines Formulare 908a bestraft. Dies Formulare weist Breußen aus dem früheren Landespolizeibezirk Berlin (Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Niddorf, Friedmann, Wilmersdorf, Schmaragdberg, Tempelhof, Brig, Treptow, Niddendorf, Reinickendorf, Weißensee, Stralau, Nimmelsburg, Pantow und Tegel) aus, verbietet ihre Rückkehr in einen dieser Bezirke bei 100 M. Strafe und droht dem Ausgewiesenen an, er werde noch aus drei Dutzend anderen namentlich aufgezählten, am Berlin gelegenen Distrikten ausgewiesen werden, falls er dort Aufenthalt nehme. Als Grund der Ausweisung ist im Formulare vorgebracht, der Inhabspat sei bestraft, „mithin als eine für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährliche Person zu erachten“. Welche Strafen hat Wojciechowski erlitten? Er ist lediglich wegen Preßvergehen als Redakteur der „Gazeta Robotnicza“ und zwar am 12. Januar 1902 zu 9 Monaten, am 8. April 1903 zu 3 Monaten wegen Aufreizung (§ 130 Str.-G.-B.) und am 6. September 1903 wegen Aufreizung zu 6 Monaten verurteilt. Diese Strafen sind in eine Gesamtsstrafe von 18 Monaten zusammengezogen und seit dem 12. Juni 1904 verbüßt. Die Polizei gründet ihre Ausweisungsbefugnis auf das altpreussische Gesetz vom 31. 12. 1842. Wir lassen unerörtert, ob die Vorschrift des Gesetzes von 1842 mit dem Freiheitsgesetz vereinbar ist: Das preussische Ober-Verwaltungsgericht bejaht diese Frage, hervortragende Juristen und Staatsrechtler sind anderer Ansicht. Aber keineswegs darf auch nach Ansicht des Ober-Verwaltungsgerichts die Befugnis aus dem Gesetz von 1842 willkürlich angewendet werden. Wälsch liegt aber in der Annahme, daß die gedachten ehrenvollen Bestrafungen den Genossen Wojciechowski zu einer „für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlichen Person“ machen. Für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlich sind die nach dem eblischen Zeugnis des verflochtenen Polizeipräsidenten im Dienste der Polizei lebenden wegen ehrenrühriger Dinge mit Justizhaus bestrafte Personen. Die gleiche Annahme, bei einem für seine Uebertretung eintretenden Konne, der wegen dieser Uebertretung von preussisch-polnischen Richtern verurteilt ist, enthält eine geradezu beleidigende Unterstellung selbst für den Gesetzgeber von 1842. Die Verfügung ist im Verwaltungsstreitverfahren angefochten und wird wohl schon deshalb zur Aufhebung gebracht werden, weil W. kein „Neuanziehender“ im Sinne des Gesetzes von 1842 ist und, falls das Gesetz von 1842 für anwendbar erachtet wird, es nur auf „Neuanziehende“ Anwendung findet. Eine Ausweisung wegen politischer Delikte geht selbst noch über die polizeilichen Gebräuche der 1800er Reaktionszeit hinaus.

Husland.

Frankeich.

Eine Aktion für das Proportionalwahlrecht. Paris, 15. November. (Sig. Ver.) In der jüngsten Zeit tritt eine Bewegung zugunsten des Proportionalwahlrechts hervor, die nicht ausschließlich ist, da sie bei den verschiedensten Parteien der Kammer tätige Freunde hat. Nicht nur Jaurès hat sich in einem Leitartikel der „Humanité“ für die Einführung des Listen-Strutiniums mit Proportionalverteilung ausgesprochen, auch im Zentrum ist es namentlich Ribot, der sich für diese Reform einsetzt. Der Herr De Mun ist gleichfalls ihr Anhänger. Der Kammer liegt seit einigen Monaten ein ausführlicher Bericht über die Frage vor, und es siele bei autem Willen nicht schwer, noch vor den Neuwahlen die Form für das neue System zu finden. Allerdings ist es fraglich, ob sich der in solchen Dingen säuberliche und misstrauische Senat bewegen ließe, der Reform des Wahlgesetzes zuzustimmen. In der Kammer hat diese die meisten mehr oder minder offenen Gegner bei den Radikalen, die heute die Herren und Kugler des politischen Intrigenspiels sind. Das reformierte Listen-Strutinium würde die Bildung großer, festgeschlossener Parteien mit unabweisbarem Programm und konsequenter Taktik fördern, und die Königsmaier vom Salsage des Herrn Sarrrien, der heute den Tausch von Prinzipien gegen Ministerposten dirigiert, kämen um einen großen Teil ihrer Macht. Im „Radical“ wendet heute der radikale Streber Raujan gegen das Proportionalwahlrecht ein, daß es mit Sicherheit nur in den Ländern mit großen geschlossenen Parteien angewendet werden könne. Wo diese nicht vorhanden seien, würde die republikanische Idee an Kraft und Klarheit verlieren. Aber in Wahrheit verhält sich die Sache umgekehrt. Die Zersplitterung der bürgerlichen Parteien könnte doch am besten durch die mit dem Listen-Strutinium verbundene proportionale Vertretung überwunden werden, die es erschweren würde, daß einzelne Politiker mit reichlichem Geldeaufwand, durch lokale Vetterchaften und durch lokalpolitische Demagogie ein Mandat ergattern, das sie dann zu (parlamentarischem) Aufhangel annehmen. Die Radikalen aber bestritten auch, daß sie beim Proportionalwahlrecht um die vielen Mandate kommen würden, für die sie bis jetzt in den Stimmwahlen so oft die Sozialisten im Namen der Republik, oft genug auch die Radikalen im Namen der sozialen Ordnung ausgerufen haben. Endlich müßte da die Grundgesetzlichkeit dieser buntschiedigen, gleichzeitigen nationalistischen und friedensfreundlichen, industriellen und agrarischen, kleinbürgerlichen und sozialreformistischen Partei allzu deutlich hervortreten. Man sieht also, die Gerechtigkeit des Prinzips allein wird dem Proportionalwahlrecht bei der bürgerlichen Demokratie nicht viel helfen.

Belgien.

Kongo-Gruel.

Zur Veruhigung für diejenigen, die da meinen könnten, wir hätten uns Uebertreibungen zuschulden kommen lassen, als wir vergangenes Sonntag die unter dem Regime der belgischen Regierung und des belgischen Königs begangenen kolonial-Gruel schilderten, geben wir im folgenden wieder, was Wolffs Telegraphen-Bureau über die Affäre zu melden hat:

In dem Abschnitte über das Grundeigentum bemängelt der Bericht, daß von der Gesetzgebung des Kongostaates die Begriffe „von Eingeborenen in Besitz bzw. nicht in Besitz genommenen Land“ nicht definiert sind. Der Begriff des von den Eingeborenen nicht in Besitz genommenen Landes, das gesetzlich als dem Staate angehörend angesehen wird, dürfe, um Mißbräuche zu vermeiden, nicht zu weit ausgedehnt werden, weil dadurch jede Entwicklung des Eingeborenen-Lebens gehemmt werden würde. Einzelne Agenten hätten den Eingeborenen sogar verboten, dem Staate gehöriges Land zu betreten und ihnen so das Recht der Bewegungsfreiheit genommen. Da keine Eingeborenen-Industrie bestehe, könne von einem auch nur einigermaßen in Betracht kommenden Handel keine Rede sein, weil abgesehen von den wenigen, von den Eingeborenen kultivierten Ländereien, die kaum deren und der Posten Lebensbedürfnisse hervorbrächten, alle Bodenerzeugnisse dem Staate oder den konzeffionierten Gesellschaften gehörten. Bei der Besprechung der Steuerfrage gibt der Bericht zu, daß die Leistung der Steuer durch persönliche Arbeit, die allerdings zurzeit im Kongostaat die einzig mögliche Steuerleistung sei, zu einem Mißbrauche zu fiskalischen Zweden und bei der Erzwingung der Leistung zu Ausschreitungen führen könne. Vielfach würden übermäßige Leistungen gefordert. Auch bezüglich anderer von den Eingeborenen geforderter Arbeitsleistungen, z. B. Trägedienste, würden vielfach übermäßige Anforderungen gestellt. Die Kräfte der Bevölkerung zur Leistung von Trägediensten herangezogenen Bevölkerung würden erschöpft und diese Bevölkerung sei von teilweiser Vernichtung bedroht.

Der Bericht kommt danach auf die Kaufschulfrage zu sprechen und sagt, der größte Teil der Zeit der Eingeborenen werde von der Kaufschulden in Anspruch genommen. Mit bezug auf die an Schwarzen begangenen Gräueltaten sagt der Bericht, solche seien hauptsächlich im Verlaufe bewaffneter Expeditionen begangen worden. Der Bericht führt Gräueltaten auf, die der Untersuchungskommission von Augenzeugen mitgeteilt worden sind. So haben Missionare und Schwarze im Jahre 1895 in von Soldaten besetzten Booten einen Korb gesehen, in dem sich 12 bis 20 abgeschüttelte Hände befanden. Ungefähr zu derselben Zeit hat der Weisliche Garl ebenfalls in einem Boote abgeschüttelte Hände gesehen, die an einem Stoch befestigt waren. Ein Eingeborener versicherte, daß diese Hände vom Stationsvorstande von Bitoro gezeigt worden seien, und der genannte Weisliche berichtet, dieser Beamte habe damals, auf seinen Hund zeigend, gesagt: Das ist ein menschenfressender Hund, er frißt abgeschüttelte Hände.

Die Kommission führt unter Berufung auf Zeugen noch mehrere Fälle ähnlicher Verwundungen an und erklärt ferner, daß sie auch ihrerseits Verwundungen gesehen hat. Die einzelnen Fälle sind in dem Berichte ausdrücklich mit Namen angeführt: Es wird sodann hervorgehoben, daß die Verwundungen von Leidnamen eine alte Gewohnheit der Eingeborenen seien; damit wird es erklärt, daß die der öffentlichen Streitmache einverleibten Schwarzen wiederholt blutige Tropfen vor ihre Chops gebracht hätten. Am Anfang der Besetzung des Staates sei dies auch von verschiedenen weißen Vorgesetzten gebildet worden, und darauf möge mancher der vorgekommenen besagten Verwundungen zurückzuführen sein, in denen lebende Personen verwundet worden sind, die von der Soldaten für tot gehalten wurden. Der Bericht erörtert dann die Frage der Konzeffionen und sagt, nur Beamte des Staates, die absolut unabhängig von den konzeffionierten Gesellschaften seien und deren Interessen vollkommen fremd gegenüberstünden, dürften zur Erzwingung von Leistungen ermächtigt sein. Ein ferneres Kapitel widmet der Bericht der Ermächtigung des Kongostaates und führt als Gründe dieser Ermächtigung große Epidemien und besonders die Schlafkrankheit an. Das letzte Kapitel des Berichtes ist der Justizverwaltung gewidmet, gegen die hauptsächlich drei Beschwerden geltend gemacht werden, nämlich die Zusammensetzung der Gerichte, ihre im Verhältnis zu der ungebauten Ausdehnung des Gebietes zu kleine Zahl und endlich die Abhängigkeit, in der sich die Beamten der Staatsanwaltschaft gegenüber der Verwaltungsbehörde befänden.

Italien.

Kommunale Krise in Turin.

Rom, den 15. November. (Sig. Ver.) Infolge der Obstruktion, die die 30 Mann starke sozialistische Stadtverordnetenfraktion angewandt hatte, um von der liberalen Mehrheit die Einführung von Abendstunden zu erzwingen (die den Arbeitern unter den Stadtverordneten die Ausübung ihres Mandats ermöglichen sollten), haben die 42 Vertreter der Mehrheit ihre Demission gegeben. Es sieht somit die Auflösung der Stadtverwaltung und die Entsendung eines Regierungskommissars für die interimale Verwaltung bevor.

Die Krise kommt allen Teilen gelegen. Die jetzt an der Herrschaft befindlichen Liberalen hoffen, durch Bündnis mit den Sozialisten ihrerseits erwarten von den Neuwahlen einen noch größeren Sieg, als sie bei den letzten partiellen Wahlen davongetragen hatten. — Die wenigen liberalen Maßnahmen, die die bisherige Stadtverwaltung getroffen hatte, waren nicht durch die Stimmen der „liberalen“ Mehrheit, sondern durch die der Sozialisten durchgeführt worden.

Afrika.

Marokko-Konferenz.

Seit mehr als sechs Monaten stult die Marokko-Konferenz, und endlich soll sie wirklich zustande gebracht werden. Als Ort der Haupt- und Staatsaktion ist Algiers vorgezogen, ein Städtchen in der spanischen Provinz Cadix gegenüber von Gibraltar. Der spanischen Regierung fällt die Aufgabe zu, die Einladungen nach allen Regeln diplomatischer Kunst ergehen zu lassen. Es heißt, Frankreich hätte den Wunsch geäußert, die Konferenz möglichst bald einberufen zu sehen. Dagegen soll Deutschland sich dahin geäußert haben, es wünsche den Zutritt der Konferenz nicht vor dem 15. Dezember. Daraufhin sei von Spanien der 15. Dezember festgesetzt worden! — Der Sultan hat bereits seine drei Bevollmächtigten ernannt, die anderen Staaten gebeten dem guten Beispiele bald zu folgen. Für Deutschland soll Graf Tattenbach abgeordnet werden, andere wieder behaupten, diese große Ehre sei Herrn Dr. Rosen zugefallen.

Es heißt sonst: „Das lange wagt, wird gut“. Wir fürchten, daß dieses Sprichwort an der Marokko-Konferenz zu schanden gehen wird.

Amerika.

Der Kongreß tritt im Dezember zusammen, und Präsident Roosevelt hat seine umfangreiche Vortragsrede — eine Art Thronrede — bereits fertiggestellt. Er ist entschlossen, seine Absicht durchzuführen, eine größere Kontrolle über die mächtigen Eisenbahn-Gesellschaften durch Bundesgewalt zur Geltung zu bringen. In diesem Bestreben findet er in der eigenen Partei viele Widersacher und erwartet Unterstützung aus den Reihen der Demokratie. Seine jüngste Reise durch die Südstaaten war vorwiegend diesem Zweck gewidmet, und es ist ihm auch gelungen, bedeutende demokratische Politiker für seine Pläne zu gewinnen.

Wie der „New York Herald“ meldet, waren in den letzten Tagen die Vertreter von fünf verschiedenen Arbeiterorganisationen beim Präsidenten vorstellig geworden, um ihn zu bewegen, seine Pläne gegen die Bahngesellschaften aufzugeben. Sie fürchteten eine allgemeine Reduktion der Löhne, wenn den Bahngesellschaften durch die beabsichtigte bundesgesetzliche Regelung der Frachtraten ihre hohen Einnahmen beschritten würden. Roosevelt gab den „Arbeitervertretern“ beruhigende Versicherungen, indem er erklärte, daß er das Beste aller Bürger wolle. Roosevelt hat die Traktat- und großen Korporationen schon verschiedene Male gewarnt, daß es für den Bestand ihrer Macht gefährlich sei, wenn sie dieselbe nicht bräuen. Seine Opposition gegen die großen Gesellschaften ist im übrigen nicht allzu ernst zu nehmen; denn es versteht sich von selbst, daß er sich in erster Linie berufen glaubt, die Interessen der Kapitalisten zu vertreten.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Eingangsfliegen im Berliner Bauberuf.

Auf einem Neubau in der Donaustraße zu Nixdorf hängt das Firmenbild des bekannten Baumeisters Kurt Berndt aus. Der Harnlose muß annehmen, daß dort ein Werk entsteht, das nach allen Regeln der Baukunst aufgeführt wird. Der Eingangsfliegen weiß, daß davon leider nicht die Rede ist!

Der Bau ist nämlich an einen Unternehmer mit dem berühmten Sammelnamen Lehmann weiter vergeben, und Herr Lehmann hat Zustände einrichten lassen, wie sie gleich schlimm in Berlin und Umgegend zu finden sein dürften.

Die Maurer nahmen im eigenen Interesse wiederholt Stellung dagegen.

Am Sonnabend, den 21. Oktober, verließ die zweite Kolonne Affordmurer den Bau. Der Unternehmer wandte sich nun wegen neuer Leute sowohl an den Maurer-Verband wie an die Lokal-Organisation. Auch ein Arbeiter mußte sich in Nixdorf nach Maurern umsehen, welche nun in Paphn weiter arbeiten sollten. Nach zwei Tagen aber schon legten auch 40 Lohnmurer die Kelle hin und traten anderwärts in Arbeit. Die 40 Mann, die an ihre Stelle rückten, sperrten nach sechs Tagen den Bau auf zwei Tage. Nun sollten alle Mißstände beseitigt werden und die Maurer gingen wieder an die Arbeit. Das Versprechen wurde aber nicht gehalten, und am vergangenen Sonnabend legten darauf alle auf dem Bau beschäftigten 65 Maurer die Arbeit nieder.

Diese letzte Arbeitseinstellung fand statt, weil die Zustände in der Baubude jeder Beschädigung spotteten.

Aber die Leute arbeiteten auch unter geradezu lebensgefährlichen Verhältnissen: Wiederholt stürzten Gipskappen ein. In der letzten Woche allein 9 derselben, welche 25 Zentimeter hoch ausgewölbt waren. Die Pfeiler, auf welchen die eisernen Unterzüge lagen, waren ohne Zementmörtel gearbeitet. Unter mehreren Unterzügen fehlten die Eisenplatten. Der Polier Klose, welcher auf die von den Affordmuren hohlgemauerten (!) Pfeiler sowie auf die schlechte Ausführung der Fundamente hingewiesen wurde, erklärte kaltblütig, daß er keine bessere Arbeit kenne.

So werden durch solche neu auftauchenden und wieder verschwindenden „Unternehmer“ im Baugewerbe Publikum und Arbeiter in unangenehme Situationen gebracht. Das schlimmste ist im gegenwärtigen Falle, daß ein Architekt von Auf diese Arbeit mit seinem Namen deckt und daß dadurch die Täuschung hervorgerufen wird. Publikum und Arbeiter könnten zu der Bauausführung Vertrauen haben. Beide würden Vorzicht üben, wüßten sie, daß der Bau von einem kleinen Zwischenunternehmer ausgeführt wird, der vielleicht so schnell wieder von der Bildfläche verschwindet, wie er aufgetaucht ist. Das Zwischenmeister-System ist im Baugewerbe eine noch viel größere öffentliche und soziale Gefahr, als in so manchen anderen Berufen.

Die organisierten Maurer haben den Bau gesperrt!

Die Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche-Industrie sind auf dem Kasten, um sich die Erzeugnisse ihres Streiks zunutze zu machen. Nach dem Schiedsspruch müssen bis zum 1. März in allen Fabriken Tarife festgesetzt sein. Gegenwärtig sind die Arbeitnehmer mit den Vorarbeiten zur Tariffestsetzung beschäftigt. In den Fabriken werden die Forderungen aufgestellt, welche die Grundlage der Tarifverhandlungen bilden sollen. Am Donnerstag hielt der Verband der Wäscher- und Arawattenarbeiter drei Versammlungen ab, die sich mit der Tariffrage beschäftigten. Bei Vorbe in der Neuen Königstraße sagten die Plätterinnen. Sie waren in so großer Zahl erschienen, daß der Saal fast überfüllt war. Die Teilnehmerinnen hatten sich ebenfalls zahlreich im Schützenhause in der Linienstraße versammelt und die Zuschneider hielten bei Keller in der Kappensstraße eine gut besuchte Versammlung ab. In allen drei Versammlungen wurden nach einleitenden Berichten die Verhältnisse der Branche besprochen und Anregungen für die Aufstellung der Tarife gegeben. Außerdem wurde in jeder Versammlung eine Sektionsleitung für die betreffende Kategorie der Arbeitnehmer gewählt.

Deutscher Buchbinder-Verband. Die Erziehungswahl zum Zentralvorstand für die ausgeschiedenen Besizer Klar und Richter haben ergeben, daß die Kollegen P. Schneider und W. Spitzer gewählt sind.

Die Hausdiener der Firma Max Mannheim, Warenhaus, waren kürzlich zur einmütigen Arbeitsniederlegung gezwungen worden. Sie hatten nämlich durch ihre Organisationsvertretung, den Handels- und Transportarbeiterverband, wegen der herrschenden Teuerung eine Lohnenerhöhung gefordert, die von der Firma jedoch völlig ignoriert wurde. Da die Geschäftsleitung seit der Einreichung der Forderungen gegen die Hausdiener nun ein auffallend unfreundliches Benehmen an den Tag legte, von einer Vereitwilligkeit zu Verhandlungen oder einem Entgegenkommen in Bezug auf die Forderungen aber absolut nichts verlauten ließ, so waren die Hausdiener der Meinung, die Firma suche unter der Hand neue Leute, um die alten dann eines guten Tages plötzlich abzuschieben zu können. Sie legten deshalb kurzer Hand sämtlich die Arbeit nieder. Dies einmütige Vorgehen bewirkte, daß sich die Firma nach am selben Tage zu Verhandlungen mit der Organisationsvertretung bereit erklärte, worauf die Arbeit wieder aufgenommen und einige Tage später ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde, der den Hausdienern eine Lohnenerhöhung von 1-5 M. pro Woche sicherte. Die diesbezüglichen Vereinbarungen lauten: Hausdiener, Kader, Kaderfahrer usw. im Alter von 17 bis 19 Jahren erhalten einen Anfangslohn von 18 M. pro Woche; solche im Alter von 19 bis 21 Jahren 22 M., und von über 21 Jahren 25 M. pro Woche. Jeder Hausdiener usw. über 21 Jahre, der länger als ein Jahr im Betriebe tätig ist, erhält eine Lohnzulage von 1 M., nach weiterer 1-jähriger Tätigkeit wiederum 1 M. pro Woche, so daß nach zweijähriger Beschäftigung der Wochenlohn 27 M. beträgt. Ueberstunden werden mit 50 Pf. vergütet. Die zur Sonntagswache bestimmten Diener erhalten dafür in der Woche entsprechend freie Zeit. Dienern, die über Mittag durcharbeiten müssen, ist 1 M. Fischgeld zu zahlen. In Krankheitsfällen erhalten die Hausdiener usw. bis zur Dauer der vereinbarten Kündigungsfrist einen Zuschuß zum Krankenlohn bis zur Höhe des Wochenlohnes. Bemerkt sei, daß die Hausdiener der Firma bis auf zwei schon längere Zeit dem Verband angehören.

Die Kutscher der Firma Stabwasser u. Co., Petroleumgeschäft, Jagowstraße 34, hatten jüngst eine Lohnverbesserung gefordert. Im Verhandlungswege kam es zwischen der Firma und dem Transportarbeiterverband zu einem Tarifvertrag, auf Grund dessen die Kutscher einen Anfangslohn von 22 M. (früher 21 M.) pro Woche erhalten. Der Lohn steigt nach einem halben Jahre auf 23 M. und nach einem vollen Jahre auf 24 M. Für die Postkutscher wurde der Anfangslohn von 23 auf 25 M. pro Woche erhöht und steigt nach vier Wochen auf 26 M. Hinzu kommt für sämtliche Kutscher die übliche Provision, je nach Tag oder Tour. Das Pferdewerkzeug an Sonn- und Festtagen wird mit je 1,50 M. entschädigt. Sämtliche Kutscher die über ein Jahr im Betriebe tätig sind, erhalten einen Sommerurlaub von einer Woche unter Fortzahlung des Lohnes. Als verhältnismäßig nicht erhebliche Verbesserungen im Sinne des § 616 des Bürgerlichen

Gesetzbuchs wurde vereinbart für Kutscher bis zu 15-jähriger Tätigkeit 1 Woche, von 1/2 bis 1-jähriger Tätigkeit 2 Wochen, von 1 bis 1/2-jähriger Tätigkeit 3 Wochen, von 2 bis 1-jähriger Tätigkeit 4 Wochen, und für solche, die über 3 Jahre bei der Firma tätig sind, 6 Wochen. Die Kutscher sind sämtlich organisiert.

Deutsches Reich.

Die „humanen“ Grubenbarone.

Dortmund, 17. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Pferdetreiber der Zeche „Dahlhausen“ bei Linden a. d. Ruhr sind heute früh in den Ausstand getreten. Durch die neue Arbeitsordnung wurde ihnen die Schicht um eine Stunde verlängert. Darauf haben die Arbeiter einmütig die Ansfahrt verweigert. Durch diese Vorgänge hat sich die schon gespannte Lage im Ruhrgebiet weiter erheblich verschärft.

Holzarbeiter-Kämpfe. In Berlinchen sind bei der Firma Messow, Stuhlfabrik, wegen Nachregelungen von Verbandsmitgliedern ernste Differenzen ausgebrochen. Vor fünf Jahren bestand in dem Orte schon einmal eine Zunft des Verbandes. Sie mußte jedoch wieder aufgehoben werden, weil die Arbeiter der beiden Stuhlfabriken von Messow und Jahnke zu unterschiedlichen Erklärungen gezwungen wurden, keiner Organisation anzugehören. Im letzten Jahre konnte jedoch wieder eine Zunft gegründet werden. Diese scheint der betreffenden Firma nun sehr unangenehm zu sein, weshalb sie den bei ihr beschäftigten örtlichen Bediensteten und mehrere andere Verbandsmitglieder entließ. Daß die Firma allerdings berechtigte Ursache hat, dem Verbandsgram zu sein, zeigt folgendes Bild der Löhne und der Arbeitsmethode: Bei 11 bis 12stündiger Arbeitszeit verdienen die Tischler wöchentlich im Durchschnitt 13 bis 14 M. Die Polierer haben an den Unternehmern noch 8 Pf. für je einen Hagen benötigtes Schleifpapier und 80 Pf. pro Liter Politur zurückzubehalten. Bei dem miserablen Verdienst müssen die Frauen und Kinder der Gesellen durch Stuhlrechten zum Einwech mit beitragen. Sie begabten dem Unternehmer das Rohr zu gutem Preise und bekommen für jeden Sitz 18 Pf. Da sie etwa 5 Sätze pro Tag herstellen können, so beläuft sich ihr Tagesverdienst auf 90 Pf. Beschäftigt sind in der einen Fabrik circa 100 und in der anderen circa 70 Personen. Bei Verhandlungen mit dem Gewerkschaftler bemerkte der Fabrikant, der Verband könne auf ihn überhaupt keinen Druck ausüben. Zugang ist fernzuhalten.

In Arnswalde ist es ebenfalls wegen Nachregelung von Verbandskollegen in der Pfaffenfabrik von Paque u. Differenzen gekommen. Von 60 Beschäftigten wurden 10 entlassen, weil sie der Fürstentum-Section des Holzarbeiter-Verbandes angehören. Auch dieser Unternehmer fürchtet die Organisation nicht ohne guten Grund. Beträgt in dem Betriebe der Stundenlohn doch nur 20 Pf. und die Arbeitszeit 11 Stunden. In der Fabrik werden nach beendeter Schulzeit auch die Kinder der Arbeiter beschäftigt; ein Gewerkschaftler hat dies allerdings bisher noch nicht bemerkt. Da der Fabrikant in den Zeitungen nach Nicht-Verbandsmitgliedern inseriert, so wird es Pflicht der organisierten Fürstentum-Section sein, den Zugang nach Arnswalde fernzuhalten.

Der Ausstand in Schlefien.

Die ausständigen Bergarbeiter der Myslowitzgrube haben in einer Versammlung beschlossen, am heutigen Sonnabend früh vollzählig wieder einzufahren. Bergwerksdirektor Fritsch erklärte sich bereit, die von den Bergarbeitern gewählte Kommission zu empfangen und ihre Wünsche entgegenzunehmen, die eine Abänderung der Arbeitsordnung und einen Lohnzuschlag von 2 Proz. bezwecken.

Ächtung, Former! Wegen Nachregelung zweier Kollegen haben die bei der Firma H. B. Ortman, Maschinenfabrik in Osnabrück, beschäftigten Former am 15. d. M. einmütig die Kündigung eingereicht. Zugang ist streng fernzuhalten. Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Die Entscheidung des Gewerbegerichts anzurufen haben die Steinarbeiter in Leipzig beschloffen, weil von den Arbeitgebern der Lohnsatz oft nach einer Verrechnungsweise ausgesetzt wird, die niedriger als die tarifmäßigen Lohnsätze ergibt, und in der Schiedskommission eine Einigung nicht erzielt werden konnte.

Der großen Zahl von Arbeitswilligen ist es anzuschreiben, daß die Leipziger Gummidrehter ihren dreizehn Wochen lang mit größter Ausdauer geführten Streik bedingungslos aufgeben mußten.

Böttcherstreik. Seit acht Wochen befinden sich in Kulmbach die nicht in den Brauereien beschäftigten Böttcher im Ausstande. Sie verlangen zehntägige Arbeitszeit, Festlegung von Minimallohn und Extravergütung für Ueberstunden. Die Unternehmer haben bis jetzt jeden Einigungsversuch schroff zurückgewiesen, da sie stark von den Brauereien unterstützt werden. Die Differenzen drohen nunmehr auch auf die Brauereiböttcher überzugreifen, weshalb es geboten erscheint, auch vor Zugang dahin zu warnen.

Streik in der Hof-Gummiwarenfabrik von Meßler u. Co. in München. Nachdem eine Verständigung mit der Direktion bezw. die WiederEinstellung der gemahregelten organisierten Kollegen nicht erzielt werden konnte, traten auch die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausstand, so daß der gesamte Betrieb stillsteht. Mit den Gummiarbeitern und Arbeiterinnen erklärten sich auch die in der Fabrik beschäftigten Metallarbeiter, einschließlich der drei Maschinisten, sowie die Holzarbeiter solidarisch und legten ebenfalls die Arbeit nieder. Im Ausstand befinden sich insgesamt circa 1000 Personen. Bis jetzt ist von auswärts keinerlei Zugang von Arbeitswilligen zu verzeichnen, trotzdem Agenten, die nach allen Eten und Enden ausgesandt wurden, die denkbar größten Anstrengungen machen. Die Direktion setzte ihre ganze Hoffnung auf H a r u g, wo vor circa 14 Tagen eine Gummiabfabrik niederbrannte; doch wurde diese Hoffnung zu Wasser. Fünfzehn in voriger Woche von Harburg nach München gelassenen Arbeiterinnen wollte die Direktion in einem Fabrikraum nicht in Verbindung kommen. Die Mädchen dankten aber für dieses sonderbare Freigewärt und schlossen sich zum größten Leidwesen der Direktion ebenfalls den Streikenden an. — Zugang von Gummiarbeitern und Arbeiterinnen nach München ist strengstens zu meiden!

Ausland.

Der Streik der Arsenalarbeiter vor der Kammer.

Paris, 17. November. In der heutigen Kammerdebatte tadelt Ferrero, der sozialistische Deputierte für Toulon, den Marineminister Thomson, weil er die ausständigen Arsenalarbeiter mit Entlassung bedroht habe. Thomson erklärt, die Regierung habe stets die Redefreiheit der Arbeiter außerhalb der Arsenalen respektiert, aber die Arbeiter hätten nicht das Recht, ihre Vorgesetzten an die Wand zu drücken. Die Regierung könne keinen Ausstand zulassen, der eine Gefahr für die nationale Verteidigung mit sich bringen könnte.

Ferrero kündigt eine Interpellation über den Ausstand der Arsenalarbeiter an. Thomson erklärt sich mit der sofortigen Diskussion einverstanden.

Ferrero nimmt für die Arsenalarbeiter das Recht in Anspruch, in den Ausstand zu treten und ungehindert ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Der Reumstundentag in den französischen Tabakmanufakturen.

Paris, 15. November. (Sig. Ver.) Der Senat hat gestern, wohl unter dem Eindruck der Streikbewegung in den Häfen und des energischen Auftretens der Gewerkschaft der Tabakarbeiter, die Rechte

bestätigt, die der Finanzminister zur Einführung des Reumstundentages in den ihm unterstehenden Tabakfabriken gefordert hat. Damit entfällt für die Arbeiter die Notwendigkeit des Ausstandes. Die Durchsetzung der Reumstundenarbeit ist ein bemerkenswerter Erfolg der gewerkschaftlichen Organisation.

Versammlungen.

Die Fensterpoker hielten am Sonntag im „Englischen Garten“ eine gut besuchte Versammlung ab, in der Max Pause über „Partei und Gewerkschaften“ referierte. Nachdem Redner die Entwicklung der politischen Partei einerseits und die Entwicklung der Gewerkschaften andererseits in eingehender Weise geschildert hatte, kam er zum Schluß seiner Ausführungen zu dem Refümee: Wenn das Proletariat auf sicheren Boden zu seinem Ziele gelangen will, so müssen beide, Partei und Gewerkschaften, gemeinsam Hand in Hand arbeiten; eine Institution müsse der anderen hilfreich zur Seite stehen. Nur dann wird der wirtschaftliche Kampf vereint mit dem parlamentarischen zu einem sicheren Siege des Sozialismus führen. In der Diskussion wurde von allen Rednern gefordert, daß auch in den Reihen der Fensterpoker endlich mit den „farblofen“ Klassenblättern aufgedrückt und die Parteipresse abgelehnt werde. Auch müssen die Wahlvereine gestärkt werden, indem die gewerkschaftlich organisierten Kollegen diesen mehr denn je beitreten. — Sodann gab K n ö n e r einen kurzen Ueberblick über die letzten Lohnbewegungen. Die erzielten Resultate bei Rellen und Arnheim, auch bei den Firmen Jakob, Zell und Bugel haben eine teilweise erhebliche Lohnverbesserung herbeigeführt. In der hierauf folgenden Diskussion wurde das Verhalten der Verwaltung des Gewerkschaftshauses sowie einzelner Gewerkschaften bezüglich der Reinigung ihrer Bureau's scharf kritisiert und fand sodann einstimmig eine Resolution Annahme, die das Verhalten der Berliner Gewerkschaftskommission und der Verwaltung des Gewerkschaftshauses sowie der verschiedenen Verbände in bezug auf die Reinigung ihrer Bureau's usw. Fenster lebhaft bedauert.

Die Stichwahl in Eisenach-Dernbach.

dem 2. Sachsen-Weimarschen Wahlkreise, hat am heutigen Tage stattgefunden. Wie das „W. L. B.“ mitteilt, ist die Wahlbeteiligung eine sehr starke. In Eisenach fanden vor dem antisemitischen Wahlbureau Volksansammlungen statt. Eine sonderbare Wirkung scheinen diese Ansammlungen auf den Oberbürgermeister Schneider aus Eisenach ausgeübt zu haben. Trotzdem, wie das amtliche Deveschenbureau ausdrücklich meldet, die Ruhe nirgends gestört wurde, ist durch Gendarmen aus Weimar und Eisenach unter Beihilfe der Schulleute der dortige Karlsplatz abgeperrt worden. Der Oberbürgermeister lies

die Aufrührparagrafen anschlagen.

Wir bezweifeln sehr stark, daß ein derartiges „forschtes“ Vorgehen geeignet erscheint, die Gemüter zu beruhigen. Der Wahlkampf ist seitens der Antisemiten und der ihnen verwandten Seelen mit einer beispiellosen Niedertracht und Verleumdung geführt worden, nur der Disziplin unserer Genossen ist es zu danken, daß Ausschreitungen nicht vorgekommen sind.

Wie sich für unsere Partei das Stimmenverhältnis seit dem Jahre 1890 gestaltet hat, dafür einige Zahlen:

	Abgegebene Stimmen	Sozialdem.
1890	15 949	691
1893	14 089	2469
1898	12 072	4669
1903 Hauptw.	15 143	6018
1903 Stichw.	16 995	7885
1905 Hauptw.	17 493	6886

Der Wahlkreis hat eine vorwiegend ländliche Bevölkerung. 39 052 Städtler sehen 65 624 Landbewohner gegenüber.

Auch dieser Kreis zeigt das stetige Vordringen des sozialistischen Gedankens in ländlichen Kreisen. Keine noch so rüpelhafte und niederträchtige Agitation der Gegner kann die baldige Eroberung des Eisenacher Wahlkreises aufhalten.

Bis abends 9 1/2 Uhr wurden gezählt für unseren Kandidaten L e b e r 6780 Stimmen, für den Antisemiten S c h a d 6808 Stimmen.

Eisenach, 17. November. Bis 11 Uhr abends waren bei der Reichstagswahl gezählt für L e b e r (Soj.) 8321 und für S c h a d (Antisemit) 9089 Stimmen. Die Ergebnisse aus 31 Ortshafien fehlen noch.

Allem Anschein nach wird der Antisemit S c h a d gewählt; gewählt mit Hilfe des liberalen Bürgertums, dem angeblich schärfsten Gegner des Antisemitismus. Wir freilich wissen, daß die scheinbaren Gegensätze sofort schwinden, wenn es sich um die Bekämpfung des wirklichen Gegners, des Klassenbewußten Proletariats, handelt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wahltag in Lübeck.

Den in den letzten Tagen bekannt gegebenen sozialdemokratischen Wahlerfolgen können wir ein neues Ruhmesblatt hinzufügen. Bei der gestern in Lübeck stattgehabten Bürgerchaftswahl ist es unseren Genossen gelungen, sämtliche vier Siege der zweiten Abteilung zu erobern. Gewählt wurden die Genossen Schneider Wilhelm Brun s, Arbeitersekretär W i s s e l l, Geschäftsführer P a p e und Reichstagsabgeordneter S c h w a r z.

Die russische Revolution.

Petersburg, 17. November. (W. L. B.) Wie aus sonst gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird die Ernennung des Großfürsten Nikolajewitsch zum Diktator ernstlich erwogen. Die Behörden lassen die elektrische Straßenbeleuchtung durch technische Truppen bedienen. An vielen Punkten der Stadt werden auf großen Höfen starke Truppenabteilungen mit Maschinengewehren bereit gehalten. Wenn auch das Straßenbild sein gewöhnliches Aussehen hat, so ist die Bevölkerung doch voll Unruhe und alles versteht sich mit Waffen. Gestern abend hielten auch Offiziere eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, in der Armee dafür Propaganda zu machen, daß gegebenenfalls nicht auf die Bevölkerung geseuert werde. Auch auf der Moskwa-Windau-Abtinder Eisenbahn, an der Jaroslaw Selo (der Zarenpalast) belegen ist, ist der Ausstand ausgebrochen; in der kaiserlichen Glasfabrik sowie in 5 staatlichen Brauereifabriken ist die Arbeit niedergelegt worden.

Ein deutscher Dampfer gestrandet.

Wibb, 17. November. (W. L. B.) Gestern abend strandete hier der mit Holz beladene Lübecker Dampfer „Dornstein“ auf der Reife von Karwa nach Joandam. Beide Steuerleute und vier Mann wurden gerettet, der Kapitän und 14 Mann sind wahrscheinlich ertrunken.

Aus der Partei.

Die Resolution Kronz. Auf Wunsch des Genossen L. Kronz veröffentlichen wir seine Resolution im Wortlaut, die wir im Bericht über die Tagung der Berliner Parteifunktionäre gestern schon ihrem Inhalte nach wiedergaben. Die Resolution, die, wie schon berichtet, einstimmig abgelehnt wurde, lautet:

Die Versammlung erklärt die vorläufige Veröffentlichung der Kündigung durch die sechs ausgeschiedenen Redakteure im „Vorwärts“ für einen schweren Fehler, den die Redakteure im Partei-Interesse hätten vermeiden müssen.

Sie verkennt aber auch nicht, daß dem Parteivorstande und der Pressekommision andere Wege offen standen, um den Mißständen am „Vorwärts“ abzuhelfen.

Die Versammlung erklärt weiter, daß wenn der eingeschlagene Weg gewählt wurde, der Redaktion mitgeteilt werden mußte, daß sie vor der Beschlußfassung in der Sitzung der Parteifunktionäre am 23. Oktober gelöst werden sollte.

Die Versammlung erwartet, daß die Berliner Parteigenossen sich diese Erklärung zu eigen machen und damit die Angelegenheit für sie als erledigt betrachten.

Die Versammlung spricht gleichzeitig aus, daß sie die Umwandlung des „Vorwärts“ aus einem Zentralorgan in das Organ der Genossen von Groß-Berlin nach wie vor für zweckmäßig und wünschenswert hält.

Wohlvordiente Anerkennung. Der Artikel des „Correspondenz-Blattes der Generalkommission“ gegen den Parteivorstand und die Pressekommision hat in der gesamten bürgerlichen Presse volle Anerkennung gefunden. Die „Kreuzzeitung“ ist sogar so entzückt von ihm, daß sie ihm Donnerstagabend eine zweite lobende Besprechung gönnte. Dagegen ist sie ganz empört, daß Kautsky seinen Artikel in der „Neuen Zeit“ über den Journalismus in der Sozialdemokratie den Saluz abhandelt, weil er vor Drucklegung desselben erfahren, daß die Einstellung der Polemik geplant sei; sie best: „Doch ist sozialdemokratische Praxis immer gewesen und wird es bleiben, ohne daß darüber auch nur ein Genosse schamot wird.“ Ist das nicht heiter? Will uns das fromme Blatt sagen, ob einem der Redakteure, der ihr kündigt, auch nur der hundertste Teil des Raumes eingeräumt würde, den unsere sechs ausnahmslos eingeräumt bekommen haben und nicht bloß zur Verteidigung, sondern auch zum Angriff gegen die erste Parteinstanz? H. N. W. G.

Peus. Mit der Ueberschrift „Größtewahn oder Naivität?“ berichtet unsere „Reiner Bürgerzeitung“: „In unserem Dessauer Parteiorgan finden wir die folgende Notiz:

Zu der morgigen Parteiverbands-Versammlung wird auch Genosse Peus erscheinen, einmal weil die Stadtverordnetenwahl und Johann auch die „Vorwärts“-Affäre seine Anwesenheit erwünscht erscheinen lassen können.

Genosse Peus „redigiert“ lustig drauf los, im großen und im kleinen. Fast in jeder Nummer findet man irgend eine freilich meistens mehr spöhafte als ernst zu nehmende Sonderbarkeit. In der vorletzten Nummer veröffentlichte er zehn Gebote für Chemiker, die so ziemlich die unersetzbarsten Spielbürgerdarstellungen, die uns je in einem Parteiblatt zu Gesicht gekommen ist. Und die letzte Nummer des „Dessauer Volksblattes“ ziert obige Forderung. Bekanntlich ist Peus, wie er seinerzeit selbst in seinem Roniteur mitteilte, auch schon einmal für einen leidhaftigen Prinzen gehalten worden. Man denke! —

Kommunalwahlen. Bei der Stadtverordnetenwahl in Chemnitz liegt in der Klasse III (Arbeiterstand) die sozialdemokratische Liste, auf die sich 8908 Stimmen vereinigten. Es wurden gewählt die Genossen Bruno Jenschke, Emil Berger, Gustav Köhler, Emil Landgraf, Hermann Kraus, Max Jungnickel und Karl Reichelt; die drei letzten sind Ersatzmänner. Die bürgerliche Liste erhielt nur 341 Stimmen. In den anderen Klassen sind für uns praktische Erfolge nicht zu erwarten.

Kopenhagens „Sozialdemokraten“. Die Agitation, die unsere Kopenhagener Parteigenossen seit Beginn dieses Vierteljahres für die weitere Verbreitung des Hauptorgans der dänischen Sozialdemokratie entfaltet haben, ist jetzt vorläufig abgeschlossen. Die Zahl der Abonnenten ist in dieser kurzen Zeit von 42 000 auf 47 000 erhöht worden, also um rund 5000. Man war selbstverständlich von vornherein überzeugt, daß das Ziel, die Abonnentenzahl auf 50 000 zu bringen, nicht mit einem Male erreicht werden konnte. Beim nächsten Vierteljahreswechsel wird die Agitation von neuem aufgenommen; dann kommen im März die Stadtverordnetenwahlen, später die Høstings- und danach die Landstingswahlen, die ebenfalls gute Gelegenheiten zu weiterer Agitation für die Presse bieten. Es ist kaum daran zu zweifeln, daß unter diesen Umständen die gewünschte Abonnentenzahl sehr bald erreicht werden wird, so daß dann auf je 10 Einwohner des Verbreitungsgebietes ein Abonnent der sozialdemokratischen Zeitung kommt, die so wie so schon seit Jahren von allen dänischen Zeitungen die größte Abonnentenzahl hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Ein neues Fiasko hat die Breslauer Staatsanwaltschaft in ihrem Kampfe gegen unser dortiges Parteiorgan, die „Vollmacht“, erlitten. Am 20. September erschienen nicht weniger als acht Kriminalbeamte in der Redaktion und suchten nach dem Manuskript eines am Tage vorher erschienenen Artikels „Jaren-Ansätze“. Gleichzeitig wurde auch in der Wohnung des verantwortlichen Redakteurs, Genossen Albert, gehaust und dieser selbst einer hochnotpeinlichen Körperkitation unterzogen. Der Artikel sollte nach der Meinung des Staatsanwalts eine Majestätsbeleidigung und eine Verleumdung des Reichstanzlers Bülow enthalten. Dabei war Wilhelm II. in dem Artikel auch nicht mit einer Silbe erwähnt; es war nur an der Hand historischer Beispiele nachgewiesen worden, daß die preussische Regierung seit Jahrhunderten stets vor Ausland auf dem Waage troch und Bülow's Regierung dieselbe Arie weiter verübte. Das Fiasko der großen Aktion war also vorauszusetzen und so ist nun das Verfahren in der Tat eingestellt worden. Die Beschuldigung der noch vorhandenen Exemplare sowie der zur Veröffentlichung benutzten Platten etc. ist aufgehoben worden. Im höchsten Juristendeutsch wurde dem Redakteur in dem betreffenden Schreiben auch mitgeteilt, daß die Durchsuchung der Wohnung und des Körpers sowie der Expedition aufgehoben ist.

Dem Sachstand. Kürzlich wurde der Redakteur des „Haller Volksblatt“, Genosse Thiele, wegen Beleidigung des Titularprofessors Zuchland, der durch seine lächerliche Rederei und Schreibererei gegen die Konsumvereine „berühmt“ geworden ist, vom Schöffengericht zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Auf die Widerklage wurde aber auch Zuchland wegen Beleidigung zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. In dem ersten Urteil war begründend ausgeführt worden, „Professor Zuchland habe sich der Drückbergerei und gewissermaßen auch der Verleumdung schuldig gemacht“. Hierüber geriet er in der Berufungssitzung vor dem Landgericht, wo die Sache zum zweiten Male verhandelt wurde, in große Erregung. Die Parteien schloffen aber einen Vergleich, nach dem Zuchland wie Thiele klage und Widerklage zurücknahmen und das Verfahren eingestellt wurde; die Kosten trägt aber Thiele.

Partei-Literatur.

Der Arbeiter-Kochkalender für 1906 ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen. Der in Partei- und Gewerkschaftskreisen allgemein beliebte Kalender hat sich als ein nützlicher Rat-

geber und als ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle organisierten Arbeiter eingebürgert. Wir finden in der neuen Ausgabe eine kurze Abhandlung aus der Parteigeschichte der letzten 40 Jahre, die manchem jüngeren Genossen willkommen sein wird. Ferner einen belehrenden Aufsatz von Emanuel Bäum über „Normale Ernährung und Volksernährung“; ein Aufsatz, der auch auf diesem Gebiete agitatorisch ausgenutzt werden kann. In einer kurzen Abhandlung ist „Wissenswertes aus dem gewerblichen Recht“ dargelegt. Daneben enthält der Kalender die Ergebnisse der Reichstagswahlen und zahlreiches, für die Arbeiter notwendiges Adressenmaterial. Ein vorzüglich ausgeführtes Bild, „Teilnehmer am Einigungskongress in Gorha 1875“ erinnert die Parteigenossen an jenes denkwürdige Ereignis und dient dem Kalender als besonderer Schmuck. Der Preis für den Kalender ist, wie alljährlich, 60 Pf., er ist in allen Parteibuchhandlungen vorrätig und durch Kolporteurs und Zeitungskträger zu beziehen.

„Die wahre Gestalt des Christentums“ von Hoes Guhot und Sigismund Vacrois, überlegt von August Bebel, ist soeben mit einem neuen Vorwort des Uebersetzers von der Buchhandlung Vorwärts wieder herausgegeben.

Die Uebersetzung ist eine Gefängnisarbeit Bebel's, die vor mehr als dreißig Jahren zum erstenmal erschienen ist. Der Zweck der Schrift ist, die Vorurteile und Irrtümer, die über das eigentliche Wesen und die wirklichen Prinzipien des Christentums bestehen, gründlich zu zerstören und es in seiner wahren Gestalt zu zeigen. Aber auch jetzt noch ist die Schrift zeitgemäß. Erscheint doch noch heute, wie Bebel im Vorwort zur neuen Auflage hervorhebt, den herrschenden Klassen neben den Kanonen der Kirche die Kirche als die allein noch existierende in Betracht kommende Macht, welche die bürgerliche Gesellschaft vor der sozialistischen Sintflut retten kann. So verdient die Schrift auch in der Jetztzeit weiteste Verbreitung. Einzelne Ausführungen, welche dem Standpunkte der Sozialdemokratie nicht entsprechen, hat Bebel in seiner Vorrede: „Glossen zu Hoes Guhot und Sigismund Vacrois, Die wahre Gestalt des Christentums!“ (Buchhandlung Vorwärts, 30 Pf.) kritisch behandelt. Der Preis für die Broschüre beträgt 50 Pf.; sie ist in allen Parteibuchhandlungen erhältlich.

„Die Prostitution als soziale Klassenerscheinung und ihre sozialpolitische Bedeutung.“ Unter diesem Titel ist im Verlage der Buchhandlung Vorwärts soeben eine beachtenswerte Arbeit aus der Feder Paul Kampfmeyers erschienen. Der Verfasser hat sich bemüht, alle sozialen Seiten der Prostitutionsfrage zu erfassen und in seiner Arbeit darzustellen. Hierzu waren ihm viele Quellen zugänglich, die bisher noch wenig bekannt, in schwer zugänglichen amtlichen und halbamtlichen Verichten verborgen waren. Der Verfasser wendet sich in erster Linie an das kämpfende, um eine höhere Kultur ringende Proletariat, dessen weiblichen Mitglieder so häufig das Schandmal der öffentlichen Prostitution aufgedrückt wird. Die Arbeiterklasse bekämpft die Ausbeutung in jeder Gestalt. Sie ist also auch berufen, gegen diese Form der Ausbeutung und Unterdrückung die Stimme zu erheben. Der Verfasser zeigt die Mittel, die ihm geeignet erscheinen zur Eindämmung dieses Krebsgeschwürs, und die schließlich zur Ueberwindung der Prostitution, die eine auf das engste mit der heutigen Gesellschaftsordnung verbundene Klassenerscheinung ist, führen müssen.

Der Preis für die Broschüre beträgt 1,50 M.; eine Agitationsausgabe kostet 75 Pf. Kommtlich den Mitgliedern der Krankenkassen und anderer Vereine mit sozialpolitischen Bestrebungen empfehlen wir die Arbeit zur besonderen Beachtung.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalistische Freireiterei. Durch das Jubilieren über die glänzende Konjunktur und die ausschüttenden Geschäftsergebnisse löst bereits, wie geisthaft noch, aber immer vernehmlicher, ein unheilbringendes Gefühl. Bald wird man sehen, daß sich hinter dem Glanze große Fäulnis verbirgt. Die spekulativen Freireiter halten sich bereit für einen großen Zug, um nach alkalischer Vergang der Beute von neuem auf Aush anzuziehen. Die augenblickliche günstige Konjunktur in Deutschland hat eine nur ganz schwache Grundlage, sie ist die Vorbereitung für eine Krise. Die Handelsverträge werfen ihre Schatten voraus. Die Exporteure bringen vor Inkrafttreten der neuen Zollsätze heraus, was sich nur herausdrücken läßt, und die Großimporteure im Auslande suchen bei den kommenden Veränderungen ihren Vorteil, indem sie die Läger füllen und später, wenn die höheren Zölle die Preise beeinflussen, den Aufschlag auch von den noch zu den alten Bedingungen bereingebunden Waren erheben. Die in den Geschäftsbereichen vielfach erwachten hohen Auftragsbestände werden weniger dem derzeitigen Bedürfnis, als vielmehr den angelegenen spekulativen Erwägungen zu danken sein. Ist der vorhandene Arbeitsstoff erledigt, dann tritt ein vollständiger Umschwung ein: Arbeitslosigkeit wird der herrschende Faktor. Die Hoffnungen, in Rußland jetzt nach Beendigung des Krieges einen dem Weltmarkt für längere Zeit stabilität gebenden Abnehmer zu finden, werden wohl kaum noch von irgend einer Seite genährt. Ob Rußland als kapitalistischer Staat von den inneren Krisen soweit genesen ist, um als großer Absatzkanal für die europäische und amerikanische Industrie funktionieren zu können, haben wir den nächsten Krach schon wieder hinter uns. Darüber ist man sich in den zunächst beteiligten Kreisen auch gar nicht im Zweifel. Der mit den tatsächlichen Verhältnissen gar nicht harmonisierende Kursstand der Industriefapiere, die teilweise hervorbringende Hausstimmung sind Produkte freireiterischer Spekulation. Auf der ganzen Linie herrscht der Grundton: Nach uns die Sintflut! Die Industrieförderung fördern die Hausstimmung als besten Hebel für Durchführung geplanter Preiserhöhungen, die wissenden Vorkennte wünschen den Kurs noch zu treiben, um ihren Papierbestands vorteilhaft loszuschlagen. Und die Banken forcieren nach Möglichkeit die Kurse, um zum Jahresabschluss günstige Abschlüsse aufstellen zu können. Nachher natürlich, wenn der Krach, dessen Herinbrechen schon geräuschvoll kistern und begehbar wird, viele betrogene Reutejäger unter den Trümmern begraben hat, werden die zu hohen Kursen abgetroffenen Papiere für ein Spottgeld wieder aufgelauft. Aber nicht nur die kleinen, durch künstlichen Glanz angelockten Kapitalisten werden beim nächsten Krach gründlich zur Ader gelassen, er ist auch das Todesurteil für eine Reihe kleinerer Unternehmen und vor allem der reinen Werke. Die kommende Krise wird ganz gründlich gegen die Margornichter argumentieren. Jetzt sind die Rohstoff- und Halzzeugproduzenten mit Eisen dabei, die Preise zu erhöhen, obwohl diese schon jetzt vielfach ein Niveau erreicht haben, das den reinen Werken kaum noch einen Nutzen läßt, während die kooperierten Unternehmer bei den von ihnen diktierten Fabrikationspreisen, infolge der eingestellten hohen Rohmaterial- und Halzzeugpreise, sehr gutes Auskommen finden. Tritt nun noch eine Verschärfung der Situation ein durch Exportverweigerung infolge der erhöhten Zölle, durch starkes Abflauen der Nachfrage auf dem Weltmarkt und des damit parallel laufenden Preisrückganges, dann wird zweifellos vielen reinen und kleinen Werken, die jetzt noch wie der auf einer erwiderten Planke sich über Wasser haltende Schiffbrüchige notdürftig die Existenz fristen, das Lebenslicht ausgeblasen. Das freireitende Kapital vernichtet unauferhörlich Existenzen, es macht das Meer der Lohnarbeiter größer, die Saat der Selbständigen kleiner, es legt die ökonomische Macht in immer weniger Hände und drängt damit dem sozialistischen Ziele zu, die in der Verwaltung und Produktion konzentrierte, für eine Zentralverwaltung organisierte Arbeiterorganisation in die Regie der von den Produktionsmitteln Besitz ergreifenden Gesellschaft zu überführen.

Expansion in der Elektrizitätsindustrie. Schneller wie in anderen Industrien vollzieht sich bei den Elektrizitäts-Unternehmen das

Zusammenballen des investierten Kapitals und der Zusammenfluß der verschiedenen Werke zu Kiesenunternehmen. Das Elektrizitätsmonopol im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, unter Kontrolle der Stinnes und Thyssen, ein Monopol, welches die gesamte Energieversorgung für Kraft- und Lichtzwecke an Industrielle, Handwerker, Kommunen und Private umfaßt, kann als gesichert gelten. Auch die Gesellschaft für elektrische Unternehmen Aktiengesellschaft in Berlin zeigt ein hartes Expansionsbedürfnis. Zwecks Beteiligung bei der Meiner Elektrizitätsgesellschaft und bei den Redaktoren Alsbach-Deitman hat die Berliner Gesellschaft ihr Aktienkapital von 30 000 000 M. auf 37 500 000 M. erhöht.

Elektrizitäts-Aktiengesellschaft vormals Schudert u. Co. Nach der von der letzten Aufsichtsratsitzung genehmigten Bilanz beträgt der Bruttogewinn pro 1904/05 zusätzlich eines Gewinnvortrages von 1 204 108 M. 4 650 169 M. Der Reingewinn, aus dem 4 Prozent Dividende verteilt werden, beläuft sich auf 2 076 553 M., gegen 1 267 477 M. im vorigen Jahre. Der Gewinn entstammt zum größeren Teile aus den Erträgen der Siemens-Schudert-Werke, von deren 80 000 000 M. Betragendem Stammkapital die Elektrizitäts-Aktiengesellschaft 39 950 000 M. besitzt.

Gutscheinssystem. Die Mittelständler, die sich von den Agrariern und Zentrüern an der Nase herumführen lassen und sich in dem Bahn wiegen, durch kleine mechanische Mittelchen der industriellen Konzentration begegnen zu können, hatten an das Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, durch welche das Verbot des vom amerikanischen Tabaktruf bestellten Gutscheinssystems verlangt wird. Die Berliner Handelskammer, zur Begutachtung aufgefordert, erklärte das Verlangen für unberechtigt. Ingedwachte Momente, welche ein gescheitertes Einschreiten begründeten, lagen durchaus nicht vor, auch sei der Umfay des Truffs in Deutschland eher zurückgegangen als gestiegen.

Zum Schiffsahrtstrick. Die Schiffsahrtsgesellschaft in Bremen, die sich Rosandlinie nennt, erklärt, daß die Gründung durchaus nicht aggressive Zwecke gegen Hamburger Linien verfolge, sondern lediglich der Hebung des Bremer Handels dienen solle. Die neue Gründung sei ein vollständig selbständiges Unternehmen und stehe mit dem Norddeutschen Lloyd in keinerlei Verbindung.

Ein Reederreisenditat. In Bremen sind in der letzten Zeit neue Reederreisenditandlungen vorgenommen worden, worüber sich die Hamburger Linien bedrängt sehen. Um der Konkurrenz zu begegnen, haben sich alle größeren Hamburger Reedereien zu einem sogenannten Schiffsverband zusammengeschlossen. Die Flotte dieser neuen Reederei besteht zunächst aus 10 Dampfern von 4000 bis 8000 Tonnen. Der nun entbrennende Konkurrenzkampf wird schließlich wohl zu einem umfassenden Schiffsahrtstrick führen. Die Leitung des neuen Unternehmens hat vorläufig Generaldirektor Ballin übernommen.

Soziales.

Santätigkeit in deutschen Großstädten. Nach dem Berichte des öbner statistischen Amtes für das Vierteljahr April-Juni 1905 hatte Bremen mit 11,20 Wohngebäuden auf 10 000 Einwohner den verhältnismäßig härtesten Zugang. Es folgen Barmen mit 9,81, Duisburg mit 8,81, Düsseldorf, Dortmund, Kiel und Köln mit 4,98, 4,94, 4,52 und 4,24 usw. Am niedrigsten stehen Altona, Magdeburg und Braunschweig mit 0,79, 0,47 und 0,45. Der Durchschnittsbefehl sich auf 2,81. Auf diese großen Unterschiede läßt selbstverständlich die jeweilige einen bedeutenden Einfluß aus. Das wird klar, wenn wir nur die Größe der neuerrichteten Wohnhäuser ins Auge fassen. Der Kölner Bericht benutz dafür die Zahl der in einem solchen Hause neuerrichteten Wohnungen und stellt damit für Charlottenburg 20,80, für Bremen 2,26 als Grenzwerte, 7,28 als Mittelwert fest. H. G. dürfte sich jedoch die Zahl der vorhandenen Wohnräume dafür besser eignen, wenn sich auch kein absoluter Maßstab heraus ergibt.

Nach der Zahl der neu errichteten Wohnungen nimmt Barmen mit 70 auf 10 000 Einwohner die erste Stelle ein. Den nächstgrößten Zugang hatten Posen mit 45, Duisburg und Kiel mit je 38, Charlottenburg mit 38, Dortmund und Hamburg mit je 31 usw. Am schwächsten stellte sich, auf die Seelenzahl bezogen, die Bruttogunahme der Wohnungen in Altona und Magdeburg mit je 5 und in Braunschweig mit vier auf 10 000 Einwohner. Der Durchschnitt betrug 20.

Im Vergleich mit dem Wohnungsbestande zu Beginn der Berichtszeit erreichten sich Barmen und Duisburg mit 2,84 und 2,16 pCt. des stärksten Zuwachses. Im übrigen weisen namentlich noch Posen (1,95), Kiel (1,74), Hamburg (1,37) hohe, Altona und Magdeburg (je 0,20) dagegen sehr niedrige Werte auf. Im Durchschnitt betrug der Prozentzuwachs 0,91.

Die Bedeutung des Wohnungszuganges für das Wohnungsangebot richtet sich nach der Höhe des bereits vorhandenen überzähligen Vorrats von Wohnungen. Der Prozentzuwachs der leerstehenden Wohnungen stellte sich nach den letzten Zählungen am höchsten in Dresden mit 7,6. Auch Breslau (5,7), München (5,0), Barmen (4,7), Posen (4,7), Königsberg (4,5), Düsseldorf (4,4), Mannheim (4,2), Hamburg (4,1) und Duisburg (4,0 Proz.) verfügten über eine reichliche oder wenigstens genügende Zahl unvernieteter Wohnungen. Verhältnismäßig wenige Wohnungen standen dagegen in Bremen, Halle, Altona und besonders Dortmund mit 1,8, 1,5, 1,2 und 0,9 Proz. zur Verfügung. Bei Gegenüberstellung des Wohnungszuganges und des überzähligen Vorrates zeigt sich, daß, soweit Angaben nach beiden Richtungen vorliegen, in Dortmund die starke Bautätigkeit in einem beträchtlichen Wohnungsmangel und umgekehrt namentlich in Dresden, dann aber auch in München, Magdeburg, Königsberg, Essen, Leipzig, Mannheim usw. die geringere Bautätigkeit in einem reichen Angehote von leerstehenden Wohnungen begründet war. Andererseits fällt ein hoher Wohnungszugang bei reichlichem überzähligen Vorrat in Barmen und Posen und eine schwache Wohnungszunahme bei niedrigem Prozentzuwachs leerstehender Wohnungen in Halle und Altona auf. Dabei ist allerdings zu bemerken, daß die letzte Zählung der leerstehenden Wohnungen in München und Altona um mehr als vier Jahre zurückliegt. Eine bis in die neueste Zeit reichende, völlig verlässliche Baustatistik fehlt leider. Vollends lassen die Berichte über die Ueberfüllung und Mängel der Wohnungen im Stich.

Was darf ein Zeugnis enthalten? In Nr. 268 des „Vorwärts“ hatten wir dargelegt, was ein Zeugnis enthalten darf, und ein von dem Leiter der Deutschen Post- und Anstaltsdirektion, G. m. B. H., in Posen (Mach) ausgefertigtes Zeugnis zum Abdruck gebracht, das nach unserer Ansicht den gesetzlichen Vorschriften nicht entspricht. Der Aussteller des Zeugnisses sendet uns eine „Verichtigung“. In dieser bestätigt er unsere Sadaustellung und bemerkt ferner, der Arbeiter habe die Erteilung eines Zeugnisses auch über seine Führung verlangt, das Zeugnis enthalte lediglich eine wahrheitsgemäße Wieder-gabe der vorgefallenen Tatsachen. Der Einwender der „Verichtigung“ irt in der Annahme, daß wir ein Urteil dahin abgegeben hätten, die Geschäftsteilung halte ihr im Zeugnis wiedergegebenes Urteil für unzutreffend. Das Zeugnis soll nach dem Zweck des § 113 A. O. dem Arbeiter für die weitere Verwendung seiner Arbeitskraft dienlich sein. Das Zeugnis soll ein „Zeugnis“ über Tatsachen enthalten, nicht aber ein Urteil über einen im Zeugnis nicht näher dargelegten Vorkall fallen. Nicht ein Zeugnis über das Urteil des Arbeitgebers, sondern ein solches über die Leistung oder Führung verlangt das Gesetz. Nach der in der Rechtsprechung übertragend vertretenen Auffassung hat deshalb das Gericht die Wahrheit des Zeugnisses zu prüfen. Diese Ansicht spricht z. B. das Reichsgericht in einem Beschluß vom 20. November 1900, das Kammergericht in einem Urteil vom 28. Dezember 1902 aus. Ebenso legt

— mit einigen unrichtigen Ausnahmen — die Rechtsprechung des Gewerbegerichts und Wortlaut des § 113 G.D. aus. Eine Verdrängung der irdigen Rechtsauffassung der Postener Kunststudien, G. m. b. H., ist zu erhoffen.

Vom Berliner Kaufmannsgericht.

Gehorsamsverweigerung sollte sich ein Kontorist dem Inhaber der Firma Silber u. Hannemann, Brunnenstraße, haben zu schulden kommen lassen, weshalb er sofort entlassen wurde. Der Entlassene klagte auf Schadenersatz. Er war vier Wochen auf Probe engagiert worden, und der Chef will ihm beim Austritt gesagt haben: Wenn Sie mir gefallen, können Sie bleiben, aber Ihr Gehalt bestimmt sich auf den Einwand des Vorgesetzten, daß diese Art der Gehaltsvereinbarung im Kaufmannsberufe doch etwas ungewöhnlich sei, meinte der Beklagte, das mache er aus Prinzip immer so, weil heutzutage von 100 stellensuchenden Kaufleuten 99 überhaupt gar keine wirklichen Kaufleute seien und man daher doch nicht eher ein Gehalt aussetzen könne, bis man die Leistungen des Betreffenden kenne. Die Entlassung ohne Kündigung wegen „Gehorsamsverweigerung“ hielt der Beklagte für „doch selbstverständlich“. Er wurde vom Vorgesetzten dahin belehrt, daß dies durchaus nicht so selbstverständlich sei. Infolgedessen erklärte er sich auch bereit, in einem vom Vorgesetzten vorgezeichneten Vergleich zu willigen. Der Kläger war ebenfalls gutmütig genug, den wirklich sehr mageren Vergleich einzugehen. Er begnügte sich mit 25 Mark. Der Beklagte aber gelobte hoch und heilig, künftig stets beim Engagement von „Ausschüßpersonen“ jede Kündigungsfrist von vornherein schriftlich auszusprechen. Es sei ja noch schöner, wenn er nicht das Recht haben sollte, einen Kontoristen zu entlassen, der sich weigere, „mal“ nach Feierabend zu arbeiten. Es ist zu bedauern, daß der Kontorist bei dieser Sachlage auf einen Vergleich einging. Ein derartiges, durch die wirtschaftliche Notlage des Entlassenen freilich erklärliches Entgegenkommen fördert das Weiterbestehen solcher fortgesetzter Mißachtung der zugunsten der Handlungsgehälfen gegebenen gesetzlichen Schutzvorschriften.

Gerichts-Zeitung.

Beförderliche Pflichten lassen sich nicht abtreten. Im Ort Langendischbach war durch Ortspolizeiverordnung verboten worden, während des Vor- und Nachmittagsgottesdienstes die Wilhelmstraße zu befahren. Dr. Calaminus, der die Vorschrift übertreten hatte, wurde in zweiter Instanz freigesprochen. Das Landgericht Danau erklärte in dem Urteil die fragliche Ortspolizeiverordnung vom 16. September 1898 für ungültig und führte aus: Die Verordnung wolle den Gottesdienst vor Störungen bewahren. Nach dem Gesetz vom 9. Mai 1892, das die Rabinetsorder über die äußere Heilighaltung der Sonntags- und Feiertage von 1837 auf die neuen Provinzen ausdehnte, könnten aber Polizeiverordnungen zur Regelung der fraglichen Materie nur von Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten erlassen werden. — Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und hob hervor, daß die hier in Betracht kommende Ortspolizeiverordnung gültig wäre, weil die vom zuständigen Regierungspräsidenten auf Grund des Gesetzes vom 9. Mai 1892 erlassene Polizeiverordnung vom 31. September 1900 ausdrücklich den nachgeordneten Ortspolizeibehörden die Befugnis überlasse beziehungsweise abtrete, den Gottesdienst gegen örtliche Störungen zu schützen. — Das Kammergericht wies am Donnerstag die Revision der Staatsanwaltschaft zurück. Es erachtete aus den gleichen Gründen wie das Landgericht die Ortspolizeiverordnung für ungültig und sprach aus, daß eine Delegation der entsprechenden Verordnungsbefugnis des Regierungspräsidenten an die Ortspolizeibehörde nicht erfolgen könne. — Der vom Kammergericht bestätigte Grundsatze ist ein fundamentales Grundgesetz jeder nicht absoluten Willkür aller Beamten offen anerkennenden Staatsordnung. Es ist bemerkenswert, daß der Staatsanwalt diesen Grundsatze angriff, inwieweit das Reichsgericht und andere Gerichte ihn wiederholt als selbstverständlichen Grundsatze auch während des Sozialistengesetzes anerkannt hatten. Wir erinnern an die Grünauer Massenanklage wegen vermeintlicher Frevel gegen Anordnungen, die ein untergeordnetes Polizeiorgan an Stelle des Oberpräsidenten aus Anlaß einer Vassallfeier angeordnet hatte, sowie an die Belehrung der Staatsanwaltschaft und der Berliner Strafkammer im Prozeß gegen Johanna Jagert durch das Reichsgericht. Dies letzte auseinandersetzen, daß ein Polizeileutnant in Berlin keine Obrigkeit ist, und daß der Polizeipräsident seine obrigkeitlichen Befugnisse nicht auf einen Polizeileutnant delegieren könne. Nachdem nunmehr auch das Kammergericht sich davon überzeugt hat, daß Beförderliche Rechte — und damit Pflichten — nicht auf ihnen untergeordnete übertragen können, wird es vielleicht endlich einmal auch zu der insbesonderen für Streikpostenprozesse erheblichen Konsequenz gelangen, daß der Schreiber oder Leutnant oder Wachmeister, der einen Strafbefehl mit einem Trockenstempel an Stelle der Unterschrift des Polizeipräsidenten versieht, den Polizeipräsidenten nicht vertreten kann, daß mithin die in Berlin erlassenen Strafbefehle gegen Streikposten auch formell ungültig sind.

Hat der Fabrikant gute Sitten? Das Dresdener Oberlandesgericht hatte vorgestern sich mit einer Straffache zu beschäftigen, die den Frühjahrstreik der Zigarettenarbeiterinnen betraf. Die durchaus zutreffende Behauptung, zwei Arbeitswilige seien Streifbrecher, hatte einem Streikpostenführer eine Anklage wegen Verleumdung und Verstoßes gegen § 153 G.D. eingehandelt. Er war auch verurteilt. In der Revision wurde geltend gemacht, daß die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung verletzt seien, denn durch die Zumählung des Arbeitgebers, aus dem Deutschen Tabakarbeiterverband auszutreten, sei das den Arbeitern nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung gesetzlich gewährte Koalitionsrecht gefährdet. Das Verlangen der Fabrikanten auf Austritt aus dem deutschen Tabakarbeiterverband verstoße gegen die guten Sitten. Die Koalition müsse frei sein. Das Oberlandesgericht verwarf die Revision und führte aus: Der § 153 der Gewerbeordnung sei nicht verletzt, denn die Forderung des Arbeitgebers auf Austritt aus dem deutschen Tabakarbeiterverband bedeute keine Verletzung des Gesetzes und der guten Sitten. — Die sachliche Justiz hat ihre eigenen Wege. Bei der Beratung des bürgerlichen Gesetzbuches wurde von allen Parteien, sogar einschließlich der Konservaliven, und von der Regierung anerkannt, daß Verträge, welche die Koalitionsfreiheit beschränken, „zweifellos“ gegen die guten Sitten verstoßen. Die gleiche Ansicht wird von allen in der wissenschaftlichen Literatur angehenden Juristen vertreten, z. B. von Pfand, Lotmar, Reifen, Köhne.

Verfammlungen.

Aussperrungslehren.

Ueber dieses Thema wurde am Donnerstag in einer Versammlung der Metallarbeiter-Gewerkschaft, die im neuen „Gandmeyerkaal“ in der Sophienstraße stattfand, sehr eingehend diskutiert. Wiesner besprach in seinem Referat besonders die Aussperrung in der Elektroindustrie, wobei er es als eine taktische Anklugheit der Streikleitung bezeichnete, daß diese es abgelehnt habe, die angebotene Mithilfe der Partei anzunehmen. Von namhaften Führern sei ganz unüberklärt der Standpunkt vertreten worden, jede Einmischung der Partei könne den Gewerkschaften bei derartigen Kämpfen mehr schaden als nützen. Redner kritisierte dann scharf den letzten Aussperrungsartikel der „Metallarbeiter-Zeitung“, wogegen er die Haltung des „Vorwärts“ und besonders den Artikel des Genossen John in der „Neuen Zeit“ durchaus billigte. Eine Hauptlehre dieses Kampfes sei, daß die Arbeiter daran genöhnt werden müßten, bei zukünftigen Aussperrungen mindestens die ersten 14 Tage freiwillig auf

Streikunterstützung zu verzichten. Dadurch werde der Idealismus gefördert. Es zeige sich immer mehr, daß man die Tausendmarkfrage der koalitierten Unternehmer nicht mit den Groschen der Arbeiter überwinden könne, denn die befristetsten Klassen selbst der größten Organisationen würden bei solchen Kämpfen sehr bald leer. Es sei ja auch gar kein Geheimnis gewesen, daß der große Metallarbeiterverband bei diesem Kampfe nicht unerhebliche Massenbesorgnisse gehabt habe. Gerade jetzt zeigten uns die Revolutionäre in Russland, was die dortige Arbeiterklasse auf Idealismus zu leisten vermöge. Ein Streik folge dem anderen, und kein russischer Arbeiter frage nach Streikunterstützung. Hier in Deutschland aber seien die Arbeiter in den großen Verbänden so verzogen, daß ihre erste Frage immer laute: Wieviel Unterstützung gibt es denn? Mit einem Auge schielten sie nach der Unterstützung und mit dem anderen nach ihren Führern. Selbständigkeit im Denken und Handeln sowie ein opfermutiger Idealismus der Klasse würden in den heutigen großen Organisationen leider nur sehr mangelhaft gepflegt. Die Unternehmer seien uns in dieser Hinsicht überlegen. Sie rechneten bestimmt mit der Anwendung der A.B.G.-Aussperrung, ebenso wie mit dem Massenstreik. Deshalb gelte es, die Arbeiter zu vollendeten Klassenkämpfern zu erziehen. (Beifall.)

In der Diskussion verteidigte Eggert den fraglichen Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung“ und hielt es für unangänglich, während der ersten Dauer einer Aussperrung den Arbeitern eine Verzichtleistung auf die Unterstützung zuzumuten. Russland könne man hier nicht als Beispiel anführen, denn zwischen einer Revolutionsbewegung und einem wirtschaftlichen Kampfe in politischen Friedenszeiten sei doch ein gelinder Unterschied. Was die taktischen Kampfsmittel anbelange, so müsse von Fall zu Fall geprüft und entschieden werden. Man könne unmöglich von vornherein bestimmen, daß bei Aussperrungen jedesmal die Gesamtzahl der Arbeiter aus den Betrieben herauszuziehen seien.

Handste, zweiter Bevollmächtigter des Metallarbeiterverbandes, hält eine Erziehung der Arbeiter zu bewußten Klassenkämpfern ebenfalls für dringend notwendig; dann werde man in den Gewerkschaften auch nicht mehr vor dem Wort „Generalstreik“ zurücktreten. Auch vermochte er sich nicht mit jenem Artikel der „Metallarbeiter-Zeitung“ vollinhaltlich einverstanden zu erklären. Allerdings seien an den Solidaritätsstreik der Maschinisten und Heizer in bezug auf Schließung der Kraftzentralen von vornherein übertriebene Hoffnungen geknüpft worden. Zu mißbilligen sei hierbei auch, daß der „Vorwärts“ die Absicht von der Herausziehung der Maschinisten und Heizer schon vorzeitig durch einen Leitartikel in die Welt hinausposaunt habe. Dadurch sei es dem Unternehmertum möglich gewesen, rechtzeitig entsprechende Gegenmaßnahmen zu treffen. Einen Verzicht auf die Streikunterstützung hält Redner unter den heutigen Verhältnissen noch nicht für möglich. Den Mitgliedern der Metallarbeiter-Gewerkschaft empfahl er schließlich, im Hinblick auf die Einigkeit des Unternehmertums endlich den Uebertritt zum Metallarbeiterverband ins Auge zu fassen. Aus der gegenwärtigen Zersplitterung zögen nur die Unternehmer Vorteile.

Schlenger führte aus, es seien bei der Aussperrung zweifellos erhebliche Fehler von der Zentralstreikleitung gemacht worden. So stehe es in schroffem Widerspruch miteinander, daß Cohen im Anfang mit der gänzlichen Lohnsperre der Betriebe durch Herausziehung sämtlicher Arbeiter gedroht habe, später aber vor einer Bahrmachung dieser Drohung zurückschreckte und zum Schluß sogar schrieb, man sei dem Entscheidungskampfe nur ausgewichen. Mit bloßen Drohungen werde man die Unternehmer nicht zu Paaren treiben; da heiße es die Offensibe ergreifen und rechtzeitig handeln. Statt dessen habe sich die Streikleitung auf ein fortwährendes Parlamentieren verlegt. Ueberhaupt sei auch die Taktik, den Kleinkampf in den Großbetrieben zu forcieren, durchaus falsch. Der Hund, den man den Schwanz stückweise abbaue, werde zuletzt bissig. Deshalb müßten auch die Großbetriebe im ganzen angefaßt werden. Redner polemisiert dann gegen Handste und Eggert wegen der prinzipiellen Unterschiede zwischen dem Metallarbeiterverband und der Metallarbeitergewerkschaft. — Wehnliche Ausführungen machten Schröder und Jedler.

Schwitta vom Verband der Maschinisten und Heizer rügte es, daß die Maschinisten und Heizer nicht rechtzeitig zum Streik aufgefordert wurden. Es liege dies wohl hauptsächlich an der Voreingenommenheit des großen Metallarbeiterverbandes gegen die nur kleine Organisation. Sei doch offen heraus gesagt worden, die Maschinisten und Heizer zählen nicht. Nun, sie hätten gezeigt, daß sie dennoch zählten. Es folgte sodann das Schlusswort Wiesners. Von einer Resolution wurde Abstand genommen.

Verband städtischer Arbeiter. Eine außerordentlich starkbesuchte Gasarbeiter-Versammlung fand am Mittwoch bei Trüffel statt. Nach einem mit großem Beifall aufgenommenen Referat des Genossen Wühl über: „Die Notwendigkeit der verkürzten Arbeitszeit für Gasarbeiter“ berichtete Ortssekretär E. Dittmer über den gegenwärtigen Stand der Gasarbeiterbewegung. Danach ist seit Erhebung des Kampffonds ein weit größerer Eifer unter die Kollegen gekommen. Leider seien in der größten Berliner Gasanstalt, Danzigerstraße, die Inorganisierten trotz vieler Instandversammlungen usw. noch immer in der Mehrzahl. Hier werde wohl Haus- und Einzelagitation einsehen müssen. In der neuen Gasanstalt Tegel sind bereits über 100 Kollegen dem Verbande beigetreten. Der nächste Vorstoß zur Erringung des Acht- resp. Neunstundentages müsse spätestens im Frühjahr gemacht werden. — Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die zahlreich versammelten Gasarbeiter der Stadt Berlin erklären in der Probe-Einführung des Achtstundentages im Retortenhau III, Dantzigerstraße, kein genügendes Entgegenkommen seitens der Gasdeputation. Sie erwarten vielmehr, daß in allen Anstalten baldmöglichst der Achtstundentag für Betriebshandwerker, Ofenarbeiter usw. eingeführt werde und halten insbesonderen auch die Durchführung des Neunstundentages für alle Gasanstaltshandwerker, Ofenarbeiter usw. für dringend erforderlich.

Die Versammelten verpflichten sich, unablässig für die Heranziehung aller Kollegen zum Verbande eine rege Agitation zu entfalten, damit dem Magistrat und den Stadtverordneten die Forderung über kurz oder lang kategorisch unterbreitet werden kann. Ueber die bevorstehenden Delegiertenwahlen zur Betriebskrankenkasse referierte alsdann C. Schabel. Derselbe gab ein interessantes ausführliches Bild über die schädigenden Wirkungen der Arbeit in den meisten städtischen Betrieben an der Hand des Geschäftsberichts der Betriebskrankenkasse. Kürzere Arbeitszeit und besserer Lohn können hier erst Wandel schaffen, dazu bedürfte es aber einer starken Organisation. — Alsdann wurde von den verschiedenen Anhalten die Kandidatenliste aufgestellt, welche einstimmig zur Annahme gelangte. Mit beifolgendem Hoch auf den Verband schloß der Vorsitzende Karwiz die imposante Versammlung.

Eingegangene Druckschriften.

Geschäftsbericht der Norddeutschen Lederapparatfabriken, H. G., für die Zeit vom 1. Oktober 1904 bis 30. September 1905. Eingelandt von S. L. Wandberg, Berlin.
Verde gesund! Zeitschrift für Volksgesundheitspflege und Krankheitsverhältnisse. Herausgeber Dr. med. G. Liebe. Verlag Th. Neßke, Erlangen.

Vermischtes.

Flucht einer Prinzessin. Ueber ein Gegenstück zur Flucht der Gräfin Montignolo wird uns aus Wien depeßiert: Wie man dem „N. B. Abendbl.“ aus Konstantinopel meldet, ist die Gemahlin des ägyptischen Prinzen Said Bey mit einer französischen Gouvernante entflohen. Die Dame habe sich auf einem französischen Schiff, dessen Kapitän in den Fluchtplan eingeweiht war, nach Frankreich eingeschifft. Die Prinzessin hat dort feinerzeit an der Seite ihres Gemahls ihre Fluchtzwecke zugebracht.

Waldfänger auf dem Treibeise im Arktischen Meere. Elf Waldfänger mit 400 Mann Besatzung sind, in Queenstown eingetroffenen Meldungen zufolge, im Arktischen Meere in Treibeis geraten und haben keine Aussicht, vor Juli nächsten Jahres loszukommen. Die 400 Seeleute stehen den Schreanisten des Polarwinters mit unzureichenden Vorräten und auch sonst nicht entsprechend ausgerüstet gegenüber. Die Mehrheit der Schiffe ging dieses Frühjahr von San Francisco aus in See und sollte Anfang Herbst dort wieder eintriften. Die amerikanische Regierung wird um Entsendung einer Hilfsexpedition erlucht werden.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 19. November, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathaus, Saal 109, Eingang Jädenstraße: Verammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 10 1/2 Uhr vormittags in der Schul-Aula, Al. Franzenstr. 6: Verammlung. Vortrag des Herrn Ewald Bogt herz-Stein: „Praktisches Christentum und praktisches Freireligion“. Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Öffentliche Bibliothek und Lesehalle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, S.W., Alexanderstr. 26. Geöffnet täglich von 5 1/2—10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9—1 und 3—6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Arbeiter-Zamarter-Kolonie. Heute abend 9 Uhr im Restaurant des Genossenschaftshauses, Stargarderstr. 3: Vortrag über Verletzungen, Wundbehandlung und Blutstillung. Danach anschließend praktische Übungen. Da mit diesem Vortrage der praktische Teil des Kurses beginnt, können noch neue Mitglieder eintreten. Einschreibgeld 25 Pf., Monatsbeitrag 25 Pf.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. (G. H. 29). Hamburg, Sonnabend, den 18. November: Filiale Berlin 3: Abends 8 1/2 Uhr bei Ranjer, Reichsbergerstr. 157: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Berlin 6 bei Viententhal, Adlerstr. 123: Mitglieder-Versammlung. Vortrag des Kollegen Himmann. — Filiale Berlin 9: Abends 9 Uhr bei Gumbach, Waldemarstr. 24: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Charlottenburg: Abends 8 1/2 Uhr im Volkshaus: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Kignitz: Abends 8 1/2 Uhr bei Tiedl, Bergstr. 151: Verammlung. — Filiale Schöneberg: Abends 8 1/2 Uhr bei Korn, Gleitsstr. 19: Verammlung. — Sonntag, den 19. November: Filiale Berlin 8: Vormittags 10 Uhr, bei Schim, Bahtr. 19: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Berlin 10: Vormittags 10 Uhr bei Haber, Stephanstr. 11: Verammlung.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Arnswalde-Friedberg. Sonntag, den 19. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, in Boesers Gesellschaftshaus, Scherstr. 17: Mitglieder-Versammlung. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Gäste willkommen.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktkausal-Direktion. Rindfleisch Ia 64—68 Pf., IIa 57—61. IIIa 50—55, IVa 40—48. Kalbfleisch Ia 85—90, IIa 72—82, IIIa 66—70, Hammelfleisch Ia 65—75, IIa 50—60. Schweinefleisch 74—78. Rotwild 40—42 Pf., Gans 3,00—3,75, Hahn 1,50—2,00. Kaninchen 0,80—0,95. Krametsvogel 0,10—0,25 Pf. Rebhühner, junge Ia 0,80—1,10, junge IIa 0,60, junge kleine 0,60—0,80, alte Ia 0,70—0,75, alte IIa 0,50—0,70. Dohner pro Stüd, alte 0,50—1,50, junge Ia 0,80—1,25, do. IIa 0,50—0,70. Lauben, junge 0,40—0,55, alte 0,35—0,40. Enten junge 1,40—2,30. Gänse pro Stüd, Ia 3,50—4,00, IIa 2,50—3,50, pro Pfd. Ia 0,58—0,68, IIa 0,45—0,58. Fedeln 74—81 Pf., Schale, unrot 110. Hase, groß 0,60, mittel 0,60, klein 51 Pf. Wüsten 43 Pf., Kanarienvogel 0,00, Hahn 0,00 Pf., Schellfische 23—27 Pf., Runder 0,60 Pf., pro 100 Pfund. Schottische Kolleringe (gealzen) 40—44 Pf., Äsche, kleine, Schod 0,00 Pf., unrotiert 0,00 Pf., Eier, Schod 0,00. Butter pro 100 Pfund Ia 122—126, IIa 115—122, IIIa 111—114, abschleude 90—110. Kartoffeln pr. 100 Pfd., rote 2,00—2,20, Nolen 0,00—0,00, blaue 0,00—0,00, runde weiße 1,80—2,00. Weingehäl pr. Schod 4,00—8,00, Weiskoh 6,00—8,00, Kollfoll 4,00—8,00, Hohl 10—13 Pf., Saure Gurken, Schod 2,00 Pf.

Zentral-Kranken- u. Begräbnis-Kasse der Sattler „Hoffnung“.
E. H. Nr. 64 zu Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Franz Voß
am 15. November verstorben ist.
Die Beerdigung findet statt am Sonntag, den 19. November, nachmittags 3 Uhr, vom Krankenhaus Friedens-Gemeinde, Nlederschönhausen, aus halt.
Um rege Beteiligung erlucht
4838 Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands.
Am 14. d. M. verstarb unser Mitglied
Paul Schultz.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Markuss-Gemeinde Wilhelmberg aus halt.
Um zahlreiche Beteiligung erlucht
17018 Die Ortsverwaltung.

Allen Freunden, Verwandten und Kollegen die traurige Nachricht, daß unter tiefer Trauer
Ernst Glagow
im Alter von 6 Jahren verstorben ist.
Um stille Beileid bitte
Familie A. Glagow,
Bärtenmacher,
Kuppnerstraße 17.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. November, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle der Friedens-Gemeinde, Nlederschönhausen, aus halt.
4926

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Zahlstelle Ober-Schönauwede.
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch verstarb nach langem Leiden unsere Kollegin,
Frau Anna Büchner.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. d. M., nachmittags 3 Uhr, von der Charité aus halt.
Um zahlreiche Beteiligung erlucht
1042 Die Ortsverwaltung.

Verband d. an Holzbearbeitungs-Maschinen beschäftigten Arbeiter
Berlins und Umgegend.
Am Mittwoch, den 15. November, verstarb unser Mitglied
Johann Studzinski.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. November, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf, Humboldstraße, aus halt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
7075 Der Vorstand.

Allen Verwandten zur Nachricht, daß meine liebe Frau
Albertine Wolff,
geb. Mühlherr,
am Mittwoch, den 15. November, gestorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 18. November, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Begräbnisplatzes der Armenanstalt in Oberschönauwede aus halt.
Julius Wolff, Seihenlee.
Dankjagung.
Für die herzliche Teilnahme sowie reichlichen Kranzbesuchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Tischlers **Otto Pürschel** sage ich allen Teilnehmern, insbesondere den Genossen von Berlin, der Redaktion des „Vorwärts“, den Jahrgängen des „N. A. B. Solidarität“ und „Freiheit“, sowie den Kollegen, dem Holzarbeiterverband, den Vätern und Herrn Baldes Klasse meinen tiefgefühlten Dank.
4906 Die trauernde Witwe
Karoline Pürschel nebst Kindern und Mutter.

Krenzberger Harmonie.
Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser altes treues Mitglied
Wilh. Juhre
den 17. d. M. am Schlaganfall gestorben ist. Wir werden ihm dauernd ein gutes Andenken bewahren.
Der Vorstand.
Abderes betreue Beerdigung siehe Annonce morgen.
6676

Dankjagung.
Für die rege Beteiligung und zahlreichen Kranzbesuchen bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage allen Freunden und Bekannten, insbesondere der Direktion, dem Personal und den Kollegen der Brauerei Könnigsdorf meinen aufrichtigsten Dank.
4796
Wwe. Anna Hoelke.
Dankjagung.
Für die zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meiner Frau sage allen Verwandten, Freunden, Bekannten, sowie den Geliebten und Kollegen der Deutschen Telegraphen-Werke, dem Personal der Buchdruckerei Götter und dem Männer-Chorist nochmals meinen besten Dank.
Albert Fuchs,
Kottbuser Ufer 5.
4855

Für den Inhalt der Anzeigen übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 18. November.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Opernhaus, Wagn.
Schauspielhaus. Der Schatz der Lyone.

Neues. Ein Sommernachts Traum.
Westen. A Santa Lucia.
Kamilltag 3 Uhr: Siegfrieds Tod.
Deutsches. Der Kaufmann von Venedig.
Berliner. Kean.
Kleines. Ghetto.

Anfang 8 Uhr:
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Der Veilchenfresser.

Schiller N. (Friedrich Wilhelm-Schauspielhaus.)
Zapfenstreich.
Römische Oper. Hoffmanns Er-schlingungen.
General. Masette.
Kamilltag 4 1/2 Uhr: Prinzessin Goldtraum.

Reichens. Der Prinzgemahl.
Trianon. Der letzte Troubadour.
Schauspielhaus. Die heilige Sache.
Thalia. Bis früh um fünf!
Kamilltag 4 Uhr: Hänsel und Gretel.

Carl Weisk. Die Waise aus Lowood.
Kamilltag 4 Uhr: Der Rattenfänger von Hameln.
Luisen. Der Mann im Monde.
Deutsches Amerikanisches. Aber, der Herzog!
Metropol. Auf - ins Metropol!

Kafino. Das Opferlamm.
Ewige. Prinzessin Kollin.
Walhalla. In Lebensgefahr.
Herrnfeld. Familienfest im Hause Prellstein.

Wintergarten. Dico. - Spezialitäten.
Folies Caprice. Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Soll und Haben.
Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Säger.
Herrnfeld. Familienfest im Hause Prellstein.

Abends 8 Uhr: Im Lande der Mitternachts-sonne.
Im Orlof 8 Uhr abends: Dr. Donath: Elektromagnetismus.
Sternwarte. Invalidenstr. 157/62.
Täglich geöffnet von 7 bis 1 Uhr.

Berliner Theater.

Kean.
Aufspiel in 5 Aufzügen aus dem Französischen des Alex. Dumas.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Sonntag: Die Jungfrau von Orleans.
Kam. 3 Uhr: Kean.
Montag: Andalusia.

Neues Theater.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachts Traum.
Morgen u. folgende Tage:
Ein Sommernachts Traum.

Kleines Theater.

Abends 8 Uhr:
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtsyl.
Abends 8 Uhr: Ghetto.

Zentral-Theater

Kam. 4 1/2 Uhr, halbe Preise, Kinder-vorstellung: Prinzessin Goldtraum.
8 Uhr: Masette.

Luisen-Theater.

Abends 8 Uhr:
Der Mann im Monde.
Sonntag nachm.: Delfino.
Abends: Faust.
Montag: Ein Bildmadel.

Trianon-Theater.

Anfang 8 Uhr.
Der letzte Troubadour.
Aufspiel in 3 Akten von Fred Gröfse und Pierre Weber.
Deutsch von Alfred Palm.

Apollo-Theater.

9/1. Zum erstenmal! 9/1.
Unter persönlicher Leitung des Kompositisten
Prinzess Rosine
Süßes Operette Paul Lincke
Vorher 8 Uhr:
Die November-Spezialitäten.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr.
Auf - in's Metropol!

Große Jahresrevue mit Gesang u. Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Rauchen in all. Räumen gestattet.

Urania Taubenstr. 45/49.

8 Uhr:
Im Lande der Mitternachts-sonne.
Hörspiel 8 Uhr: Dr. Donath
Elektromagnetismus.
4 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.

Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. GASTAN'S
LINOPTICUM
Friedrichstr. 165.
„Ernte“.
Schattenspiel in 9 Bildern.

Wanderung durch das Mittel. Restaurant: Original Nürnberger Säger.

Deutsch-Amerikanisches
THEATER Köpenickerstraße 67-68.
Heute abend 8 Uhr. Gastspiel Ad. Philipp zum 78. Male:

Aber, Herr Herzog!
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Halbe Preise!
„Ueber'n großen Teich.“
Sonnabend, den 25. Novbr. 1905,
nachm. 4 Uhr:

KINDER-VORSTELLUNG.

Zum 1. Male:
„Hänsel u. Gretel“
in
AMERIKA
Kleine Preise.

Kasino-Theater Lotzingerstr. 37. Täglich 8 Uhr.

Das Opferlamm.
Schwan in 3 Akten von Wolfher und Stein.
Vorher: Im Spreewald. Operette.
Der berühmte Kapitän Martons etc.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr:

Die heilige Sache.
Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Der Prinzgemahl.
Satirischer Schwan in 3 Akten von E. Jancoy und H. Chancel.
Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Schlatwagenkontrollleur.

Carl Weiß-Theater. Str. Brandenburgerstr. 132.

Kam. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung:
Der Rattenfänger von Hameln.
Abends 8 Uhr:
11. Vorstellung im Volks- u. Schauspielgärtchen. Spielleiter: Alfr. Klein.
Die Waise aus Lowood.
Sonntag und folgende Tage: In Berlin ist was los.

Passage-Theater. Anf. der Abendvorstellung 8 Uhr.

Bozena Bradsky
In ihrer entzückenden Duncan-Parodie.
Paul Jülich
der unverwundliche Humorst.
14 neue erstklassige Nummern.

Walhalla-Theater Unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas

Gr. Ringkampf - Konkurrenz.
Heute ringen:
Terrassier (Belgien) gegen Bau (Westfalen).
Schwarz (Berlin) geg. Eborle (Deutschland).
Estiflow (Rusland) gegen Meißbach (Sachsen).
Hein (Berlin) gegen Weber (Deutschland).
Beginn der Vorstellung 8 Uhr.
Beginn der Ringkämpfe 9 Uhr 45.
Rauchen in allen Räumen gestattet.

Colosseum Dresdenstr. 97.

Anfang 8 Uhr - Sonntag 7 Uhr.
grandiose Spezialitäten
die best. Komiker u. Tanztr. sind.
Lotte Carlsen, Clara Jülich, Hochgemuth, van Roy, Ramon Behrens.
Debit: Flora Fleurette.
Geschwister Andraschy.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
Humoristische Volksvorstellung.
Jeder Platz 50 Pf. Loge und I. Parterre 70 Pf. 1 Kind frei.
Im Koncert-Saal:
Täglich: 3 Kapellen mit der. Naturorgeln.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Sonnabend, abends 8 Uhr:
Der Veilchenfresser.
Aufspiel in 4 Akten von G. v. Moser.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Traum ein Leben.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Veilchenfresser.
Montag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.

Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh.-Th.)

Sonnabend, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Drama in 4 Aufzügen von Franz Adam Begleiter.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Craigneublie.
Die Blauerin. Abschied vom Regiment.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Zapfenstreich.
Montag, abends 8 Uhr:
Der Veilchenfresser.

Neue freie Volksbühne

Achtung, Mitglieder! Für die neulich angekündigte Sonder-Vorstellung

„Aschenbachs“

im Neuen Theater (Bußtag abend) hat sich ein so unvermuet starkes Interesse kundgegeben, daß die sämtlichen Karten schon drei Tage nach Erscheinen der Ankündigung vergriffen waren. Um den zahlreichen Nachfragen zu genügen, haben wir im Einverständnis mit den mitwirkenden Künstlern und dem technischen Personal des Theaters eine

zweite Aufführung des Stückes auf den Bußtag nachmittags 3 Uhr

angesetzt. Zu dieser zweiten (eigentlich ersten) Aufführung der Novität sind noch Karten (nur für Mitglieder, Gäste strengstens ausgeschlossen) an den Zahlstellen zu haben. Es ist besonders darauf zu achten, daß zwischen den Karten für die Nachmittags- und die Abend-Vorstellung keine Verwechslung entsteht.

151/2 Der Vorstand. I. A.: Heinrich Neft.

Zirkus Albert Schumann

Deute abend präglie 7 1/2 Uhr:
IX. Grande Soiree High-Life. Gala-Program.
Novität! Novität!

Vier indische Zauberer

Mit ihren hier noch nie gesehenen ungläublichen Zauberkünsten.
Hofkünstler des Maharadja v. Mysore
Der schwarze Zeen!

Miß Texas Hattie.

Herrnfeld. Familienfest im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Mitwirkende Darsteller:
Angelika Frey, Frida Levernann, Carla Maltzauer, Else Gressin, Käthe Dreher, Julie Lohb-Hahn, Joseph Aschinger, Jacques Morway, Jacques Glaser, Ernst Groß, Jos. Engler, Eugon Neulert, Rich. Goltz, Max Zilber, Fritz Ruß, Hugo Döbblin, Bernh. Foerster, Paul Hierson, Albert Blumenreich.
Herrnfeld. Familienfest im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Mitwirkende Darsteller:
Angelika Frey, Frida Levernann, Carla Maltzauer, Else Gressin, Käthe Dreher, Julie Lohb-Hahn, Joseph Aschinger, Jacques Morway, Jacques Glaser, Ernst Groß, Jos. Engler, Eugon Neulert, Rich. Goltz, Max Zilber, Fritz Ruß, Hugo Döbblin, Bernh. Foerster, Paul Hierson, Albert Blumenreich.
Herrnfeld. Familienfest im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Mitwirkende Darsteller:
Angelika Frey, Frida Levernann, Carla Maltzauer, Else Gressin, Käthe Dreher, Julie Lohb-Hahn, Joseph Aschinger, Jacques Morway, Jacques Glaser, Ernst Groß, Jos. Engler, Eugon Neulert, Rich. Goltz, Max Zilber, Fritz Ruß, Hugo Döbblin, Bernh. Foerster, Paul Hierson, Albert Blumenreich.

Englischen Derby.

Morgen Sonntag: 2 große Vorh., nachm. 3 Uhr (ein Kind frei), und abends 7 1/2 Uhr. In beiden Vorstellungen: Vier indische Zauberer. Miß Texas Hattie. Das große internationale Programm und: Der Tag des Englischen Derby.

Herrnfeld-Theater.

Zum 15. Male die Novität:
Familientag im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Mitwirkende Darsteller:
Angelika Frey, Frida Levernann, Carla Maltzauer, Else Gressin, Käthe Dreher, Julie Lohb-Hahn, Joseph Aschinger, Jacques Morway, Jacques Glaser, Ernst Groß, Jos. Engler, Eugon Neulert, Rich. Goltz, Max Zilber, Fritz Ruß, Hugo Döbblin, Bernh. Foerster, Paul Hierson, Albert Blumenreich.
Herrnfeld. Familienfest im Hause Prellstein.
Komödie in 3 Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Mitwirkende Darsteller:
Angelika Frey, Frida Levernann, Carla Maltzauer, Else Gressin, Käthe Dreher, Julie Lohb-Hahn, Joseph Aschinger, Jacques Morway, Jacques Glaser, Ernst Groß, Jos. Engler, Eugon Neulert, Rich. Goltz, Max Zilber, Fritz Ruß, Hugo Döbblin, Bernh. Foerster, Paul Hierson, Albert Blumenreich.

Fröbels Allerlei-Theater

Schönhauser Allee Nr. 148.
Jeden Sonntag und Mittwoch:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Neue Spielpläne.
Anfang Sonntag 8 Uhr.
Wochentags 8 Uhr.
Nach jeder Vorstellung: Großer Tanz.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill. Sonnenstr. 16.
Wintervergnügen des Vereins Felsenfest.
Sonntag:
Der Mann im Monde.
Anf. 7 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 W.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Etablissement Baggenhagen

Moritzplatz.
Täglich
In den unteren Sälen
Gottschalk-Konzert.

Zirkus Busch.

Gala-Premiere!
1. Aufführung des dies-jährig. gr. Manege-Schaustückes.
Original-Pantomime des Zirkus Busch, in 3 Akten u. 8 Bildern.
Inszeniert v. Kommissionsrat Paul Busch. Verfaßt und einstudiert v. Herrn Burkhardt-Festli. Tänze vom kgl. ital. Hofballettmstr. Ottavi. Musik vom Kapellmeister Taubert. Kostime von den Hoflieferant. Baruch & Co. und Verch und Flohew. Elektrische Lichteffekte von den Hoflieferanten Schwabe & Co. Dekorationen v. Müller & Schäfer. Plastische Dekorationen, Möbel und Wagen von Victor Reinhold.
Anderem: Das Galapagos-Programm.
Avis! Morgen Sonntag: 2 große Vorstellungen, nachmittags 4 Uhr u. abends 7 1/2 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Zum erstmalig: 6 indische Original-Faktore. - 10 dress. Elefanten. - Mexiko. Abends 7 1/2 Uhr: Indien.

Komische Oper.

Friedrichstr. 104-104 a.
Sonnabend, den 18. November, abends 8 Uhr:
Eröffnungs-Vorstellung:
„Hoffmanns Erzählungen“.
Oper i. 3 Akten, einem Vor- und einem Nachspiel v. Jacques Offenbach.
Sonntag nachmittags 3 Uhr:
„Hoffmanns Erzählungen“
Ernähigte Preise.
Sonntagabend 8 Uhr: „Hoffmanns Erzählungen.“
Montagabend 8 Uhr:
„Hoffmanns Erzählungen.“

Artus-Hof

Perlebergerstr. 26. Stendalerstr. 18.
Sale von 100-1200 Ver. haben den geehrten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartettfänger und humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: Gr. Konzert.

Petroleum-Flücht

Auf jed. Lampe pass.
Große Auswahl von Tisch- u. Hängelampen.
Echte Bronzegaskronen
3-flammig, M. 15.50.
W. Krusemark,
Berlin 50.,
205, Oranienstr. 205.
Tel.: Amt IV, No. 1039.
5 Proz. Rabatt.

Wintergarten

und ein auserlesenes Künstler-Programm.

Folies Caprice.

Budapester Possen-Theater
132 Linsenstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Zum 64. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich h. A. Wertheim und an der Tageskasse v. 10 Uhr vormittags an.

Schöneberger Wintergarten

Gelbfraße 9.
Täglich Theater und Spezialitäten-Vorstellungen.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.
Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. - Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung.
Die Direktion.

Belle-Alliance

Theater-Variété.
Anfang 8 Uhr.
Ein Abend in einem amerikanischen Tingel-Tangel.
Georg Kaiser
La Laure
Etoile Excentrique.
Sonntag: 2 Vorstellungen, nachm. 3 Uhr: Volkspreise.
Jeder Sitzplatz inkl. Garderobe 60 Pf.

Sanssouci, Kottbuser Str. 4

Direktion Wilhelm Reimer.
Sonnab. Mont., Donnerst.: Hoffmanns
Norddeutsche Säger und Tanzfränzchen.
Sonntags Beginn 5 Uhr, nachm. 8 Uhr.
Jeb. Dienstag, Mittwoch: Theater-Abend.
Galtip. d. Löwe-Ensembles.
Der kleine Saul (150 Ver.) ist noch einige Sonnabende zu vergeben.
Sonnabend, den 18. November, nachm. 3/4 Uhr, 1. Kinder-Vorstellung: Prinzessin Taufenschildchen.

Palast-Theater

Burgstr. 24, 2. Min. v. Th. Berle.
Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Das glänzende November-Programm.
Unter anderem:
Carl Braun
in seiner Komödie „Am weißen Rößl“.
Darauf: Komponisten-Weltstreit.
Reu! Bargold Reu!
Der einbeinige Hunderst. Kritik.
Die weiße Dame.
Reife mit Gelang von D. Richter und 10 erstklassige Nummern.
Familienkater in allen Farben, Pfeiler- und Zigarrengeschäften sowie im Theaterbureau unentgeltlich zu haben.

Otto Pritzkows Berliner Abnormitäten-Theater

Münzstr. 16.
Die drei lebenden
gr. anatomischen Wunder
Muskelmensch
Skelett-Mensch
Gummihautmensch
Entree 20 Pf.

Artus-Hof

Perlebergerstr. 26. Stendalerstr. 18.
Sale von 100-1200 Ver. haben den geehrten Vereinen zur Verfügung.
Jeden Sonntag, Dienstag u. Freitag:
Gr. Theater-Vorstellung.
Jeden Montag: Quartettfänger und humoristische Soiree.
Jeden Donnerstag: Gr. Konzert.

Petroleum-Flücht

Auf jed. Lampe pass.
Große Auswahl von Tisch- u. Hängelampen.
Echte Bronzegaskronen
3-flammig, M. 15.50.
W. Krusemark,
Berlin 50.,
205, Oranienstr. 205.
Tel.: Amt IV, No. 1039.
5 Proz. Rabatt.

Wintergarten

und ein auserlesenes Künstler-Programm.

Folies Caprice.

Budapester Possen-Theater
132 Linsenstr. 132
Ecke Friedrichstraße.
Zum 64. Male:
Nach dem Zapfenstreich.
Vorher: Soll und Haben u. d. ausgezeichnet. Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Vorverkauf täglich h. A. Wertheim und an der Tageskasse v. 10 Uhr vormittags an.

Schöneberger Wintergarten

Gelbfraße 9.
Täglich Theater und Spezialitäten-Vorstellungen.
Sonntag 2 Vorstellungen.
Nachmittags 4 Uhr zu halben Preisen.
Jede erwachsene Person hat ein Kind frei. - Abends 7 1/2 Uhr Große Gala-Vorstellung.
Die Direktion.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Ludwigsstr. 58.
Die eiserne Maske
oder:
Die Geheimnisse eines Königshauses.
Schauspiel in 5 Abteilungen (6 Bild.) nach dem Französischen von Lebrun.
Anfang 8 Uhr. Kasseneröffnung 7 Uhr.
Sonntag nachm. 3 Uhr bei vollstämmlichen Preisen: Die eiserne Maske.
Abends:
Die Maschinenbauer von Berlin.

Variété Elysium

Kommandantenstraße 3/4.
Bis 30. November 1905:
Großer internationaler Soubretten-Weltstreit.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Säger.
Zum Schluss! Reu!
Präzise Doktor.
Zeitburleske von Reu!
Wahlung:
Wochentags 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater

Frankfurter-Allee 85.
Abendlich tollerster Beifall!
Reu! Signor Franzosko, Reu!
wunderbarer Archimedes am Tropes.
Reu! Die 4 Vollmerer, Reu!
Elite-Akrobaten.
Reu! Das gebildete Dienstmädchen, Reu!
Reife mit Gelang.
Reu! Der eifersüchtige Ehemann, Reu!
Reife mit Gelang.
und 15 Spezialitäten.

Rob. Sohn

Invalidenstr. 135
Laden u. l. Etage.
Herren- u. Knaben-Moden
Berufskleidung.
Große Auswahl in Paletots, Joppen.
Gediegene Konfektion, streng reell, feste Preise.
Massefertigung in eig. Werkstatt unter Garantie.

Zigarren!

Billigste Bezugsquelle für Händler:
ab Mk. 18.-
Bell & Co.
Rosenstraße 18, I.
Beste Gelegenheit zur Einrichtung von Zigarron-Geschäften.

Josef Fischer

Kohlen-Grubhandlung
Berlin O. 34, Brombergerstr. 19/20.
Preise ab Platz von 10 Str. an.
Industri-Briketts, Halbsteine p. Str. 80 Pf.
In Senftenberger Salon-Briketts
„Anna“ oder „Marie“ p. Str. 80 Pf.
Henckels Werke . . . 85
Hse u. Anh. Mariengrube . . . 90
In engl. Anthrazit, Bruch, Koks, Steinkohlen, Holz usw. zu billigsten Tagespreisen.
Handwagen verleihe zu: Kohlen.

Achtung! Genossen u. Kollegen! Achtung!

Ein herrliches Weihnachtsfest bereitet Groß und Klein ein schön geschmückter Weihnachtsbaum. - Verkende franz. gegen Nachnahme von 5 W. oder vorheriger Einzahlung von 5 W.:

Sortiment I: Enthält glänzende Glocken, Ballons, Schiffe, Uhren, Uhren, Fruchtbüscheln, Trompeten, verschiedene Arten Vögel, Kinderköpfe, sein überpompene Äugeln und Tier, glatte und bemalte, eine fröhliche Baumspitze, Wappentafeln, Gläser, Pfeiler, und Phantastische Artikel. Beeren aller Art, 100 Stück fein verarbeitete Wappentafeln, Kametta, Konfektbehälter, Gläser, der kleine Cohn, Schneebälle, alles hochfein ver-silberte Neuheit; hierzu eine Gratisbeilage: Eine große feinstverarbeitete Trompete mit Stimmz.

Sortiment II: Für 3.50 W.: Eine Baskette in sehr guter Ausführung, bestehender Ausführung mit Gratisbeilage. Einer Doppelbeilage für 10 W. ebenfalls für 7 W.; für je zwei Mann wird wegen Porto-Ersparnis extra etwas beigesteuert. Auch vorliegende größere Posten in Holz- und Bambusarten an Pändler. Bestehen sie in jedem Quantum u. garantiere i. volle Zufriedenheit. Bestellungen erbitte zu richten an Genossen Guido Müller, Orts-Vertrauensmann, Lauscha S.-M.

Krankenkassen

Victoria-Bad Friedr. Wilhelms-Bad
Kottbuser Damm 75
vis-a-vis Hohenaufencplatz
Amt IV 8152
Chausseestraße 81
vis-a-vis Liesenstraße.
Amt II 4490.
Sämtliche Bäder.
Auch für Damen täglich sämtliche Schwitz- und Massage-Bäder.

Warenhaus Wilhelm Stein

□ Berlin N. 39, Chausseestr. 65-66 □

Unser Angebot

Sonnabend, den 18. November
für Montag, den 20. November
Dienstag, den 21. November

solange
Vorrat.

Fleischwaren.

Rotwurst Pfd. 50 Pf.	Pommersche Schlackwurst . . . Pfd. 1,05 M.	Pommersche Mettwurst Pfd. 75 Pf.
Zwiebelleberwurst 50 Pf.	Pommersche Salami 1,05 M.	Polnische Bratwurst 75 Pf.
Landleberwurst 90 Pf.	Holsteiner Schlackwurst 1,35 M.	Prima Bratenschmalz 50 Pf.
ff. Leberwurst 1,00 M.	Holsteiner Salami 1,35 M.	„ Sülzwurst 70 Pf.
Prima Zungenwurst 1,00 M.	Westfälische Bratwurst 95 Pf.	Zitronen Dtz. 35 Pf. und 45 Pf.
Kaiser-Jagdwurst 1,05 M.	Braunschweiger Mettwurst . . . 90 Pf.	

Eröffnung der Spielwaren-Ausstellung III. Etage.

* Verkauf an Wiederverkäufer findet nicht statt.

Dr. Simmel, Prinsenz-
Str. 41,
Erdbeinergasse 20/14
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.

Abfallreste von der Konfektion,
sowie **Coupons** und sonstige Stoffen
in Wolle, Baumwolle und Seide
kaufen zu fulantem Preisen gegen
Kauff.

Wo tanzen wir Sonntag?
Linden-Garten, Nieder-Schönhausen,
43, Linden-
strasse 43.

Kartoffel-Kahn
befindet sich **Lützow-Ufer, Cor-
nellius-Brücke,** verkauft zum
billigsten Tagespreis
gute rote Winter-
kartoffeln.

Köpenick.
Echten alten Kottbuser
Korn zu haben bei **Aug.
Tauchert,** Galtzert, Ringel-
beimkehr 4.

10. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 17. November 1905, vormittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

131 46 382 619 747 1080 312 372 645 973 2005
513 56 682 69 68 946 98 3000 26 85 240 413 (3000)
80 560 96 784 936 86 01 4255 450 534 93 786 (3000)
886 896 (500) 5225 94 335 95 704 18 99 6327 23 590
880 7055 126 231 313 704 800 (500) 90 937 8097
193 65 230 306 690 719 814 30 78 9093 (300) 113 43
201 57 62 405 658 904
10351 463 97 829 64 994 11096 135 309 467
712 31 808 922 12012 115 261 489 (1000) 716 927
50 91 13273 96 340 407 32 535 43 48 94 655 767 71
875 14076 80 88 130 47 (1000) 294 315 (500) 30 741
72 92 15055 296 83 533 719 91 73 10383 231 345
481 336 71 74 736 868 85 17239 302 (500) 409 61
811 78 937 18016 295 468 554 80 630 19012 87
102 38 235 (500) 345 441 69 (1000) 677 734 60
505 30 908
20333 250 65 376 339 657 770 815 24 918 (1000)
21019 (3000) 144 446 535 477 81 741 22039 87 136
46 339 624 745 99 851 (3000) 99 034 (3000) 23019
452 81 91 523 90 (1000) 638 24293 631 906 (1000)
25135 363 854 (1000) 26013 103 675 746 907 27110
271 489 600 (500) 910 28112 84 224 29013 433
88 863 662 713 61 890 97
30286 333 583 97 (500) 723 26 37 (3000) 54 37
850 81 919 31146 470 322 863 974 (500) 911 12
130000 32120 61 279 619 (3000) 99 774 33142
530 899 898 34191 230 576 99 673 35030 84 95
229 303 7 28 76 423 54 (3000) 95 825 811 58 76 932
36068 (500) 172 372 499 511 30 705 807 986 37134 93
1500) 263 64 67 893 975 80 (500) 38043 309 436 871
663 713 912 80 39206 83 332 513 976 936
40123 43 546 967 41206 479 39 824 (3000)
40 925 64 70 77 42102 43 76 203 388 37 64 81 97
464 604 515 44 967 43063 91 (3000) 138 230 (5000)
300 494 622 (1000) 785 (300) 967 (3000) 44423 731
90 909 94 45024 122 40 (1000) 299 544 600 24 52 870
306 40723 87 140 85 384 316 39 879 81 806 98 47080
131 348 (500) 599 787 889 48033 274 390 (300) 632
92 736 49047 589 606 827 29 (1000) 80 967
50373 80 649 928 39 (3000) 72 51097 537 694
730 807 16 979 52039 68 140 67 (500) 353 (500) 350
54 646 809 818 53048 343 787 851 901 11 18 54300
114 208 90 362 476 575 612 85 98 11 (1000) 83 94
(3000) 938 58292 460 557 74 732 65 963 75 978 58123
82 318 80 429 (1000) 627 639 764 57088 127 209 61
505 662 65 772 (3000) 903 58216 18 74 (1000) 457
547 604 838 981 59078 132 78 90 324 632 774 875 939 99
60144 256 312 90 480 870 843 50 61231 320 28
601 90 716 62300 87 97 345 94 419 539 780 909 63010
68 90 214 62 308 (1000) 512 (500) 26 31 (500) 65 980
67 (1000) 92 744 913 64116 214 559 96 657 719 674
894 913 59 92 83 65319 484 662 736 80 847 66171
297 411 519 910 86 (3000) 67006 (3000) 326 498
(1000) 36 896 613 73 953 61 68111 23 278 (500) 96
99 (500) 405 514 30 796 915 80 69092 4 113 47
(3000) 72 232 (1000) 630 873
70129 34 (500) 381 504 758 66 (1000) 810 16 31 63
(500) 942 71074 116 (5000) 439 513 28 785 78 85 917
72031 54 79 101 409 75 524 (1000) 824 96 923 73881
842 985 90 74010 114 (500) 267 370 96 462 512 739
83 (1000) 827 963 75198 (3000) 272 694 980 848 76881
914 30 77093 372 413 396 636 82 733 827 985 78313
526 48 54 75 720 (10000) 80 807 96 920 96 (3000)
79316 618
80084 176 917 518 46 628 (3000) 732 (1000) 863
903 81211 92 329 433 650 882 939 89207 30 304
99 790 83033 137 235 301 2 10 45 84 80 81 419 864
861 90 (3000) 84238 79 314 838 85245 47 325 95
(500) 423 41 (1000) 563 770 865 962 66003 183 75
83 215 66 001 63 771 809 (500) 75 67031 124 221 85
(500) 80 459 787 864 (3000) 88336 160 325 39 651
56 80080 129 67 201 510 (3000) 699 86 732 965
80179 485 715 901 91003 14 273 384 835 76 043
78 92392 490 (5000) 649 797 (5000) 833 37 93190
306 476 322 656 783 811 73 945 94080 (1000) 156 210
(1000) 97 307 22 32 47 56 (500) 79 (1000) 571 673 (500)
74 83 748 79 817 78 95040 68 106 237 (500) 513 719
(500) 860 62 96126 225 47 419 556 65 67 754 72 817
25 97026 146 94 302 775 879 930 98328 99290
(1000) 74 310 77 496 601 48 (1000) 73 734 31
100661 (500) 92 471 78 98 817 101011 33 151 422
71 556 897 923 102082 (3000) 110 215 310 536 959
87 103097 143 291 315 379 723 97 933 (500) 104053
309 32 74 490 46 599 663 761 967 105203 368 483 533
722 (1000) 37 (500) 994 (500) 51 106188 294 349 421
(500) 41 73 640 42 738 73 107073 159 228 398 534
638 728 829 37 977 108138 (1000) 461 (5000) 690
580 109017 284 405 568 (500) 624 788 (500) 822 25
110203 66 432 99 626 65 747 77 78 111186
265 371 463 603 710 (5000) 888 948 112180 488 544 62
661 (1000) 76 854 970 110380 237 93 (500) 905 688
460 874 114355 495 579 687 732 115129 240 373
701 874 654 829 74 116088 237 871 918 38 811 19
486 (500) 75 (500) 117130 293 336 424 26 808 118086
281 (500) 32 (3000) 328 73 97 712 17 948 71 119016
23 145 (3000) 264 (500) 648 895 938
120077 117 49 284 93 419 620 741 46 78 (3000)
321068 130 480 688 967 122104 29 221 (1000) 438

10. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 17. November 1905, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

43 68 (500) 919 123210 644 788 124088 (500) 581
805 125040 (1000) 243 431 527 (1000) 78 126009
68 175 247 67 (500) 99 516 758 (500) 802 (500) 325
127071 115 31 205 338 985 801 (500) 046 128967 70
199 (500) 207 (1000) 394 (1000) 706 912 13 129173
278 874 511 782 922
130001 82 (1000) 170 (1000) 214 321 30 415 21
(500) 872 605 (500) 732 806 131013 106 (1000) 87 207
99 99 462 528 (500) 874 132154 370 93 922 133149
57 415 656 (3000) 698 898 134062 664 85 718 917 77
87 (500) 135340 433 530 844 136067 161 94 203
328 35 376 748 841 960 (1000) 137003 34 239 335 509
43 775 85 873 970 138023 230 59 328 402 92 600 810
38 922 32 139010 67 90 197 271 375 719 23 928 69
140119 233 395 423 546 719 25 81 894 141021
27 108 83 238 59 (1000) 311 444 699 85 795 945
142488 566 789 810 143007 166 235 58 368 418 821
55 905 144086 185 87 240 312 (500) 433 540 (1000)
787 803 4 922 145132 38 69 288 468 585 (500) 604
146332 38 96 440 56 (3000) 70 770 96 968 147142
399 565 75 692 807 81 148114 70 214 464 563 878
(500) 908 149174 (1000) 277 88 460 335 656 733 (300)
150345 603 784 868 151072 (3000) 138 75 288
353 430 606 749 833 33 925 152071 (1000) 74 (1000)
567 541 93 811 (1000) 925 153008 224 40 (500) 496
747 (1000) 77 880 154172 219 63 (500) 87 310 19
512 47 70 779 91 904 155036 107 (3000) 35 294 (500)
25 85 (1000) 36 51 405 500 99 (500) 97 818 99 1568012
29 185 333 (3000) 467 553 (1000) 614 80 837 930 157317
60 (500) 61 636 69 731 65 832 902 158579 483 847
965 (1000) 28 159138 87 853 419 82 576 789
828 (1000) 32
160116 349 60 80 457 549 782 161091 (500) 375
(3000) 573 (3000) 602 17 25 63 796 817 (1000) 162044
144 45 243 77 439 85 399 (500) 22 654 728 163006 419
87 392 (3000) 826 164032 77 102 438 78 94 556 623
45 808 12 (1000) 912 165215 633 (500) 42 702 898
(500) 921 (500) 94 166155 219 46 636 (1000) 785
812 167066 347 736 (1000) 168019 85 143 59 80 248
721 (500) 880 907 169163 68 94 291 42 77 321 629
95 709 19 30 824
170605 100 (3000) 236 335 621 30 720 572 962
171255 530 30 740 833 913 87 172300 40 457 571
751 55 173181 323 438 543 (1000) 647 58 511 (500)
22 34 973 (3000) 174002 223 (1000) 31 310 782 (300)
175041 148 209 12 (500) 423 (500) 811 (300) 903
176132 51 (3000) 222 83 468 68 571 638 39 43 808
177132 363 637 55 721 62 178062 126 77 94 223 343
57 828 697 89 750 838 981 179004 303 519 661 81 737
(3000) 67 578
180099 290 (500) 341 468 80 (500) 701 11 (500)
11 828 984 181024 109 357 856 928 182229 84 325
41 827 (1000) 706 (3000) 95 183128 47 438 381 613
819 (3000) 927 28 184005 166 201 36 83 391 (500)
561 796 810 (500) 45 970 165009 128 274 355 (1000)
414 (500) 34 70 508 645 747 939 186003 146 267 73
374 (3000) 573 993 95 718 55 860 923 63 187046 221
176 326 633 188003 138 97 361 562 82 98 911 77
189170 219 88 340 400 26 590 76 021 93 736 901
190246 51 489 658 733 96 (500) 960 191180 300
78 646 (500) 719 813 905 34 192070 221 (3000) 492
581 862 968 193213 14 750 870 907 (1000) 82 194068
(3000) 68 188 614 99 781 853 979 195158 437 329 670
196072 208 11 56 444 65 (500) 533 (1000) 785 964 86
197484 323 83 800 198017 (3000) 118 28 37 45 241
199396 (1000) 697 707 81 909 17 38 81 95 199392
946 611 (1000) 76 871
200071 190 4 58 (3000) 423 54 734 (1000) 847 33
926 201136 82 33 327 439 605 12 831 909 33 (500)
202233 549 (1000) 71 619 (1000) 785 829 90 927
203076 94 184 330 (1000) 89 309 26 756 92 930 38
204277 624 58 99 49 205004 (1000) 165 23 209 512
670 783 838 206063 306 (500) 430 528 600 732 97 848
60 96 911 51 207123 874 641 90 750 258 208033 281
591 667 64 65 741 914 27 (1000) 79 (3000) 439 686 (1000)
210006 50 104 27 (1000) 688 84 800 1 906 59
12 716 825 212067 496 565 213019 46 81 97 119
259 309 449 577 (500) 705 (3000) 39 868 214055 100
33 44 340 744 98 815 60 215083 429 682 72 85
216080 116 387 42 88 611 740 863 966 81 217885
128 277 315 490 702 88 88 514 619 706 25 883
791 859 219344 482 88 514 619 706 25 883
220293 221029 31 (3000) 96 384 (500) 479 82
547 797 12 74 86 222063 294 492 17 (3000) 20 24 80
224033 288 344 51 420 574 602 983 225068 94 (3000)
141 (1000) 564 (1000) 668 84 800 1 906 59
(1000) 86 105 376 414 29 84 932 6 17 46 813 922 226014
(500) 405 (3000) 640 61 92 777 894 72 22881 (500)
(1000) 468 71 589 799 819 33 924 33 229097 57
106 286 411 90 35 736 990
230136 92 230 78 331 563 620 61 927 (3000)
231158 277 838 54 85 732 869 953 (500) 56 75 232 25
1306 84 812 (1000) 233083 121 (3000) 212 326 59 971
234283 423 (1000) 82 369 80 812 235004 11 152 861
69 77 837 873 77 854 238107 (1000) 697 807 (500)
992 237115 678 912 29 86 971 238161 275 (500)
329 449 538 682 945 239254 304 41 697
240073 248 315 431 41 82 714 41 43 241145
(1000) 106 18 967 (1000) 75 242053 63 287 243059
423 82 621 655 71 723 44 71 (1000) 882 967 243059
517 689 743 (3000) 811 993 83 244 997 (1000) 18 75
107 241 44 756 (1000) 983 90 (500) 245182 307 733
47 49 832 924 (1000) 246440 588 633 150 01 7 7 548
67 244099 193 822 91 900

10. Ziehung 5. Kl. 213. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 17. November 1905, nachmittags.
Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden
Nummern in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)

510 27 (1000) 38 761 77 886 12037 298 370 670 743 49
133000 435 72 569 718 62 (30000) 929 87 14 084 93
258 (500) 320 861 70 633 54 56 (500) 755 (30000) 580
(500) 990 150294 54 120 (500) 31 236 349 527 629 994
16916 (1000) 42 129 286 504 97 740 523 066 75 17183
407 609 65 96 732 44 536 90 18041 194 (1000) 343 314
22 364 607 90 794 66 892 19057 166 456 85 513 87 419
32 96 97
20065 102 454 59 73 648 780 815 960 21128
(300) 59 280 757 77 (30000) 884 988 22021 115 341 69
603 722 23086 105 96 (1000) 286 316 444 98 601 841
911 24441 784 25104 (3000) 16 92 262 455 500 632
706 (1000) 929 66 (3000) 26267 416 (10000) 23 96
776 800 27154 38 87 247 300 506 700 988 28126 262
311 476 622 813 35 83 (3000) 29050 177 80 89 645 733 87
30129 219 17 21 67 510 50 (500) 622 262 963
31068 172 486 96 556 684 89 730 69 71 810 12 (500) 943
97 32107 (5000) 224 323 414 37 552 697 712 94 96
(3000) 820 21 38 850 (500) 33090 95 131 315 69 96
546 (1000) 77 82 741 (500) 890 900 91 34001 300 25
621 61 770 (500) 35141 380 500 690 81 721 867 30070
(500) 128 326 361 483 62 (1000) 577 712 29 37 (500) 819
37075 118 255 (1000) 392 534 738 896 865 36145 86
300 545 757 800 24913 26

Zehn Mark Polizeistrafe

für Anzweiflung der Glaubwürdigkeit der vom „Vorwärts“ mitgeteilten Berichte.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß bei dem Streik in der Buchbinderei von Kämmerer in der Kochstr. 67 die Streikposten unter Belästigungen durch Polizeibeamte arg zu leiden hatten, und daß auch ein Redakteur der „Morgenpost“, als er das Verhalten der Polizei beobachtete, fisiert und mit einem Strafmandat in Höhe von 10 Mark bedacht wurde, welches denen, die gegen Streikposten erlassen zu werden pflegen, auf ein Haar gleicht. Der Redakteur, Erdmannsdörffer, hat gegen den polizeilichen Strafbefehl Einspruch erhoben. Die Angelegenheit kam deshalb am Freitag vor der 142. Abteilung des Schöffengerichts zur Verhandlung.

Nach den Angaben, die Herr Erdmannsdörffer vor Gericht machte, las er im „Vorwärts“, daß streikende Arbeiter in der Nähe der Kämmererschen Buchbinderei ohne jeden rechtlichen Grund fisiert worden sind und daß ihnen sogar der Aufenthalt in der Kochstraße von den Polizeibeamten untersagt wird, anderenfalls ihre Feststellung und Bestrafung erfolgt. Ja sogar Straßenpassanten, die mit dem Streik nichts zu tun, sind — wie Herr Erdmannsdörffer im „Vorwärts“ las — nach der Polizeiwache fisiert worden.

Als guter Staatsbürger, der ein großes Vertrauen zur Polizei und ein nicht minder großes Mißtrauen zu den Mitteilungen des „Vorwärts“ hat, dachte Herr Erdmannsdörffer, wie er selbst sagt: Hier wird der „Vorwärts“ wieder, wie das bei solchen Anlässen seine Art ist, stark übertrieben haben. So, wie der „Vorwärts“ angab, könne doch die Polizei nicht vorgehen. Herr Erdmannsdörffer setzte sich hierauf mit seiner Redaktion ins Einvernehmen. Diefelbe beauftragte ihn, an Ort und Stelle „Studien zu machen“, um festzustellen, ob sich die Sache wirklich so verhalte, wie der „Vorwärts“ angab.

Herr Erdmannsdörffer trat nun seinen Studiengang an, in der festen Ueberzeugung, der „Vorwärts“ habe die Unwahrheit gesagt. Bald aber mußte er einsehen — dies sind seine eigenen Worte — „daß der „Vorwärts“ leider recht hatte.“ — Seine Erlebnisse während des Studienaufenthaltes in der Kochstraße schilderte Herr Erdmannsdörffer folgendermaßen: Es war zur Mittagszeit am 13. September, als er sich in die Nähe des Kämmererschen Geschäftslokales begab. Die Straße war durchaus nicht belebt. Vor dem Geschäftslocale ging ein Herr hin und her. Erdmannsdörffer dachte: Was der kann, das darf ich auch. — Da kannte er aber die Polizei, zu der er so großes Vertrauen hatte, schlecht. — Ein aus Anlaß des Streiks dort postierter Schutzmann kam auf ihn zu, der eben zweimal hin und her gegangen war. „Nicht übermäßig barsch, aber auch nicht höflich“ sagte der Schutzmann zu Erdmannsdörffer: „Was wollen Sie hier?“ Der so Angeredete antwortete in derselben Tonart: „Das geht Sie gar nichts an“. Nun forderte der Schutzmann Herrn Erdmannsdörffer auf, die Kochstraße zwischen Wilhelm- und Friedrichstraße zu verlassen. Erdmannsdörffer bezeichnet dies Verlangen als unberechtigt, lehnte aber bald um, in der Absicht, sich nach seiner in der Kochstraße befindlichen Redaktion zu begeben. Der Schutzmann erwiderte hierin wohl eine Widerschlächtigkeit gegen seine „im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“ erlassene Aufforderung. Er fisiert Herrn Erdmannsdörffer und dieser bekam ein Strafmandat, lautend auf 10 M., weil er „vor dem Kämmererschen Geschäftslokal, wo gestreikt wurde, zwecklos umhergegangen, dadurch die Aufrechterhaltung der Ordnung erschwert und durch sein Verhalten die Streikposten gedeckt habe.“

Nach seiner Entlassung von der Polizeiwache ging Erdmannsdörffer nochmals an den Ort seiner Studien. Da ging der „Herr“ vor dem Kämmererschen Geschäftslokal immer noch hin und her, ohne daß der Schutzmann gegen diesen „Posten“ einschritt. Später erfuhr Erdmannsdörffer, daß der postenführende Herr der Geschäftsinhaber Kämmerer in eigener Person war, der die Polizei in ihrem Vorgehen gegen die Streikposten — „zur Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit“ natürlich — unterstützte. Nach dieser Entdeckung wurde es dem auch dem Polizei- und Streikposten-Studienfreund klar, weshalb er nicht tun durfte, was dem anderen gestattet war, obgleich Herr Erdmannsdörffer, wie er versicherte, nicht daran denken konnte, die Streikposten zu decken. Er gab sich vielmehr die größte Mühe, einen harmlosen Spaziergänger zu markieren.

Die Darstellung Erdmannsdörffers wurde durch die Beweisaufnahme nicht widerlegt. Der als Zeuge vernommene Schutzmann behauptete allerdings, er sei sehr höflich gegen Erdmannsdörffer vorgegangen, was dieser entschieden bestritt.

Der Amtsanwalt beantragte eine Geldstrafe von drei Mark. Er begründete seinen Antrag damit: Der Angeklagte habe sich an die betreffende Stelle der Kochstraße beggeben, um etwas zu erleben, was seinen Zwecken entsprach. Das sei ihm auch gelungen, indem er den Polizeibeamten provoziert habe. Einer Anordnung, die ein Schutzmann im Interesse der öffentlichen Ordnung ergehen läßt, müsse jeder ohne weiteres folgen. Dem Publikum sehe nicht das Recht zu zu prüfen, ob eine Anordnung notwendig ist oder nicht.

Der Verteidiger bestritt diese Rechtsauffassung des Amtsanwalts und berief sich im übrigen darauf, daß sein Klient keine Provokation beabsichtigt, sondern nur Recherchen angestellt habe, um festzustellen, ob der „Vorwärts“, wie es nach seiner Ansicht bei dem sozialdemokratischen Organ üblich sei, übertrieben habe. Angeklagter habe sich nun vom Gegenteil überzeugen müssen. In dem vorliegenden Falle würde selbst ein Streikender nicht bestraft werden können, umsonstiger jemand, der mit dem Streik gar nichts zu tun hat. Der Angeklagte müsse deshalb freigesprochen werden.

Das Gericht bestätigte das polizeiliche Strafmandat. Es bleibt also einweilen dabei, daß Herr Erdmannsdörffer seine Studien über das Verhalten der Polizei gegen Streikposten und seinen Argwohn gegen die Glaubwürdigkeit des „Vorwärts“ mit 10 M. bezahlen muß. Das Urteil stützt sich auf die bekannte „Rechts“praxis, daß bei einem Streik, wenn Belästigungen von Arbeitswilligen vorgenommen sind — wie es in diesem Falle der Schutzmann behauptete —, die Polizeibeamten jedem den Aufenthalt an bestimmten Stellen verbieten können, um mögliche Gefahren abzuwenden. Das Gericht erkannte an, daß Erdmannsdörffer keine böse Absicht hatte, er habe sich aber für einen gebildeten Menschen dem Polizeibeamten gegenüber recht schlecht benommen, so daß er „auf die Bache geschleppt“ werden mußte.

Herr Erdmannsdörffer, der ausging, um festzustellen, daß der „Vorwärts“ übertrieben und der Polizei unrecht getan habe, wird nun wohl begreifen, daß auch ein harmloser liberaler Redakteur sich auf der Straße nicht frei bewegen darf, wenn die Polizei in der Erfüllung einer ihrer vornehmsten Aufgaben begriffen ist: die Interessen des Unternehmertums gegen die Arbeiter zu schützen. Ob seine Verurteilung ihn von dem Mißtrauen gegen die Angaben des „Vorwärts“ befreien wird, steht dahin. Sie bleibt aber ebenso vereinbar mit dem Reichsrecht, dem Bürgerrecht und dem Strafrecht, wie unzählige gegen Streikposten ergangene, vom Kammergericht bestätigte Urteile zeigen. Die Vermutung der Bürgerfeindschaft ist ein in der Städteordnung ausdrücklich paragrafiertes Recht seiner Einwohner. Das Stehen von Streikposten folgt aus dem reichsgesetzlich „gewährleisteten“ Recht der Koalition und des Streiks. Das Fortweilen von Streikposten, die sich ruhig benehmen, ist und bleibt rechtmäßig, wie unendlich oft das Kammergericht nach der Entfernung des Kammergerichtsrats Hasenstein aus dem Strafenat die gegenteilige Ansicht ausdrückt. Das Kammergericht und nach ihm das Schöffengericht rechtfertigt seine Ansicht damit, daß es nicht nachzuprüfen habe, ob eine Anordnung eines Polizeibeamten rechtmäßig und zweckmäßig gewesen sei. Damit erkennen diese Gerichte an, daß der Schutzmann nach der Auffassung, die sie vom preussischen Staatsrecht haben, höher als das höchste Gericht in Preußen vom Gesetz bewertet werde. Diese Ansicht teilen wir nicht. Die Rechtsprechung aber betätigt sie in Fällen, in denen es sich um einen Kampf des Unternehmertums gegen Arbeiter und um die Behinderung gesetzlich gewährleisteter Rechte der Arbeiterschaft handelt. Damit anerkennt die Rechtsprechung sehr wider ihren Willen, aber darum nicht minder deutlich: in Preußen-Deutschland steht die Klassenjustiz in vollster Blüte.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen-Stimmrecht. Der Kampf um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht wird nun bald auf der ganzen Linie entbrannt sein. Noch ist nicht abzusehen, wie rasch und wie entscheidend den russischen Freiheitshelden Erfolge blühen. Die ungarischen, die österreichischen Genossen und Genossinnen haben sich mit aller Leidenschaft für ein allgemeines Wahlrecht erhoben und werden es erbalten, in Bayern legt man eben die letzte Hand an das Werk eines allgemeinen Wahlrechts, die um ihre politischen Wahlrechte schmählich betrogenen Proletarier Sachsen bereiten mächtige Demonstrationen vor. Von diesem mächtvollen Wahren und Bedenken kann und darf der preussische Junker- und Klassenstaat nicht verschont bleiben. Da tut es wieder einmal not, daß auch die Scharen der sozialdemokratischen deutschen Frauen auf dem Kampffeld erscheinen und ihre Stimmen mit denen ihrer Klassen-genossen vereinen in dem gebieterischen Rufe nach dem allgemeinen Wahlrecht für alle erwachsenen Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts. Und die Zeit scheint günstiger als je bisher.

Die Erinnerung daran lebt noch lebendig in uns allen, wie in den belgischen Verfassungskämpfen die sozialdemokratische Partei den vom Zentrum eingebrachten Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts bekämpfte, wollte sie nicht das Land einer jahrelangen Herrschaft überantworten. Unsere belgischen Genossinnen waren so tapfer, diesem Vorgehen zuzustimmen und einem Wunsche einzuwilligen, nach dessen Erfüllung niemand schmerzlicher verlangen kann als eine sozialistische Frau. Trotzdem wurde dieser Schlag von allen aufgestellten proletarischen Frauen schmerzlich empfunden. Aber sie zogen allenthalben die Lehre daraus, daß es gälte, mit verdoppeltem Eifer an die Arbeit zu gehen, um nicht unvorbereitet zu sein, falls in anderen Ländern Herrschaft über sich zu einem ähnlichen, scheinbar freibeitlichen Schachzug greifen wollte, um ihre ins Wanken geratene Herrschaft mit Hilfe der dem Wahn des Reichstahls verfallenen Frauen wieder für lange, lange zu besetzen.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, so bereitet sich eine solche Zeit für Deutschland vor. Wir meinen die schon besprochene Haltung der Ultramontanen im bayerischen Landtag in bezug auf die Frage des Frauenstimmrechts. Als Symptom ist diese ultramontane Haltung zum mindesten beachtenswert, und ihre Anhänger werden nicht verfehlen, sich darauf zu stützen und den Boden für ihre Saat nach Kräften vorzubereiten. Deshalb gilt es für die proletarischen Frauen, mit doppeltem, verzehnfachtem Eifer zu kämpfen für die Auffklärung des Volkes und nicht zu ruhen, bis sie sich sagen können: nun sind wir gerüstet, auch für uns Frauen das allgemeine Wahlrecht zu empfangen, ohne daß es der kulturellen

Entwicklung unseres Volkes schaden kann. Für den täglichen Kleinkampf mag es nicht ganz zwecklos sein, auch wieder einmal auf das jämmerliche Verhalten der Liberalen zu dieser Angelegenheit hinzuweisen. Die Führerinnen des deutschen Verbandes für das Frauenstimmrecht hatten auf ihrer Generalversammlung anfangs Oktober in Berlin bekanntlich mit großem Stolz sich der Hilfsarbeit gerühmt, die sie bei den Wahlkämpfen dem bayerischen Liberalismus geleistet hätten. Sie hatten sogar das große Wort ausgesprochen, daß sie durch die Unterstützung der bürgerlichen Frauenbewegung eine Regeneration des Liberalismus erhofften. Der Dank, der ihnen nun dafür wurde, ist der politischen Einfischlosigkeit jener politisch kannegiehernden bürgerlichen Frauenrechtlerinnen nahezu würdig.

Großlichterfelde. Am Donnerstag, den 9. November wurde hier ein Frauen- und Mädchen-Bildungsverein gegründet. Trotz des schlechten Wetters war der große Saal bei Reifen gut besetzt. Genoffin Ottilie Bader sprach in längerer Ausführlichkeit über „Ziele und Wege“ dieser Vereine. In ihrer einfachen, praktisch-anischaulichen Weise und mit warmen Worten lehrte die Referentin den Anwesenden die Notwendigkeit dar, sich zu Bildungsvereinen zusammenzuschließen, sie zeigte, was geleistet werden soll und kann. Dislokation fand nicht statt. So konnte die Vorsitzende nach einem nochmaligen kurzen, energiegelichen Appell an den gefunden Verstand, den gefunden Egoismus und die natürliche Kindesliebe zur Gründung des Vereins schreiten. 23 Proletarierinnen folgten dem Rufe. Wir heißen sie zur neuen Arbeit im neuen Kreise willkommen!

Wenn aber der Verein in dem Maße wachsen und gedeihen soll, wie es wünschenswert und notwendig ist, so muß erst eins beseitigt werden: Mißtrauen und Gegenarbeit der Männer, soweit es vorhanden ist. Es wird die höchste Zeit, Vorurteile gegen die Frauenvereine abzulegen. Man soll in unsere Versammlungen kommen, sehen und hören wie da gearbeitet wird, dann wird es an günstigem Urteil nicht fehlen.

Wir können nicht siegen ohne die Frauen oder gar gegen die Frauen. Man sehe nur die Macht der Kirche und das Elend der Schule an!!! So mancher glaubt zu schreien und er wird geschoben. Wir können uns garnicht denken, daß ein fühlender, strebender, denkender Proletarier seine Frau nicht zur Ebenbürtigkeit erziehen möchte. Da hilft der Frauen-Bildungsverein.

Lepton-Baumshulenweg. Der hiesige Frauen-Bildungsverein hielt am 14. d. M. im Lokale von Christ seine Mitgliederversammlung ab. Diefelbe war sehr gut besucht. Herr Dr. Naurender hielt einen Vortrag über: „Die deutschen Freiheitskriege in Geschichte und Legende“. Die Anwesenden folgten den Ausführungen mit regem Interesse und spendeten dem Referenten reichen Beifall. Im Verlaufe wurde die Frage erörtert, wie die Agitation in Unter-Lepton besser gestaltet werden könnte. — Dem Verein sind sieben neue Mitglieder beigetreten.

Witterungsüberblick vom 17. November 1905, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temperat. in C.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temperat. in C.
Emmenda	756	SW	3	bedeckt	1	Hadamarada	762	SW	3	mollent	-13
Hamburg	761	SW	2	wolfig	-1	Petersburg	754	SW	2	Schnee	-3
Berlin	759	SW	2	bedeckt	1	Sell	764	SW	1	wolfig	6
Frankf. a. M.	763	SW	3	Schnee	1	Berdeen	765	SW	2	Schnee	-1
München	764	SW	3	wolfig	-3	Paris	764	SW	1	bedeckt	-3
Wien	762	SW	3	Schnee	0						

Wetter-Prognose für Sonntag, den 18. November 1905.
Ein wenig kälter, zeitweils aufklarend, vielleicht neblig bei schwachen nordwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.
Wasserstand am 16. November. Höhe bei Hufsch + 1,05 Meter, bei Dresden — 0,29 Meter, bei Magdeburg + 2,40 Meter. — In Hruzt bei Straßburg + 2,00 Meter. — Ober bei Rasthor + 2,80 Meter, bei Breslau Oberpegel + 5,19 Meter, bei Breslau Unterpegel — 0,50 Meter, bei Frankfurt + 1,97 Meter. — Weichsel bei Braubünde + 3,28 Meter. — Warthe bei Posen — Meter. — Nehe bei Hg — Meter.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonntags von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr statt. Gebühren: abends 7 Uhr.

St. 2. 33. 1. In Deutschland, 2. Ja. — **St. 2. 18.** Wenn Sie das Gesetz, dessen Heuge C. war, bemerken, wird die Frage des Wirts abgemien. — **St. 2. 43.** Nein, der Richter hätte das Recht, gegen den Willen auf Bewählung ungehinderten Jurists zu fragen. — **St. 2. Spandau.** 1. Ohne Kenntnis des Wortlauts des Statuts ist es unmöglich, zu beantworten, welche Rechte oder Pflichten aus demselben folgen. 2. Bisher nein, fragen Sie bei der Gemeindeführer, Engel-Wer 15, an. — **St. 2. 61.** Ja: jährlich 50 Pf., gerechnet von Januar bis Januar. — **St. 2. 3. 1.** Nein, 2. Ja, aber die Frau kann mit Erfolg Widerspruch (Interventionsklage) erheben und Einstellung der Zwangsversteigerung herbeiführen. — **Name.** Zur Veränderung Ihres Namens bedarf es der Einwilligung des Polizeipräsidenten. Die Einwilligung wird in der Regel abgelehnt. Die Bemütigung folgt 50 M. — **St. 2. 28.** Ja, aber das Vermögen der Ehefrau besteht nicht für die Schulden des Mannes. — **St. 2. 2.** Nein, Widerspruch ist die Anbringung des Faltes dort bestehenden polizeilichen Verfügungen oder erachtet der Richter dafür, daß in der Anbringung ein Verstoß vorliegt, so hätte die Klage Aussicht auf Erfolg. Besteht solche Verordnungen nicht, so ist ein günstiger Ausgang der Klage zweifelhaft. — **Richard 2.** Hausmutter nach der russischen gibt in Preußen nicht. Jovor Schmeier ist ein für aufgehoben. Vorgehung von Beglaubigungspapieren kann begehrt werden. — **St. 2. 20.** Nein: Die Ansprüche aus der Unfallversicherung verfallen in 2 Jahren. Die Ansprüche leben erst dann wieder auf, wenn mindestens 300 Markten abermals gefällig sind. Ihre Frau läßt daher wohl gut, wenn sie Selbstversicherung summe normiert, um wenigstens die Hälfte mal in einer Heimschleife Nutzen zu nehmen, oder Anwal den, oder Altersrent zu erhalten. — **St. 2. 13.** Eine private Bank mit Reichsaufsicht. Das Nähere finden Sie im Reichs-Bürgergesetz, das in 26 der Gesetzbücher Sammlung der Reichsgesetze in den öffentlichen Bibliotheken einzusehen ist. — **St. 2. 1. Ja.** 2. Nein. — **St. 19.** 1. Nein. Verwandte auf- und absteigender Linie sind: Kinder, Enkel, Urenkel usw. und Eltern, Großeltern usw. 2. Jeder. — **St. 2. 32.** Jeder steht ihnen nur ein Anspruch gegen den Richter zu. — **St. 2. 7.** Auch solche Papiere unterliegen den Rückforderungen. Vegen Sie die Erlaubnisse in Reichs- oder preussischer Anleihe oder in Berliner Stadtobligationen u. dergl. an. — **St. 2. 1.** Nein, das ist Privatfische. 2. Nur Organisationsen können solche Beiträge leisten. — **St. 2.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet; Verjährung liegt nicht vor. — **St. 2. 13.** Ihre Frau kann für sich Sachen kaufen, den Eigentumsverwerb möchte sie für den Fall einer Wändung erbringen. — **St. 2. 20.** 37. Ihre Mutter vorbehaltlos Erbini geworden, so erbt sie die Schulden mit. — Die juristische Sprechstunde steht jedem Abonnenten offen. — **St. 23.** So ist es richtig.

Teures Fleisch — billige Seefische!!
Bester Fleischersatz, schmackhaft und durch hohen Nährgehalt sich auszeichnend!
Große Fänge in lebendfrischer Ware sind soeben eingetroffen!

Ein Versuch mit diesen äußerst schmackhaften Fischen ist jeder Hausfrau zu empfehlen.
Seefisch-Kochbücher gratis.
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8—10.
Zentral-Fernsprecher: Amt III, 8304.
Verkaufs-Niederlagen:
Prinzenstraße 30 | Madalstraße 22 | Landsbergerstraße 52-53
(am Moritzplatz.) | (im Schloßischen Bahnhof.) | (der Kurzenstr. gegenüber).

Seefische — Volksnahrung!
Wir notieren die billigsten Tagespreise für
Schellfische in allen Größen
Cabliau, Seelachs, Schollen in allen Größen
sowie für die übrigen Sorten Seefische.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 3153.

Montag, den 20. November, abends 8 1/2 Uhr, in Ledersers Festsaal, Zopfenstraße 31:

Allgemeine Versammlung der Mechaniker, Uhrmacher, Optiker und aller in den Betrieben beschäftigten Kollegen und Kolleginnen.

Tages-Ordnung: 1. Leben und Leiden im Justizhaus und Strafgefängnis. Referent Kollege Pawlowitsch. 2. Diskussion: 3. Verbandsangelegenheiten. Sie ersuchen die Kolleginnen und Kollegen, des interessanten Vortrags halber recht zahlreich zu erscheinen.

Montag, den 20. November, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus (großer Saal), Engel-Ufer 15:

Versammlung der Metallformer und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Bericht und Neuwahl der Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert. Kollegen! Die äußerst wichtige Tagesordnung macht es jedem organisierten Berufskollegen zur Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen. Jede Sichelei muß vollständig vertreten sein.

Montag, 20. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festsaal, Andreasstr. 21:

Klempner-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Redakteur Heinrich Ströbel: Die Partei und die Gewerkschaftsbewegung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Montag, 20. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Lange s. „Siegessäule“ in Königswusterhausen:

Mitglieder-Versammlung für Königswusterhausen, Wildau und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. Zahlreicher Besuch erwartet.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter.

Zweigverein Berlin, Sektion I (Brauereiarbeiter). Geschäftsstelle Berlin C. 54, Lindenstr. 19 I.

Sonntag, 19. November, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus (Saal I), Engel-Ufer 15:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. phil. Günther: „Das Junstwesen in der deutschen Wirtschaftsgeschichte“. 2. Anträge des Vorstandes. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. 4. Bericht des Vorstandes. Zahlreicher und pünktlicher Besuch wird erwartet.

Der Vorstand.

Verband der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen Deutschlands.

(Verwaltungsstelle Berlin u. Umgegend.) Sonntag, den 10. November, nachmittags 4 Uhr, bei Boigt, Ritterstr. 75:

Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Was leitet uns der lehrerlose Kampf der Berliner Elektro-Industrie? Referent: Genosse Pawlowitsch. 2. Verschiedenes. 3. Fragekasten. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 139/10 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung! Vergolder!

Filiale Berlin.

Montag, den 20. November, abends präz. 8 Uhr:

Mitglieder-Versammlung in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20 (großer Saal).

Tages-Ordnung: 1. Berichtserstattung der Vertrauensleute über die Urabstimmung betr. Einschluß an den Holzarbeiter-Verband. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 225/18 Der Vorstand.

Abis: Sonnabend, den 25. November 1905, abends 8 1/2 Uhr, findet in der Neuen Welt eine Vorstellung lebender Photographien statt. Billets a 20 Pf. sind bei den Vertrauensleuten, sowie Vorstandsmitgliedern und in den Kabinettien erhältlich. D. C.

Konsumgenossenschaft von Adlershof und Umgegend.

(E. O. m. b. H.)

Sonntag, den 25. November 1905, abends 8 Uhr, in Reissners Saal, Adlershof, Bismarckstraße, Ecke Adlersgestell:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Geschäftsbericht des Vorstandes. 2. Bericht des Aufsichtsrates. 3. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes. 4. Verteilung des Reingewinnes. 5. Neuwahlen und Ergänzungswahlen des Aufsichtsrates und Vorstandes. 6. Antrag der Verwaltung auf Einschluß der Genossenschaft an die Unterstufungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine. 7. Anträge. Laut § 13 des Statuts müssen Anträge der Mitglieder bis zum 16. November in die Hände des Vorstandes kommen. Ohne Legitimationskarte oder Mitgliedsbuch kein Eintritt. Der Vorstand: Hermann Hildebrandt, Wilhelm Kohl, August Söke.

Friedrichsfelde.

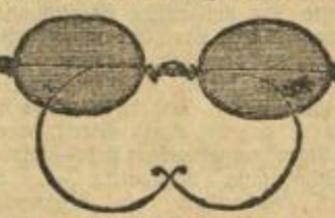
Rauchklub „Fidele Brüder“ (R. d. F. B.)

Sonntag, den 19. November, im Lokal von Bube, Prinzen-Allee 30:

Fahnenweihe.

Ein reichhaltiges Programm, bestehend aus Theater-Aufführungen, Reigenfahrten, Tanz, sorgen für Unterhaltung der Gäste. — Regen Zuspruch von Freunden und Gönnern des Vereins erbitet. Das Komitee.

Weltbekannt sind Rathenower Augengläser.



Echt Rathenower Brillen 1,00
Pincenez (echt Nickel) M. 1,50
„ Double . . . 5,00
„ Gold . . . 12,00
„ Schildpatt . . . 4,50
Opern- u. Reisebrillen v. 6,00 an
garant. gute
Parometer, Werke, von 6,00 an

A. Grün, Optiker, Brunnen-Straße 4 am Rosenthaler Tor.

Pelzstolas

(Reifeinstzer) werden einzeln an Private billig abgegeben.

Fabrik S. Gärtner & Co. Markusstr. 50, Werkhof.

Geschlossen von 1 bis 3 Uhr. Abends bis 8 Uhr.

4015

Eine Mark

wöchentliche Teilzahlung liefert elegante fertige Herren-Garderoben.

Ersatz für Maß.

Anfertigung nach Maß. Tadellose Ausführung.

Julius Fabian, Schneidermeister, Große Frankfurter Str. 87, II. Eingang Straußberger Platz.

Orts-Krankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe.

Sonntag, den 25. November, abends präzise 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal 3):

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Wahl von 4 Mitgliedern (Arbeitnehmer) zum Vorstand für 1906 bis 1907. 2. Wahl von 2 Arbeitgebern zum Vorstand für 1906-1907. 3. Wahl des Rechnungsabwärters (2 Arbeitnehmer und 1 Arbeitgeber) zur Prüfung der Jahresrechnung von 1905. 4. Verschiedenes. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird gebeten. 277/13

Der Vorstand. U. N.: Ernst Davidhäuser, Vorsitzender. Hugo Herz, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder

und verwandter Gewerbe. Delegiertenwahl.

Auf Grund der §§ 18 und 49 des Statuts findet am Sonntag, den 26. November, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal III, die Wahl der Vertreter der Kassensmitglieder zur

General-Versammlung

statt. Die Wahl beginnt morgens 10 Uhr und endet um 2 Uhr nachmittags. Zu wählen sind 300 Vertreter der Kassensmitglieder. 277/15

Zustimmungsbuch legitimiert.

Weiter findet am Dienstag, den 5. Dezember 1905 die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber im

Restaurant „Felsenkeller“, Zuffen-Ufer 17, statt.

Die Wahl beginnt um 6 Uhr und endet um 8 1/2 Uhr.

Zu wählen sind 143 Vertreter der Arbeitgeber. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Bernh. Roth, Vorsitzender. Georg Bähler, Schriftführer.

Stola Muffen

etc. etc. Nur eig. Fabrikat. Große Auswahl.

Kalman, Dresdenerstr. 75 vorn II.

2. Haus v. Thalia-Th. Kein Zwischenhändler. Verk. auch Sonnt. u. Wochent. p. 9U. ab.



Jeder Leser!!!

des „Vorwärts“, welcher Wert darauf legt, zum Winter einen eleganten Anzug, Paletot, Joppe

fertig und nach Maß zu tragen, versäume nicht, seinen Bedarf zu decken bei

LESKE & LEHRER

78 Kottbuser Damm 78

Spezialgeschäft eleganter Herren- und Knaben-Bekleidung

fertig und nach Maß.

Unsere Grundsätze: Wir verarbeiten nur gute, reelle, ausgeprobte Stoffe. Wir haben in sämtlichen Abteilungen enorme Auswahl. Wir achten auf tadellose Verarbeitung und guten Sitz. Wir werden stets das Neueste zum Verkauf bringen. Wir verkaufen zu billigen, aber streng festen Preisen. Wir haben auf jedem Gegenstand den festen Verkaufspreis mit Zahlen vermerkt.

Bitte beachten Sie genau Firma und Hausnummer.

Original-Insert! Nachdruck verboten.

Bitte, verlangen Sie unseren Gratis-Kalender!

Weihnachts-Prämie für unsere Leser!

Wir sind in der Lage, unserem Leserkreis in diesem Jahre als Weihnachtsprämie:

Fritz Reuters sämtliche Werke

in einer neuen illustrierten Prachtausgabe

zwei Bände, elegant in Halbleinen gebunden, Groß-Oktav-Format, circa 1200 Seiten, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschem Wörterbuch

zu dem außerordentlich billigen Preise von **3.- Mark** abzugeben.

Die Ausgabe ist gut ausgestattet, sie enthält gelungene Illustrationen, klaren Druck und gutes Papier.

Bei der großen Beliebtheit, deren sich dieser Volksdichter erfreut, dürfte die Nachfrage eine sehr rege sein, so daß wir unseren Lesern empfehlen, ihren Bedarf möglichst bald zu decken. Das vorstehende Werk ist zu beziehen durch unsere Hauptexpedition **Vindensstraße 69** im Laden und durch sämtliche Partisexpeditionen.

Weiter empfehlen wir die zweite Auflage des Buches:

Gesundheitsschutz

in Staat, Gemeinde und Familie.

Herausgegeben unter Mitwirkung von Keryen und Hochgelehrten von **Emanuel Dürm**. 824 Seiten Groß-Oktav mit 10 Tafeln und 134 in den Text gedruckten Abbildungen.

Das Werk ist ein vorzüglicher Ratgeber im Hause, ein Wegweiser in allen Fragen der Hygiene, von der sachmännischen Presse gut besprochen und kann jedem Arbeiter zur Anschaffung bestens empfohlen werden.

Der Preis des elegant gebundenen Buches beträgt nur **4 M.**, die erste Auflage kostete **6.70 M.**

Expedition des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Orts-Krankenkasse d. Handschuhmacher

und verwandter Gewerbe zu Berlin.

Am Sonntag, den 25. November, abends 8 1/2 Uhr, findet die

Mitglieder-Versammlung

im Lokal Prothmann, Veteranenstraße 18, statt.

Tages-Ordnung: 1. Wahl von 23 Delegierten für das Jahr 1906. 2. Verschiedenes.

Die wahlberechtigten Mitglieder und deren Arbeitgeber werden ersucht, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Hieran anschließend findet in demselben Lokale die

Ordnl. General-Versammlung der Delegierten

statt. Tagesordnung: 1. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern, Arbeitgeber. 2. Wahl von 2 Vorstandsmitgliedern, Arbeitnehmer. 3. Wahl von 3 Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1905. 4. Verschiedenes.

Berlin, den 18. November 1905. Der Vorstand. 4775

U. N.: H. Hinz, Vorst., Weitzen-allee 53.

Gute Schuhwaren

werden, weil immer 53/12* große Posten unter Preis eintreffen,

enorm billig verkauft

Wienerstraße 15, am Görlitzer Bahnhof.

Franko Berlin.

Nachlässe, 7 Zentimeter stark, gleichviel welcher Nummer, pro Satz 1.10 bis 1.15 M., sowie alle sonstigen Drechslerarbeiten empfiehlt die **Pattburger Drechslerwaren-Fabrik**, G. m. b. H. Pattburg i. Schlesw.-Holst.

Carl Stier

Fabrik für Herren- und Knaben-Garderobe.
 Berlin SO. Oranienstr. 166
 Berlin W. Potsdamerstr. 113a
 POTSDAM, Nauener Straße 23.



Winter-Paletots ein- und zweireih. Form, v. Eskimo, Cheviot od. Poulé, einfarb., meliert, gestreift oder kariert, auf Plaidfutter, Seide oder Plüsch gearbeitet, tadelloser Sitz und beste Verarb., vollständ. Ersatz f. Maßanfertigung. 20, 22, 50, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65 und 70 M.

Winter-Ülster a. mod. engl. Fantasiestoffen auf gutem Plaidfutter, 30 u. 40 M.

Pelerinen-Mäntel zweir. Form, m. langer abknöpfer Pelerine und Taillenriegel, v. gut. Loden, dunkelgr., bräunl. od. grünlich, 25, 35 u. 40 M.

Kaiser-Mäntel zweir. Form, m. breit. Umklappkragen, Mufftaschen und Taillenriegel, v. schwerem Loden, grau, marengo od. grünlich meliert, 20, 25, 30 und 40 M.

Winter-Joppen zweir. Form, v. Loden, m. warm. Futter, dunkelgr., bräunlich od. olive meliert, 7, 50, 9, 10, 50, 12, 14, 15, 16, 50, 18, 20 u. 25 M.

Große Weiten für extra starke Herren stets vorrätig.

Sämtliche Artikel sind für jede Figur passend auf Lager und werden etwaige kleine Änderungen, da solche nicht immer ausgeschlossen, koste los von sachkundigen Personen ausgeführt.

Knaben- und Burschen-Anzüge

Paletots, Joppen und Hosen in größter Auswahl zu billigsten Preisen.

Die Abteilung für Maß-Anfertigung ist mit allen Neuheiten der Winter-Saison ausgestattet und geschieht die Anfertigung in vollendet schöner Ausführung, unter Garantie für guten Sitz zu billigsten Preisen.

Verkauf nur gegen Barzahlung.

Illustr. Katalog versende gratis und franko.



Steffe schwarze Hüte mit Futter von Mk. 1,75 an
 Weiche Herrenhüte mit Futter von Mk. 1,50 an.
 Alles bis zu den feinsten Haarfilzqualitäten in sehr grosser Auswahl.
 Lodenhüte, Jagdhüte, Cylinder, Chap. cliques etc.



Herrn-, Kinder-Mützen und Damen-Mützen.
 Aussergewöhnlich reichhaltige Auswahl v. den billigsten bis z. d. feinsten Sorten
Oscar Arnold
 Grösstes Special-Geschäft für Hüte, Mützen u. Pelzwaren
 Export kein Laden
 nur **Dresdenerstr. 116**
 Einzelverkauf zu erstaunend billigen Preisen.

KNORR'S Suppentafeln u. Erbswurst.

S. Piket
 jetzt nur: 44 Prinzenstraße 44
 Laden und I. Etage
 empfiehlt sein reichhaltiges Lager in
Monats-Garderobe
 sowie neuer Garderobe zu bekannt billigen Preisen.
 Winter-Paletots v. M. 7,00 an. Joppen v. M. 4,50 an.
 Anzüge von M. 8,00 an. Hosen von M. 2,00 an.
 Bitte genau auf No. 44. Laden, zu achten!

Lagerbierbrauerei E. Haase Breslau

Größte Privatbrauerei im Königreich Preußen.
 Letzter Jahresumsatz **321882 Hektoliter**

empfiehlt ihre nur aus feinsten Mals- und Hopfenqualitäten hergestellten Biere, als:
Haase hell und dunkel
Haase-Pilsener
Haase-Märzen
Haase-Bock (nur während der Wintermonate).

in Gebinden und Flaschen.
 Die Haase-Biere wetteifern in Wohlgeschmack und Bekömmlichkeit mit den echten Bieren und sind diesen im Extraktgehalt vollkommen ebenbürtig.
 Die Haase-Biere repräsentieren einen Biertypus, der weit über Schlesiens Grenzen hinaus und besonders auch in der Reichshauptstadt sich einen hervorragenden Ruf erworben und erhalten hat.
 Bestellungen werden an die hiesige Niederlage

Tel. Amt VII 3311 **Berlin O.** Tel. Amt VII 3311
 Mühlenstraße 73/74
E. Haase.
 oder an die Bierfahrer erbeten.

Achtung! Vereine, Gewerkschaften!

Dem verehrten Publikum, Vereinen und Gewerkschaften sowie allen Freunden und Bekannten zur gef. Kenntnisnahme, daß ich das herrlich an der Oberspree gelegene, mit Veranden und Hallen versehene circa 15 000 Personen fassende Etablissement **Hasselwerder** käuflich erworben habe. — Sequem vom Bahnhof Nieder-Schöneweide—Johannisthal in 5 Minuten zu erreichen. Dampfananlegestelle der Stern-Gesellschaft. 4900L*

Ausspannung für 200 Pferde. Im großen Saale jeden Sonntag: Ball. 6 Kegelbahnen.
 △△△△ Volksbelustigungen aller Art. △△△△
 In meinen Festhallen Rüdersdorferstr. 45 setze ich mein Geschäft bis zum 1. Oktober 1906 unverändert fort.
Albert Scheruch, Rüdersdorferstr. 45.

Anerkannt sehr leistungsfähig * Stahlwarenfabrik. ●●
 ist die firma Versandhaus I. Ranges

Gebrüder Rauh, Gräfrath bei Solingen.

Nachstehende Gegenstände **30 Tage zur Probe!** Jedes Stück wird einzeln abgegeben und franko versandt.
 Elegant! Praktisch! Billig!

Portemonnaie mit Kautschukstempel unter Extraverschluß im Schloß.
Herren-Nickel-Uhrkette unter Garantie stets weiß bleibend, mit den Symbolen **Glaube, Liebe und Hoffnung.** Mittelstück mit 2 bunten Steinen, Anhänger mit fein bunt emailliert Stern, ganze Länge ca. 27 cm, zum Preise von **nur M. 1.90** per Stück franko.



Abbild. in halb. nat. Größe.
 Außergewöhnlich billiges, aber doch gutes u. dauerhaft. Stempelportemonnaie mit herausnehmbarem Kautschukstempel mit Farbkissen im Schloß. Das Schloß ist schön flach, die Stempelinrichtung so verdeckt, daß das Portemonnaie aussieht wie jedes andere einfache Portemonnaie, auch nicht dicker ist als ein solches. Der Stempel wird mit beliebiger Inschrift nach Angabe extra angefertigt und kann die volle Adresse des Bestellers enthalten und ist so stets zur Hand, um Briefe, Kuverts, Karten, Bücher etc. stempeln zu können.
No. 7200.
 Havannafarbig saffianart. Leder, aus einem Stück gearbeitet mit Adlerpressung auf der Klappe, 4 Fächer u. Zahltasche, Bügel u. Schloß fein vernickelt, 7 cm hoch, 9 cm breit, elastisch fertigem Stempel, Farbkissen, Farbe und Pinsel nur M. 2.— per Stück franko.

Garantieschein. Nichtgefällende Waren tauschen wir bereitwilligst um oder zahlen Betrag zurück.
 Umsonst und portofrei ohne Kaufzwang versenden wir auf Wunsch an jedermann unsere neuesten illustrierten **Pracht-Katalog**, über 5000 Gegenstände enthaltend, und zwar: alle Arten Solinger Stahlwaren, Haus- u. Küchengeräte, Werkzeuge, Luxusartikel, Waffen, optische Waren, Bijouterie, Gold- und Silberwaren, Uhren, Lederwaren, Pfeifen, Zigarren, Stöcke, Schirme, Musik-Instrumente, Kinder-Spielwaren und viele andere Artikel in größter Auswahl.
 Wir bemerken noch, daß nur elegante, gediegene und preiswürdige Ware zum Versand kommt.
 Ueber 5000 lobende Anerkennungs-schreiben bestätigen Güte und Qualität unserer Waren.
 So schreibt Herr Kraus: „Teile Ihnen unangefordert mit, daß ich mit der gelieferten Ware von Ihrer w. Firma sehr zufrieden bin. Dieselbe ist solide gearbeitet und übertrifft weit Erzeugnisse anderer Fabriken, was Ausführung und Preis betrifft.“
 (gez.) Hugo Kraus.
 Bei größeren Sammel-Anträgen Extra-Vergünstigungen.

Eine Mark
 wöchentliche Teilzahlung liefert eleg. fertige 4957L*
Herren-Moden
 Bestellung, n. Maß, tadell. Ausf. hr. in eigener Werkstatt. —
 Spezial-Geschäft für **Herren-Bekleidung.**
 Kein Waren-Kreditband.
J. Kurzberg,
 An der Jannowitzbrücke 1
 direkt am Bahnhof.

Spezial-Geschäft für Uhren.

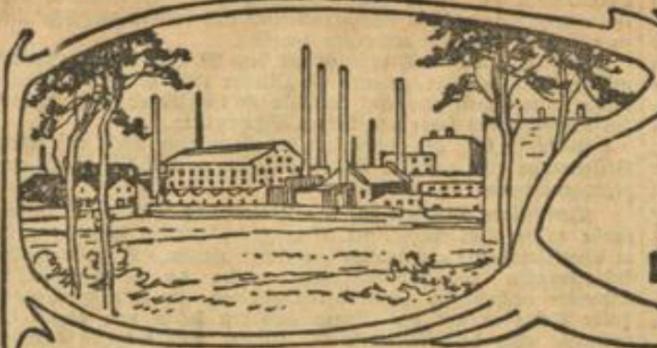
 1 neue Uhr Peter Ia 75 Rfg.
 1 neue Uhr Peter Ia 15 Rfg.
 1 neue Uhr Peter Ia 10 Rfg.
 Neue Uhren in größter Auswahl genau repariert. (200/9*)
E. Möbis,
 14 Beuthstrasse 14
 (am Spittelmarkt).
 2 Gehöft: Koppenstr. 82.

Gegründet 1864.
Pelzwaren-Fabrik
S. Schlesinger
 Neue Königstr. 21, II (Ordonanzhaus.)
 Einzelverkauf wie alljährlich nach beendetem Engros-Saison.
Reisemuster bestehend in:
Pelz-Stolas, Kollern, Muffen etc. zu fabelhaft billigen Preisen.
 Sonntag geöffnet.

Enorm billig
 gelangen in dieser Woche tags, b. 9, Sonntag bis 2 Uhr zum Verkauf die aus letzter Saison zurückgewaschenen, nur hochvernehmen Herren
Anzüge Paletots
 diese feinsten Masentoffen gefertigt worden. . . 12-30 M.
 Rock, Gehrock-Anz. 20-42 M.
 Kl. Herrenhosen . 7-12 M.
 Echtes Lodenjoppe . 7-12 M.
 Deutsches Versandhaus, Jägerstr. 63, I Troppe.

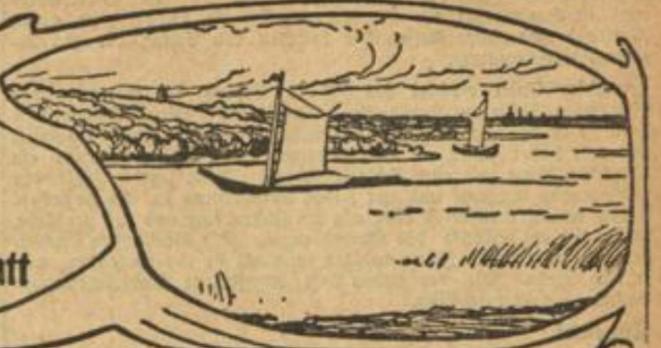
Nathan Wand
 129 Stallstr. 129.
 Die schönsten 50202*
Herren-Winter-Paletots und Anzüge in neu (sowie spezial) **Monats-Garderobe**
 von Kavaliere getragene Sachen, fast neu, für jede Figur passend, speziell Waagenanzüge sind in großer Auswahl stets zu staunend billigen Preisen zu haben.
Nathan Wand
 129 Stallstr. 129.
 S-Bahnstation Rottbuscher Tor.
 Bitte auf Hausnummer zu achten.

Greift zu!
 Monats-Anzüge . . . v. 8,50 an
 Abonnements-Anzüge . . . 9,50
 Monats-Paletots . . . 9,50
 Joppen . . . 5,50
 Partie-Anzüge, teils mit unmerklichen Fesseln . . . 10,50
 Anzüge, Ersatz für Jagd . . . 20,00
 Stamm-Def. od. Jadedits . . . 3,00
 Alles auch für populäre Figuren!
 Getragene Kleidungsstücke von Kavaliere, Reitenden, aus den feinsten Werkstätten Berlins, teils von Hoflieferanten, kolossal billig.
 Straßenbahn-Verbindung!
 Bitte **Zentral-Keller, Berlin,** an der **35 Neanderstr. 35,** gegenüber der **3. Minut. v. Stadtbahn Jannowitzbrücke**



Horror

Beilage des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt



Redaktion und Expedition:
Berlin, Lindenstr. 69. Fernsprecher: Amt IV, 1983.

Nr. 271. Sonnabend, den 18. November 1905.

Inserate Sechsgelaltene Kolonelleite 20 Pf.
Bei größeren Aufträgen entsprechenden Rabatt.

Partei-Angelegenheiten.

Reinickendorf-Ost. Das Herbstvergügen der Reinickendorfer Genossen findet heute in dem neu renovierten Saale des Herrn Leder, Residenzstr. 1, statt. Das reichhaltige und sorgfältig zusammengestellte Programm macht das Erscheinen aller zur Pflicht. Da öffentliche Kasse nicht stattfindet, sind Billets zum Vergnügen nur bei den Bezirksführern und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.

Schneidewitz. Am Sonntag, den 19. November, nachmittags 4 Uhr, findet bei Götsch eine Volksversammlung statt. Es ist Pflicht der Genossen, pünktlich und zahlreich mit ihren Frauen zu erscheinen. Der Vorstand.

Vorort-Nachrichten.

Die Große Berliner und die Vororte.

Die Bedingungen, welche die Große Berliner Straßenbahngesellschaft an jene Vororte stellt, die Anschluss an das Berliner Straßenbahnnetz nachsuchen, werden immer schärfer. Während die Straßenbahngesellschaft früher bei dem Ausbau der Linien nach den Vororten bedeutende Verpflichtungen den Gemeinden gegenüber übernahm, so die Herstellung und Unterhaltung des Straßenpflasters neben und zwischen den Geleisen, fordert sie heute von den Vororten die Übernahme einer Garantie, welche durchschnittlich 40 Pfennig pro Wagen und Kilometer der zu befahrenden Strecke beträgt. Der Verkehr innerhalb der Vororte entspricht natürlich nicht annähernd dem Verkehr in Berlin und den Hinweis der Vororte, daß ihre Gemeindeglieder auch in Berlin selbst, bei der Ausübung ihrer Berufspflichten u. d. Straßenbahnlinien benutzen, kann die Gesellschaft nicht veranlassen, weniger hohe Forderungen zu stellen. — Neuerdings hat die Gemeinde Rosenthal mit den Kolonien Nordend und Wilhelmshagen den Antrag gestellt, eine der in Reinickendorf endenden Linien nach dort zu verlängern. Die Straßenbahngesellschaft ließ sofort die nötigen Vermessungen vornehmen und erkannte das Vorhandensein eines Verkehrsbedürfnisses an, denn Rosenthal ist neben Krummelsburg der einzige Ort innerhalb des Rejnpsenlitaris der Eisenbahn, welcher noch keine Straßenbahnerbindung aufweist. Dem verlangt aber die Straßenbahn von Rosenthal nicht nur die Übernahme der Garantie, sondern auch die Verbreiterung der Hauptstraße des Ortes. Sofern die Gesellschaft nach den Vororten überhaupt noch hinausgeht, sollen die Gemeinden jetzt auch vorher noch dafür Sorge tragen, daß die in Betracht kommenden Straßen so breit sind, daß die Straßenbahngleise von dem übrigen Fußverkehr nicht getrennt werden, eine Forderung, welche selbst in der Stadt Berlin nicht überall durchzuführen ist. — Diese Bedingungen der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft zu erfüllen, wird den meisten Vororten kaum möglich sein und somit kommen die neuen Verkehrsprojekte nur noch selten zur Ausführung.

Charlottenburg.

Liberaler Kampfweg. Wie tief die Liberalen Charlottenburgs gesunken sind, beweist die Haltung der Charlottenburger „Neuen Zeit“, des Moniteurs der liberalen Stadtverordnetenfraktion. Die Art und Weise, wie dieses Sudelblatt den Stadtverordneten-Stichwahlkampf führt, übertrifft an Ekel erregender Gemeinheit selbst die von gewerbsmäßigen Verleumdern redigierten Blätter. Sachlich zu kämpfen ist dem liberalen Organ und seinen Hintermännern unmöglich, denn die Herrgen mühten dann ja zugeben, daß die Liberalen Stadtverordneten für jede noch so unsoziale und reaktionäre Maßnahme zu haben sind und daß einzig und allein die Sozialdemokraten im Stadtparlament freiheitliche und soziale Gedanken vertreten. So greift denn das Blatt in seiner Verlegenheit zur Verbreitung der albernsten Lügen, wobei es sich nach Art der frommen „Germania“ auf die berüchtigte Goerlsche Broschüre beruft und nach Kräften noch einiges hinzuzuschwindelt. Es spricht von einer „erschreckenden Korruption“ in der sozialdemokratischen Partei Charlottenburgs, von Verhältnissen, wie man sie nicht für möglich halten sollte, von gewissen sozialdemokratischen Agitatoren in Charlottenburg, die sich von den sauer erworbenen Arbeitergroschen mästen und mit den infamsten Mitteln arbeiten, um sich große pekuniäre Vorteile zu sichern. Warum nennt das Organ der Liberalen Wiederleute diese angeblichen Agitatoren nicht mit Namen, warum äußert es sich nicht deutlicher über die angebliche Korruption? Solche allgemein gehaltenen Verdächtigungen in die Welt zu schleudern, ist nicht Brauch bei Leuten, die auf den Namen anständiger Menschen Anspruch erheben. Wir fordern ferner von dem liberalen Blatt Beweise für die von ihm angebotenen Vorgänge bei Gründung des sozialdemokratischen Volkshauses sowie für die „Schurkenstreiche“, die hervorragende Sozialdemokraten in Charlottenburg begangen hätten. Deran mit der Sprache! Auch uns liegt daran, diese Parteigenossen kennen zu lernen.

Weiter fragen wir, welche sozialdemokratischen Parteiführer in Charlottenburg durch die Goerlsche Broschüre bloßgestellt werden. Nur dunkle Andeutungen finden sich in der Broschüre und als im Anschluß daran die „Germania“ unter Namensnennung von einem Genossen ehrenrührige Behauptungen aufstellte, hat dieser Genosse sofort die Beleidigungsklage erhoben. Der Prozeß ist noch nicht entschieden. Das weiß auch die „Neue Zeit“, denn sie hat selbst darüber berichtet. Aber trotzdem wagt das Organ des vornehmen Bürgertums die unverschämte Behauptung, daß kein sozialdemokratischer Parteiführer einen Beleidigungsprozeß angestrengt hat. Es läßt ferner, wenn es sagt, die Verbreitung der Goerlschen Schrift sei verhindert worden, damit die Arbeitermassen in Charlottenburg nicht erfahren, wie es in der Sozialdemokratie zugeht; man habe Goerle eingeladen, wieder eine Rolle in der Partei zu spielen, man habe ihm finanzielle Vorteile aus Arbeitergroschen zugeschanzt, nachdem er zu streun geirrt war und von der Veröffentlichung einer schon angeklagten zweiten Broschüre Abstand genommen hatte. Wort für Wort eine Lüge, darauf beruht, daß die Arbeiter in der Stichwahl gegen die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen werden.

In einem zweiten Artikel schlägt das edle Blatt sogar auf der Verurteilung des Lagerhalters eines Konsumvereins in Dirschberg wegen Diebstahl Kapital gegen die sozialdemokratische Partei Charlottenburgs, natürlich auch wieder unter Verührung auf die Goerlsche Schrift. Gibt es eine ekelhaftere, verleumderischere, gemeinere Kampfmethode? Eine so niederträchtige Schmähung hätten wir selbst unseren liberalen Gegnern nicht zugeworfen.

Zu diesen Verleumdungen kommt noch eine Reihe weiterer Verdrehungen und Verdächtigungen. So wird dem Genossen Jubelil der Ausspruch in den Mund gelegt, die Sozialdemokratie behandle ihre Angestellten schlimmer als die erbärmlichsten Lohnsklaven. Natürlich hat Jubelil solchen dummen Ausspruch niemals getan. Mit solch torientem Geschwätz will man die Wähler gewinnen, deren Ehrenpflicht es sein soll, gegen die sozialdemokratische Klassenpartei und für die „auf die Förderung des Allgemeinwohls hinwirkenden liberalen Kandidaten“ zu stimmen.

Rum, die Charlottenburger Arbeiterkraft wird sich durch solche Lügen nicht von der Erfüllung ihrer Pflicht abhalten lassen, sie wird am 20. November den Verleumdern die Antwort erteilen, indem sie dafür sorgt, daß auch der letzte Mann von seinem Wahlrecht Gebrauch macht und durch die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten dem Uebermut und Größenwahn der Liberalen einen Dämpfer aufsetzt.

Rixdorf.

Ein Schiffungsluk hat sich gestern nachmittags im Rixdorfer Schiffahrtskanal ereignet. Im Hafen der städtischen Gasanstalt waren auf dem Kahn des Schiffseigentümers Otto Helbig - Breslau Arbeiter mit dem Ausladen von Kohlen beschäftigt. Die Kette des Strahns, in welchem die Kohlen hochgehoben wurden, riß plötzlich entzwei und der vollbeladene Greifer stürzte mit solcher Gewalt in den Kahn hinunter, daß dessen Boden durchschlagen wurde. Einer der Arbeiter, der unter dem Strahn gestanden hatte, konnte sich durch einen geschickten Seitenprung retten. Das Fahrzeug, das noch 400 Zentner Kohlen barg, begann nun sofort zu sinken. Nur mit knapper Mühe und Not vermochten sich die Schiffer in Sicherheit zu bringen. Mit der Debung des gesunkenen Schiffes wurde sobald als als möglich begonnen.

Ein glückliches Ende nahm ein aufregender Unglücksfall, bei welchem gestern zwei Menschenleben in Gefahr schwebten. Vom Hermannplatz kommend fuhr gegen Abend zwei Radler, der Schlosser Otto Hollmann, Rindenerstr. 69, und der Arbeiter Paul Vitz, Richardplatz 2 wohnhaft, durch die Berlinerstraße in Rixdorf. An der Ecke der Reichelsstraße stießen die Radfahrer zusammen und die beiden Radfahrer wurden auf den Strahndamm geschleudert. Direkt hinter ihnen war ein Wagen der hiesigen Weibierbrauerei gefahren und infolge des kurzen Zwischenraumes gelang es dem Radfahrer nicht mehr, das Gefährt rechtzeitig zum Stehen zu bringen. Pferde und Wagen gingen über die zwei Verunglückten hinweg und es ist geradezu als ein Wunder zu betrachten, daß sie nur mit leichten Hautabschürfungen davonkamen.

Britz.

Am Dienstag, den 14. November tagte eine Mitglieder-versammlung des Wahlvereins, in welcher Genosse Max Schütte über das Thema „Zwei Hochpfeile“ referierte. Der Referent schilderte das Leben und Treiben des zur Zeit der Demagogenvorfahrungen in der Schweiz wirkenden preussischen Polizeispions Ludwig Leising, sowie die Tätigkeit des Hochpfeils Rud. Aug. Wolff während der Zeit des Sozialistengesetzes.

Alsdann gab Genosse Händel einen ausführlichen Bericht von der Generalversammlung des Zentral-Wahlvereins. Die sich diesem Bericht anschließende Diskussion war eine äußerst rege und befaßte sich zum größten Teil mit der „Vorwärts“-Affäre. Während die Genossen Händel und Soldner das Verhalten des Parteivorstandes und der Funktionäre den Redakteuren gegenüber entschieden verurteilten, glaubten die Genossen Schröder und Ernst die Schuld an dem „Vorwärts“-Skandal den entlassenen sechs Redakteuren beimesen zu sollen. Durch einen zur Annahme gelangten Schlußantrag wurde die Diskussion beendet; dieselbe soll jedoch auf einer demnächst stattfindenden außerordentlichen Mitglieder-versammlung fortgesetzt werden.

Wilmerdsdorf.

In der am Dienstag stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung des Wahlvereins wurde die in voriger Woche abgebrochene Diskussion über die „Vorwärts“-Affäre fortgesetzt. In der letzten Versammlung war beschlossen worden, Genossen Jubelil einzuladen. Jubelil hatte dieser Einladung auch Folge geleistet und führte aus, daß er trotz verschiedener Angriffe seine Stellungnahme in dieser Sache nicht geändert habe. Des näheren legte er seinen Standpunkt und die Entstehung der Resolution Südekum-Jubelil dar, die nun die des Kreises sei. Was die Resolution der Wilmerdsdorfer Genossen betreffe, so mögen sie selbst diese auf der nächsten Generalversammlung vertreten, er nehme den Genossen auch ihre Stellung nicht übel. Er febe seit 40 Jahren in der Bewegung und bringe stets eigene Meinung zum Ausdruck. Von großer Bedeutung halte er, wenn der „Vorwärts“ seinen Charakter als Zentralorgan verliere; wiederholten die Berliner Genossen diesen Antrag nicht, so werde er von hundert anderen Stellen eingekracht werden. Redner empfiehlt die Ablehnung der Resolution, die sich mit den Redakteuren beschäftigt.

Genosse Radle fürchtet nicht die Folgen der Resolution. Das Vorgehen der Redakteure sei zu verurteilen. Die Stimmen der Parteipresse seien zum größten Teil fleisch von ihrem fleisch. Redner bespricht noch des näheren den Bericht über die Abchiedsfeier der Redakteure in der „Wäandener Post“.

Genosse Jakobien schließt sich inhaltlich dem Vordredner an und tritt für die eingebrachte Resolution ein.

Genosse Schröder gibt eine nähere Erklärung der Horcher-affäre. Einen gegen Wehring gebrachten Ausdruck nehme er zurück. Im weiteren gibt er der Meinung Ausdruck, daß die ganze Sache eine andere Regelung hätte finden können. Nachdem Genosse Gieseler in seinem Schlußwort noch einmal die Affäre eingehend beleuchtet hatte, kommt es zur Abstimmung über die vorliegenden Resolutionen. Dieselben lauten:

Resolution I

Die am 8. November im Volksgarten, Berlinerstr. 40, tagende Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins Wilmerdsdorf nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Verhandlungen der am 20. Oktober 1905 abgehaltenen Generalversammlung des Kreises Teltow-Beeskow in der „Vorwärts“-Angelegenheit. Sie bedauert auf das lebhafteste die Abstimmung über die vom Genossen Jubelil und Südekum gestellte Resolution, da der Generalversammlung bis zu diesem Tage nur einseitiges Material vorlag.

Des weiteren beurteilt die Versammlung die tendenziösen, un-demokratischen Äußerungen des Genossen Beyler, welche geeignet waren, den Parteivorstand in der Öffentlichkeit herabzusetzen und den einzelnen Parteigenossen die Parteiarbeit zu vereiteln. Die Reden der Genossen Südekum und Wehring waren nach dem Bericht des „Vorwärts“ und der Berichterstattung der Delegierten nicht geeignet, das angebliche Unrecht des Parteivorstandes und der Preßkommission zu brandmarken,

sondern lieferten nur für die bürgerliche Presse willkommenes Material. Ferner erklärt die Versammlung, daß die dort wider Erwarten betretene Ansicht vom Genossen Südekum nicht diejenige der Wilmerdsdorfer Genossen ist und protestiert auf das energischste dagegen, daß der Genosse Südekum als Unbeteiligter in einer Angelegenheit, zu der nur einseitige Informationen vorliegen, in seiner Art Sensation zu machen beliebt.

Resolution II

Die am 8. November tagende Generalversammlung des Wahlvereins von Wilmerdsdorf hat durch den sogenannten Aufklärungsartikel der ehemaligen „Vorwärts“-Redakteure sowie durch die Denkschrift des Parteivorstandes und der Preßkommission und die sich hieranschließenden unwürdigen Preßpolemiken von der „Vorwärts“-Affäre Kenntnis genommen und bedauert auf das lebhafteste, daß in der jetzigen ersten politischen Zeit, in der alle Kräfte vereint gegen den gemeinsamen Feind gerichtet sein sollten, eine innere unsehbare Parteilache zu einem großen literarischen Skandal ausgeartet ist. Nach den vielen Berichten der Preßkommission war allgemein bekannt, daß eine Änderung im Zentralorgan seit mehreren Jahren empfohlen wurde, diese aber nur dadurch möglich wäre, wenn ein Personalwechsel unter den dort beschäftigten Redakteuren stattfände würde. Auch die Vertreter unseres Kreises haben in mehreren Versammlungen, so u. a. noch auf der Generalversammlung in Teltow, diesen Standpunkt vertreten.

Die Generalversammlung beurteilt daher auf das allerhöchste die voreilige Flucht der beteiligten Redakteure in die Öffentlichkeit. Dieselben haben durch diese unparteiensittliche Handlungsweise gezeigt, mit was für Eigenschaften die Männer ausgestattet sind, denen die Parteigenossen ihr Vertrauen geschenkt und die sie auf einen der ersten Posten der Partei gestellt hatten. Durch Ignorierung der bestehenden Instanzen zwecks unwürdiger Sensationshabe hat die bisherige Redaktionsmehrheit der Welt ein Gaudium, der Partei unermesslichen Schaden und sich selbst eine unsterbliche Blamage bereitet. Weiter protestiert die Versammlung gegen die eingeschlagene Kampfsmethode der sechs Redakteure gegen die Aufsichtsinstanzen, wodurch alte verdiente Parteigenossen in häßlicher Weise in den Schmutz gezogen wurden. Desgleichen erachtet es die Versammlung als eine infame Handlungsweise, wenn von den betreffenden Redakteuren oder von ihnen befreundeter Seite Sensationsnotizen an die Parteipresse im Lande verschickt werden, um dadurch in bewußt einseitiger und gehässiger Art gegen die ihnen unfeindlichen Parteigenossen Stimmung zu machen. Die Versammlung ist auch empört darüber, daß die bisherige Redaktionsmehrheit so wenig demokratischen Takt besaß, daß sie die Redaktionsminorität während des Zusammenarbeitens in ihrer freien Meinungsäußerung unterdrückte. Die nachträgliche Anklage der sechs Redakteure, daß sie durch das Vorgehen des Parteivorstandes in ihrer freien Willensbetätigung gehindert wurden, kann gar nicht ernst genommen werden und kennzeichnet nur das eigenartige Verhalten der Redakteure als Sozialdemokraten, die sie sich so selbst für un geeignet erklären, als Führer zu dienen.

Endlich erklärt sich die Versammlung mit den vom Parteivorstand und der Preßkommission getroffenen Maßnahmen ganz einverstanden und geneigt diese Instanzen nach wie vor ihr volles Zutrauen.

Die Resolution I gelangte mit allen gegen 16, die Resolution II mit allen gegen 14 Stimmen zur Annahme.

Nowawes-Neuendorf.

Bei der am Mittwoch, den 15. d. M., stattgefundenen Wahl der Delegierten zur Orts-Krankenkasse legte die Liste der freien Gewerkschaften mit 440 Stimmen über die die Gewerksvereiner, welche nur 157 Stimmen aufbrachten.

Schmargendorf.

Hier tagte am Mittwoch eine gutbesuchte öffentliche Versammlung, in der Genosse Kiese-Verlin über die Fleischhölle referierte. Die Versammlung folgte den Ausführungen Kiesel's mit regem Interesse und nahm folgende Resolution an:

„Die heute am 15. November in Schmargendorf, „Café Wein“, tagende öffentliche Versammlung protestiert gegen die augenblickliche Fleischsteuerung, die veranlaßt wird durch die Interessenpolitik des agrarischen Junkertums, und verlangt die unbedingte Deckung der Grenzen zur uneingeschränkten Einfuhr jedweden Schlachtviehes und zwar in dem Maße, daß es jedem Arbeiter, und sei es der geringst entlohnte, ermöglicht wird, seinen Bedarf an Fleisch zu decken, ohne sich andere Einschränkungen auferlegen zu müssen, damit seine Kräfte mit den an ihn gestellten Anforderungen auf gleicher Höhe bleiben.“

Bernau.

Blitzend abgefaßt haben unsere Genossen in Bernau bei der eben stattgehabten Stadtverordnetenwahl. Es erhielten Stimmen die Genossen Helbig 270, Büsch 271, Berner 277. Von den Kreisgenossen erhielten: Hierich 230, Reichelt 225, Schreiber 227 Stimmen.

Potsdam.

Die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Potsdam nahm in ihrer letzten ordentlichen Generalversammlung Ergänzungswahlen zum Vorstande vor, die uns endlich einen kleinen Erfolg nach jahrelangen Kämpfen brachten. Denn während der ausschließende Steinfeinrichter Kräger von den Arbeitgebern wiedergewählt wurde, wählten die Arbeitnehmer die Delegierten Max Hoyer und Rud. Liebenow als Kandidaten des Gewerkschaftsartikels in den Vorstand. — Welche rückständigen und engberzigen Ansichten die „alten“ Delegierten und die behördlich „genehmigten“ Vorstandsmitglieder den dringend notwendigen Vorschlägen der auf modernem sozialpolitischen Boden stehenden „neuen“ Delegierten entgegensetzten, das zeigte die Beratung über folgenden Antrag: Zahlung einer kleinen Unterstützung auch an die unbeschäftigten Mitglieder während ihres Aufenthalts im Krankenhaus. Trotz guter Begründung unsererseits und Widerlegung der gegnerischen Angriffsgründe wurde der humane Antrag abgelehnt. Wenn die Ärzte 4000 Mark Zulage bekommen, so hat die Regierung nichts auszugeben. Wenn aber die ärmsten Mitglieder einen kleinen Zuschuß erhalten sollten, dann — ist der Referendats nicht stark genug. Dabei sind die geleglich vorgeschriebenen Stücklagen bisher mehr als voll erfolgt. — Durch den Anschluß verschiedener kleinerer Ortskrankenkassen an die Allgemeine Kasse ist die bisher vom Magistrat unterhaltene Meldestelle in Wegfall gekommen. Die Allgemeine Ortskrankenkasse errichtet vom 1. Januar 1906 ab selbst eine Meldestelle im Hause der Kasse, Charlottenstr. 2. Interessant dabei ist nun, daß bei der öffentlichen Ausschreibung um den Verwaltungsposten 60 Bewerbungen eingingen, von denen „zufällig“ ein Magistratsbeamter gewählt wurde. Es lebe die „Selbstverwaltung“...

Als Kassenzahl ist außer Herrn Dr. Feinze Dr. Plunks (Morsstedt) angestellt. Die Zahl der Kassenzahl beträgt jetzt zehn; Vertrauensarzt ist Sanitätsrat Dr. Panemann. Diverse Beschwerden gegen Vorstand und einige Kassenzahl bildeten den Schluß der gut besuchten Versammlung.

Beim Spiel erkrankte hat sich in Caputh bei Potsdam der 17-jährige Sohn des Kochmachers Ludwig. Mit seinen Geschwister hatte er in der Wohnung in Abwesenheit der Eltern vertriebt und war dabei unter ein Bett gekrochen, von dessen Matratze ein Quert herabhangend und eine Schleiße bildete. Durch letztere steckte der kleine Knabe den Kopf und ließ seinen Geschwister zu ihm zu suchen. Gleich darauf rutschte er aber mit den Füßen fort und fiel zur Erde, wobei sich die Schleiße des Bettes zuzog. Die Geschwister suchten den Bruder längere Zeit vergeblich und als sie ihn entdeckten, war er eine Leiche. Die von einem Arzt angestellten Wiederbelebungsbemühungen waren vergeblich.

Röpenid.

Mit der Verschmelzung der Ortsverwaltungen Köpenick und Grünau des Verbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter beschäftigte sich eine am Sonntag, den 12. d. M., tagende Generalversammlung der Versammlung Köpenick. Die der Bevollmächtigte Kiesel ausführte, sei die Vereinigung im Interesse der Agitation unbedingt notwendig, wie dies auch der letzte Kampf in der Elektro-Industrie gezeigt hat. Nach einer kurzen Debatte wird der Vereinigung geschloffen zugestimmt. Um den Kollegen in Grünau einen Einblick auf die Führung der Verwaltungsgeschäfte zu geben, sollen dieselben einen Bevollmächtigten, einen Revisor und einen Kartelldelegierten stellen. Der Einführung einer Steuerbeihilfe für die Verwandten der Mitglieder sowie bei Sterbefällen von Kindern der Verkehrsangehörigen wird zugestimmt. Die weitere Ausdehnung der Verwaltungsstelle auf die Umgegend bringe naturgemäß auch größere Arbeit in bezug auf Regelung der Geschäfte. Von der Ortsverwaltung liegt ein Reglement vor, das der Bevollmächtigte eingehend begründet. Danach wird die Leitung der Verwaltung eingeteilt in eine engere und eine erweiterte Ortsverwaltung, in Bezirksleitungen, Abteilungsleiter sowie Betriebs-Vertrauensleute. Das Verwaltungsverfahren betreffend sieht das Reglement die Abhaltung von regelmäßigen Bezirksversammlungen vor, sowie von Generalversammlungen, pro Quartal abwechselnd in den einzelnen Orten im Bereiche der Verwaltungsstelle. Das Ergebnis der Verhandlung war die Annahme des Reglements. Unter Verschiedenem macht der Bevollmächtigte die Mitteilung, daß der Geschäftsbericht für 1905 in Druck gegeben und den Mitgliedern gratis verabfolgt wird. Zum Schluß wird auf die bevorstehenden Gewerbeverordnungen hingewiesen.

Berliner Nachrichten.

Der Strid, an dem die Berliner Milchhändler gehängt werden sollten, scheint doch nicht so fest zu sein, wie die märkischen „Milchbauern“ es sich gedacht und gewünscht hatten. In einer offiziellen Notiz der „Nord. Allg. Ztg.“ wird für das Verbot des zwei Monate hindurch erlaubt gewesenen Transportes dänischer Milch in besonders dazu hergerichteten Eisenbahnwagen eine Erleichterung gegeben, die man wohl als Einlenkung deuten darf.

Die Bureaukraten der beteiligten deutschen Eisenbahn-Verwaltungen haben nicht gewußt, als was sie diese Eisenbahnwagen ansehen sollten und welchen Gütertarif sie dann anzuwenden hatten. Zunächst liegt man diese Wagen für Milchtransport als das gelten, was sie nach Ansicht der dänischen Eisenbahnverwaltung sein sollten, als „Kesselwagen“, wie die Wagen für Transport von Petroleum, Spiritus, Säuren usw. Da hier der Wagen selber das Gefäß darstellt, so wird nur für das Nettogewicht der Ladung die Fracht berechnet. Für Milch war das aber nicht zulässig, weil Milch vorläufig noch nicht in die Liste der Flüssigkeiten aufgenommen ist, denen diese Vergünstigung gewährt wird. Das Tarifberechnungs-Beispiel wurde noch komplizierter, als den deutschen Eisenbahn-Bureaukraten ein Licht darüber aufging, daß ihre bisherige Annahme, die Wagen für Milchtransport seien „Kesselwagen“, am Ende gar nicht zutrifft. Es sind gedeckte Güterwagen mit zwei darin befestigten großen Vorräthen, in die die Milch hineingegossen wird. Sind es aber keine „Kesselwagen“ mehr, so können auch die Gefäße nicht mehr frachtfrei befördert werden, wie man es bisher getan hatte. Die Fracht für die Vorräthe hätte von Rechts wegen, so sagten sich die tarifkundigen Bureaukraten, ebenso bezahlt werden müssen, wie beim Transport von Bier, Wein usw., die Fracht für die Fässer. Anstatt nun, wenn das richtig gefolgert war, die Fracht entsprechend zu berechnen, wählte man das Radikalmittel, die Güterwagen samt den Vorräthen und ihrem Inhalt, der vermehren dänischen Milch, überhaupt vom Transport auszuscheiden — zum aufrichtigsten Gaudium der märkischen „Milchbauern“, denen die Erleichterung des Transportes dänischer Milch die Ausführung der Milchverkehrungspläne ihrer Milchzentrale erleichtert. Man sollte es wirklich nicht für möglich halten, welche tolen Einfälle die Bureaukratie mitunter hat. Das Allermerkwürdigste ist, daß ihr das Licht erst jetzt aufgegangen ist, nachdem die Pseudo-Kesselwagen schon zwei Monate lang zwischen Dänemark und Berlin hin und her gelaufen sind.

Hoffentlich werden die Berliner Milchhändler dafür sorgen, daß die ratlosen Rechenkünster sich bemühen, die unbedeuten Milchvorräthe doch noch in irgend einer Rubrik ihres Tariffschemas unterzubringen, so daß die Milchzentrale wieder einmal das Nachsehen hätte. Apropos, Milchzentrale! Die Direktion dieses agrarischen Unternehmens für Milchverkehrung hat in diesen Tagen, wo alle Welt das Verbot der „Kesselwagen“ für Milchtransport erörtert, ein heftiges Juden verspott. Sie hat sich denn auch schleunigst gefestigt — will sagen: sie hat den Zeitungen die schriftliche Versicherung übersandt, daß sie unschuldig sei wie ein neugeborenes Kind.

Der Bau der südlichen Nord-Süd-Untergrundbahn ist vom Magistrat in seiner gestrigen Sitzung beschloffen worden. Damit ist die Inangriffnahme des großen Verkehrsprojekts, nachdem es seit vier Jahren in Kommissionen und Deputationen erörtert worden, endlich in greifbare Nähe gerückt.

Nunmehr bedarf es nur noch der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung, auch die Aufsichtsbehörde hat noch ihre Genehmigung zu erteilen, doch hat die Regierung diesem Unternehmen bisher keinen Widerspruch entgegengeführt, daß ihre endgültige Zustimmung wohl kaum zu bezweifeln ist. Aus den Verhandlungen in der Verkehrsdeputation ist das Unternehmen in seinen großen Zügen bereits bekannt geworden. Danach beginnt die Bahn im Süden am Kreuzberg in der Kreuzbergstraße und endet im Norden in der Müllerstraße nahe der Seestraße. Sie gelangt dorthin durch die Velle-Allianzstraße und Velle-Allianzstraße, den sie nach Unterführung des Landwehrkanals und der Hochbahn erreicht. Die Trasse geht dann durch die Lindenstraße, liegt in die Markgrafenstraße ein und erreicht über den Gendarmenmarkt die Charlottenstraße, von der sie zur Prinz Louis Ferdinandstraße gelangt. Nach Unterführung der Spree trifft sie auf die Friedrichstraße, folgt dieser bis zur Chausseestraße und zum Wedding, um an der Seestraße zu münden. — Die Strecke ist 8,6 Kilometer lang und enthält mit den beiden Endstationen vierzehn Haltestellen. Diese sind, von Süden nach Norden verfolgt: Kreuzberg, Sneyenstraße, Velle-Allianzplatz, Koch-Reiziger, Französischestr., Bahnhof Friedrichstraße, Omnibusplatz, Invalidenstr., Schwarzkopffstraße, Wedding, Courtbiereplatz, Leopoldplatz, Seestraße. Der Tunnel ist in einer lichten Weite von 6,90 Meter bei einer Höhe von 3,50 Meter geplant. Der Tunnelraum ist vollständig frei und ohne Mittelstützen. Jede Haltestelle erhält zwei gegenüberliegende Bahnsteige von je 80 Meter Länge und 3 1/2 Meter Breite. Die Unterführung der beiden Wasserläufe Landwehrkanal und Spree geschieht mit Hilfe von eisernen Caissons, die unter Anwendung von Press-

luft versenkt werden. — Das der Betrieb betrifft, so sind für die ganze Strecke 18 Minuten Fahrzeit festgesetzt. Es sind zwei Wagenklassen, eine dritte und eine zweite Klasse vorgesehen. Der Fahrpreis beträgt für je 5 Stationen 10 bzw. 15 Pf., darüber hinaus und für die ganze Strecke 20 und 30 Pf. Der um 5 Uhr morgens beginnende Verkehr soll bis 1 Uhr nachts dauern bei einer Jungfer von 5 bis 3 Minuten. Die Bahn erhält keine eigene Kraftstation, sondern soll den Strom von den Berliner Elektrizitätswerken beziehen. Die Bahn soll in vier Jahren fertiggestellt sein. Die Ausführung wird in offener Baugrube erfolgen. Die Kosten sind für das Kilometer auf sechs Millionen Mark und im ganzen auf 55 1/2 Millionen Mark berechnet, die durch eine Anleihe aufgebracht werden sollen. Von dieser Summe entfallen alle 10% Millionen auf die Unterführung der Spree. Die Verlegung der verschiedenen unterirdischen Leitungen (Kanalisation, Gas-, Wasser- und Abwasserleitungen) wird etwa 7 1/2 Millionen Mark beanspruchen.

In die gemischte Deputation zur Revision der Leit- und Grundzüge für Aufnahme in die Heimstätten sind von der sozialdemokratischen Fraktion nicht Heimann und Stadthagen, sondern Heimann und Dr. Wehl delegiert worden.

Eröffnung der Automobil-Omnibuslinie. Die Eröffnung der Automobil-Omnibuslinie von der Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft soll demnächst erfolgen. Es wird zunächst ein Versuchsbetrieb mit zwei inzwischen fertiggestellten Wagen eröffnet. Die Wagen machen denselben Weg wie die mit Pferden betriebene Linie 4 Hallesches Tor—Chausseestraße durch die Friedrich- und Chausseestraße. Während aber der Pferdeomnibus für die Zurücklegung der Strecke vom Blücherplatz zur Liefenstraße 35 Minuten in Anspruch nimmt, soll der Automobil-Omnibus die Linie in 24 Minuten durchfahren. Die Beschleunigung durch den mechanischen Betrieb beträgt also nahezu ein Drittel. An den beiden Endhaltestellen ist ein Aufenthalt von je 2 Minuten vorgesehen, so daß sich die Wagen vorläufig in Abständen von 28 Minuten folgen. Die Endhaltestellen befinden sich an derselben Stelle wie die der Pferdeomnibusse. Von der beschriebenen Einrichtung besonderer Haltestellen für den Automobilbetrieb hat man nachträglich Abstand genommen. Die Automobile halten ebenso wie die gewöhnlichen Omnibusse. Die Zahl der verfügbaren Plätze ist endgültig auf 37 festgesetzt. Davon befinden sich 16 Sitze im Innern und 18 auf dem Verdeck. Auf dem Hinterrand sind 3 Sitze. Für eine Fahrt von beiderseitiger Länge werden einheitlich 10 Pf. erhoben. Der Betrieb der bisherigen Linie 4 wird durch die Automobil-Omnibusse nicht berührt. Allmählich wird die Automobillinie durch Einstellung weiterer Wagen verstärkt werden, so daß sich diese in immer kürzeren Abständen folgen. Die Motoren sind von Daimler mit 19—21 Pferdekräften. Der Auspuff wird durch Schalldämpfer gedämpft. Der Motor ist für vier Geschwindigkeiten eingerichtet. Zum Bremsen haben drei voneinander unabhängige Fuß- und Handbremsen zur Verfügung. Die Räder haben Vollgummi, die hinteren doppelten, um das Schleudern zu verhindern.

Selbstmord einer Sechzehnjährigen durch Leuchtgas. In der gestrigen Nacht ist das 16jährige Hausmädchen Frieda Müller, Grenadierstr. 42, in den Tod gegangen. Die M., deren Eltern in dem erwähnten Hause wohnen, war seit dem 1. November bei dem Wirt als Hausmädchen tätig gewesen. Am 2. November hatte es Ausgehtag, blieb jedoch abends länger aus, weshalb ihr die Eltern Vorhaltungen machten. Von diesem Augenblick an trug die M. ein seltsames Wesen zur Schau. Als ihre Herrin gestern nach der Küche wollte, war diese verriegelt. Ein durchdringender Gasgeruch machte sich auf dem Korridor bemerkbar. Die Tür wurde nun gewaltsam geöffnet und als man eintrat, fand man das Mädchen neben dem Herd auf der Erde vor. Die unglückliche hatte den Gashahn aufgedreht, den Schlauch in den Mund gesteckt und das Gift eingeatmet. Wiederbelebungsbemühungen waren erfolglos. Durch diese Tat hätte auch leicht noch ein großes Unglück entstehen können. Wäre jemand während der Nacht mit einer brennenden Lampe in die Küche der Mägdlerin gekommen, so wäre zweifellos eine Gasexplosion herbeigeführt worden, welche die furchtbarsten Folgen nach sich gezogen hätte. Die Leiche ist polizeilich beschlagnahmt worden.

Die Eifersucht. Die Ehefrau des Arbeiters R. aus der Demminstraße glaubte in letzter Zeit Grund zur Eifersucht zu haben. Von Tag zu Tag wurde sie immer mehr von ihrem Mann geplagt. Vor einiger Zeit unternahm die unglückliche einen Selbstmordversuch, der jedoch im letzten Augenblick vereitelt wurde. Gestern wollte Frau R. gehen, wo ihr Mann sich aufhalte und erzwangte ihn in einer Kneipe in der Demminstraße zwischen mehreren Bekannten. Auch einige Mädchen befanden sich unglücklichweise in dem Lokal. Raum hatte Frau R. diese gesehen, so stürzte sie, von der Eifersucht geblendet, auf die Straße hinaus, zog eine Flasche Lyölol aus der Tasche und trank das Gift vor den Augen des entsetzten Ehemannes. Die Vermisse wurde sofort nach ihrer Wohnung gebracht und ärztliche Hilfe herbeigeholt. In bedenklichem Zustande kam sie nach dem Lazarus-Krankenhaus.

Ein Opfer der Keimbahn ist der 33 Jahre alte Milchhändler Karl Erdentraut aus der Lesingstr. 34 geworden, der seit ungefähr vier Wochen vermisst wird. Erdentraut war seit 25 Jahren verheiratet und hatte ein gutgehendes Geschäft. Am Sonntag, den 22. v. M., feierte er anlässlich seines Geburtstags in seiner Wohnung im Kreise der Verwandten seinen Geburtstag. Am nächsten Tage aber war seine Stimmung sehr gedrückt. Um 10 1/2 Uhr ging er von Hause weg, um Kunden zu besuchen und Geld einzuziehen. Von diesem Ausgange kehrte er nicht mehr zurück. An demselben Tage spielte sich auf dem Tegeler See ein Auffsehen erregender Vorgang ab. Von einem Personendampfer, der von Tegeln nach Spandau fuhr, sprang mitten auf dem See ein Fahrgast über Bord, ging sofort unter und ertrank trotz aller Rettungsversuche. Seine Leiche ist bis heute noch nicht gefunden. Die Beschreibung des Ertrunkenen aber paßt genau auf den verschwundenen Milchhändler. Auch andere Ermittlungen sprechen dafür, daß Erdentraut sich das Leben genommen hat. Seine Frau erfahre nachträglich, daß er ein ständiger Gast auf allen hiesigen Rennbahnen war und dort viel Geld verlor.

Ueberrfahren und schwer verletzt wurde in der vergangenen Nacht ein Mann namens Wilhelm Schreiber aus der Al. Hamburgerstr. 8, der im Neuen Oberhaus beschäftigt war, an der Ecke der Oranienburger- und Artilleriestraße. Mit einer schweren Schädelverletzung wurde er nach der kgl. Klinik gebracht.

Die Pompadourräuberinnen im Tiergarten haben nun wohl ihr Ende erreicht. Die Maßregeln der Polizei führten zur Verhaftung von vier Räubern, von denen zwei, wie gemeldet, bereits abgeurteilt sind. Lange Zeit hörte man nichts mehr von Raubersfällen, bis am 2. d. M. neue Raubere auftraten, diesmal vier Anstalten. Diese gingen die Lesingstraße hinunter und trafen an der Haltestelle an der Charlottenburger Chaussee drei Damen, von denen eine einen Pompadour trug. Einer der Räuber rumpelte diese Dame an und in demselben Augenblick entriß ihr ein anderer die Handtasche. Dann entloß die ganze Gesellschaft in das Gebüsch und verschwand. Bald darauf wurde bei einem Automatenbierstand ein Anabe gefaßt, auf den die Beschreibung der Verurtheilten von einem der kleinen Räuber paßte. Die Vermutung, daß man diesen erwischt habe, bestätigte sich. Der Junge wurde von den Damen wiedererkannt und legte endlich auch ein Geständnis ab. Er war der Anführer der kleinen Bande; das Vorkäufchen ist noch nicht zwölf Jahre alt, ein Gemeindeführer v. aus der Reuststraße. Er gefaßt, drei Altersgenossen, darunter einen Schüler G., angelistet zu haben, mit ihm auf Pompadourraub und andere Diebereien auszugehen. G. mußte rumpeln, während B. selbst raubte. Die beiden anderen Anaben saßen nur bei dem einen Teil an der Lesingstraße beteiligt zu sein. B. und G. dagegen haben gemeinsam auch noch mehrere Automaten- und Geschäftsbierstände verübt. Sie werden in Fürsorgeerziehung kommen.

Vermißte Personen. Vermißt werden zwei noch nicht 16 Jahre alte Mädchen, die Aufseherstochter Verta Kosla aus der Peters-

burgerstr. 8 und die Tischlerstochter Margarete Drefsel aus der Holzmarktstr. 44. Beide haben Neigung zum Herumtreiben, sind ihren Angehörigen schon einmal entlaufen und werden wahrscheinlich zu unlauteren Tzeden verborzogen gehalten.

Außerdem wird noch vermisst seit dem 29. Mai 1905 der Maler-Gehilfe Otto Schröder, geboren 12. Oktober 1878 zu Berlin, Birkenstraße 22 wohnhaft gewesen. Derselbe ist 1,65 Meter groß, schlank, hat dunkelblondes Haar und keinen Schnurrbart.

Auskunft über den Aufenthalt des Vermissten wird auf jedem Polizeirevier oder auf dem Polizeipräsidium zu 6452 IV, 43. 05 entgegengenommen.

Durch einen Diebstahl auf dem Zentralviehhofe in der Eldenaerstraße ist der Schlächtermeister Arthur Hiller, Kaiser Friedrichstr. 51 in Charlottenburg, empfindlich geschädigt worden. Er hatte gestern Schlachtungen vorgenommen und wollte die angeschlachteten Schweine nachmittags gegen 3 Uhr abholen. Er hatte bereits acht halbe Schweine auf den Wagen aufladen lassen und begab sich nochmals nach dem Schlachthaus. Als er nach wenigen Minuten zurückkehrte, war der Wagen mit der Fleischladung verschwunden. In der kurzen Zeit hatte ein Dieb das Geipann entführt. Obwohl die Anzeige sofort bei der Polizei erstattet und telegraphisch an sämtliche Reviere weitergegeben wurde, gelang es nicht, den Dieb zu ermitteln oder auch nur das Fuhrwerk aufzufinden.

Schlafstellendiebstahl im großen betrieb der Keller Johann Billong, der gestern festgenommen wurde. Er stellte sich Zimmervermieterin als Kaufmann Paul Berger vor, erzählte ihnen, daß er aus Stendal, Königsberg oder sonst einer Stadt komme, um hier eine Stellung anzutreten, und in der Nähe des Geschäfts wohnen wolle. Sobald man sich über den Preis geeinigt hatte, nahm der neue Mieter Besitz von seinem Zimmer, um sich etwas zu erschaffen. Während die Wirtin ihn bei dieser Arbeit wachte, packte Billong eine Schachtel, die er heimlich mitbrachte, mit den Wertachen, die er im Zimmer fand, voll und verschwand unter der Vorpiegelung, daß er sofort seinen Chef besuchen wolle. Gestern ging eine Wirtin in Moabit gleich in das Zimmer, nachdem der neue Mieter es verlassen hatte, und sah daher, daß sie bestohlen war. Sie eilte ihm auf die Straße nach, holte ihn noch ein und ließ ihn durch einen Schupmann festnehmen. Zeugen konnte er nicht, weil er die gestohlenen Sachen noch bei sich trug. Nach und nach räumte er vor der Kriminalpolizei auch andere Diebstahle ein, die man ihm vorbehielt, im ganzen bis jetzt zwölf. Das sind aber noch lange nicht alle, die auf seine Rechnung kommen. An einem Tage gelang ihm sein Schwindel, von dem er lebte, dreimal.

Im Pharus-Berlag, G. m. b. H. Berlin, Königin Augustastraße 3, ist jochen der Pharus-Plan von Berlin mit Vororten in neuer Auflage erschienen. Alle neuen Straßen und Plätze von Berlin und den Vororten sind auf dem Plane enthalten. Das Straßenverzeichnis, das dem Plane beigegeben ist, entspricht dem neuesten Stande und enthält u. a. auch die neuesten amtlichen Angaben der Straßenbahn- und Omnibuslinien. Der Pharus-Plan von Berlin und Vororten ist zum Preise von 1,50 M. in allen Buch- und Papierhandlungen zu haben.

Treptom-Sternwarte. Die drei Riesen unter den Planeten, Jupiter, Saturn und Reptun, behandelt Herr Direktor Archenhold heute oder morgen Sonntag, den 19. November, nachmittags 6 Uhr, in einem mit zahlreichen Lichtbildern ausgestatteten Vortrage auf der Treptom-Sternwarte: Jupiter hat den eis., Saturn den neun- und Reptun den fünfjährigen Durchmesser der Erde. Abends 7 Uhr spricht Direktor Archenhold über „Die Wohnbarkeit der Welten“ und am Montag, den 20. November, abends 9 Uhr, über „Unser Wissen von den Fixsternen“. Mit dem großen Fernrohr werden jetzt abendlich die drei Riesen unter den Planeten, Jupiter, Saturn und Reptun gezeigt.

Feuerwehrbericht. Gestern früh um 8 Uhr kam am Elisabethufer 53 in einer Fabrik Feuer aus. Dort brannte eine sogenannte Kesseltrommel. Fast gleichzeitig wurde die Feuerwehr nach der Straße Karlsbad 27b gerufen und um 5 Uhr früh nach der Potsdamerstraße 27b, wo Holz in einem Kesselraum in Brand geraten war. Außerdem hatte die Wehr noch in der Landsberger Allee 128, Stromstr. 33 und anderen Stellen zu tun.

Gerichts-Zeitung.

Ende des Nahrungsmittelverfälschungs-Prozesses. Nach vier-tägiger Verhandlung gelangte gestern der Prozeß gegen Perich und Genossen zu Ende. In der ausgedehnten Beweisaufnahme schränkte eine große Anzahl Zeugen ihre früheren belastenden Aussagen erheblich ein. Der Staatsanwalt hielt deswegen die Anklage nur gegen zwei Angeklagte aufrecht. Er führte aus: Vor etwa drei Jahren habe es in Berlin großes Aufsehen erregt, als in der Presse verschiedene Mitteilungen erschienen, nach welchen bei der Firma Gebr. Perich in der Neuen Königsstraße große Quantitäten Pferdewurst beschlagnahmt wurden. Dieses Aufsehen war auch tatsächlich berechtigt. Denn es wurde diese Pferdewurst als reelle Wurst verkauft. Es wurden ferner davon Mitteilungen gemacht, daß bei Perich große Unsanftigkeiten bei der Schmalzfabrikation vorgekommen sein sollten. Die Staatsanwaltschaft habe die Sache aufgenommen und weitere Ermittlungen angestellt, die zur Erhebung der vorliegenden Anklage führten. Die Beweisaufnahme habe indessen ein zum Teil ganz anderes Ergebnis gezeigt. Festgestellt muß hierbei werden, daß zahlreiche Zeugen, die in der Voruntersuchung die schlimmsten Dinge aus der Perichen Wurstfabrik bekundet hatten, in der Verhandlung unter ihrem Eide ihre frühere Aussage teils abschwächen, teils gänzlich widerrufen mußten und zwar zugunsten der Angeklagten. Die eigentlichen Belastungszeugen sind frühere Angestellte der Firma Perich, die ihre Animosität gegen P. vor Gericht zugeben mußten. Diese Zeugen können aber nur auf eine bedingte Glaubwürdigkeit Anspruch erheben. Wenn man das ganze Ergebnis der Beweisaufnahme zusammenfasse, so lasse sich in erster Linie die Anklage gegen die beiden Breslauer Filialisten und den Angeklagten Weier nicht aufrechterhalten, da diesen nicht das mindeste nachgewiesen sei. Uebrig bleibe nunmehr bloß der Verdacht gegen die beiden Perich und gegen Wehne und Fischer. Bezüglich des Perich könne man eigentlich sagen, daß es bei ihm unzulässig vorgegangen wäre — wenn man den Belastungszeugen Glauben schenken könnte. Das trifft bezüglich des Gärtner nicht zu, zumal dieser auch unbedeutend gelitten ist. Die Hauptfrage bei der ganzen Sache ist die, ob Perich junior gewußt habe, daß er Pferdewurst verkaufe. Dies erweise nach der Beweisaufnahme nicht für fest-gestellt und auch wohl schwer nachweisbar. Es habe vielmehr den Anschein, als ob er selbst der Hineingefallene sei. Wehne er-scheine allein als derjenige, welcher sich des Betrugs und der Nahrungsmittelverfälschung schuldig gemacht habe und zwar zum Schaden des Perich. Ein getreuer Knecht war Fridolin — und das war in dem vorliegenden Falle der Angeklagte Fischer, der als ein getreuer Gehilfe des P. fungiert hatte. Die Beweisaufnahme habe lediglich eine Schuld dieser beiden Angeklagten ergeben, gegen die übrigen könne vielleicht ein gewisser Verdacht bestehen bleiben, der aber bei der heutigen Lage der Sache durch nichts zu rechtfertigen sei. Die Angeklagten Perich sen. und jun., Weier und die beiden Breslauer Filialisten müßten deshalb freigesprochen werden. — Gegen Wehne lautete der Antrag des Staatsanwalts auf ein Jahr drei Monate Gefängnis, 500 M. Geldstrafe und drei Jahre Ehrverlust, gegen Fischer auf sechs Monate Gefängnis. Als Urteil wurde verkündet: Der Angeklagte Wehne wurde wegen Betruges in ideeller Konkurrenz mit Betrogen gegen das Nahrungsmittel-Gesetz vom 14. Mai 1879 zu sechs Monaten Gefängnis, der Angeklagte Fischer, wegen Betruges hierzu, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Bezüglich des Angeklagten Weier wurden auch die Kosten der Verteidigung der Staatskasse zur Last gelegt.